Zeitung für Selbstverwaltung

D 8008 E Vertrieb: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20 6900 Heidelberg 1 Nr. 34/35 Jahrgang 4 Juli/August '87

00.2621 001 5
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

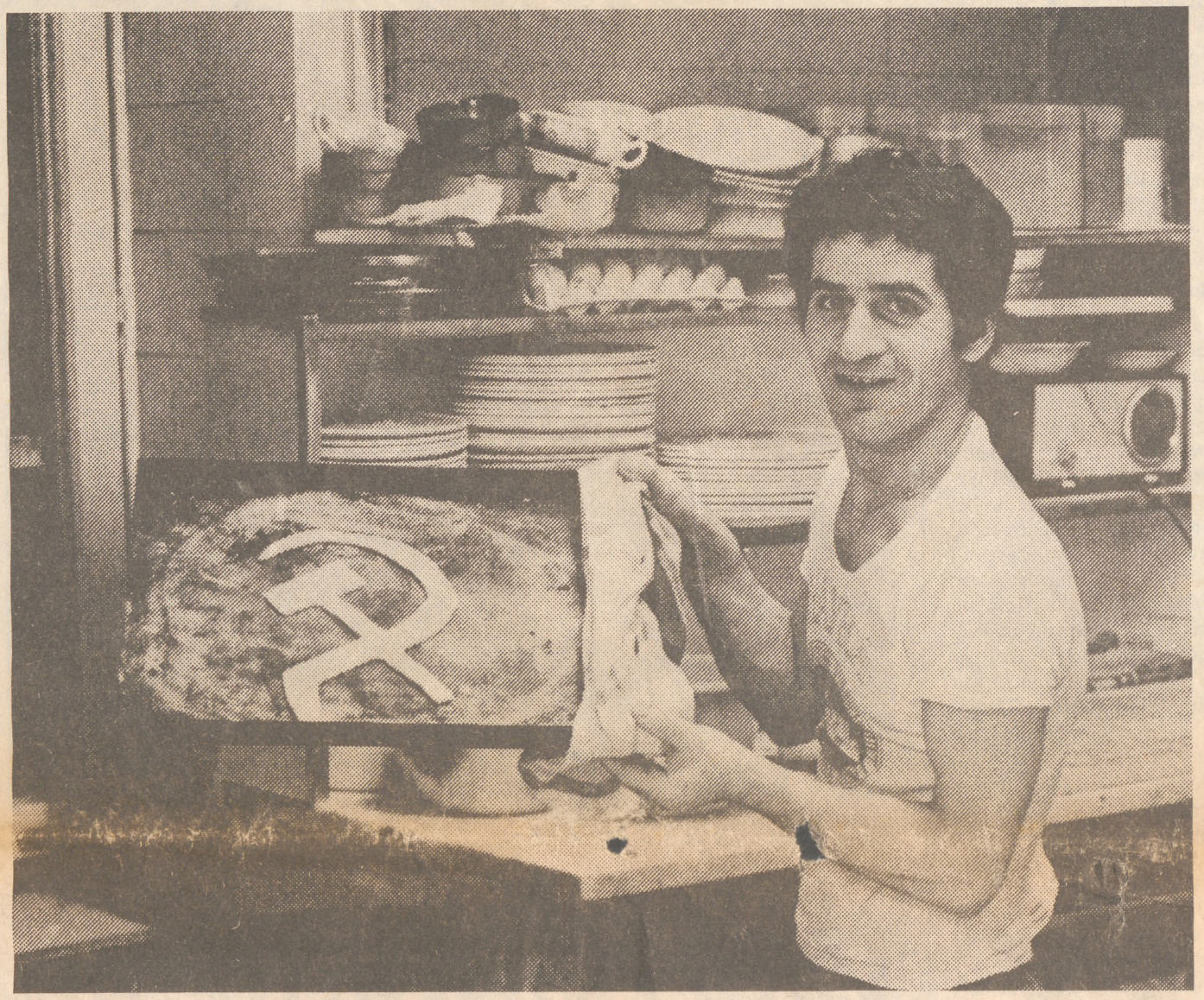
Naturkost und Selbsthilfe

Red. Rhein/Main „Freiwillige Eigenarbeit statt bezahlter Fremdarbeit!" und „Mehr Naturkost für weniger Geld!" heißen zwei Mottos der immer zahlreicher werdenden Food-Coops. In ihnen haben sich Menschen zusammengeschlossen, die die Beschaffung gesunder Nahrungsmittel in die eigenen Hände genommen haben.

Die Coop'ler praktizieren Selbstverwaltung: die Sache funktioniert so gut oder schlecht wie die Kooperationsbereitschaft und das Engagement ihrer Mitglieder. Im CONTRASTE - Schwerpunkt berichten Coop'ler über ihre Ziele, ihre Praxis und ihre Probleme.

Probleme werden ihnen auch von gewerblichen Bioläden bereitet, die sich durch die Existenz der nichtgewerblichen Food Coops und ihre niedrigen Preise bedroht fühlen. Sie würden die „Trittbrettfahrer der Naturkostszene" am liebsten zum Mond schicken.

Der CONTRASTE-Schwerpunkt auf den Seiten 12 bis 15 ist diesmal ein Experiment: die inhaltliche Gestaltung wurde den Betroffenen – unter Verzicht auf redaktionelle Einmischung und nahezu ohne Überarbeitung – frei überlassen. Leider konnten in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit keine geeigneten Diskussionsbeiträge von der 'Gegenseite', also von den gewerblichen Bioläden beschafft werden: Hoffen wir also auf eine lebhafte Diskussion durch Leserbriefe, die wir gerne in den nächsten Ausgaben abdrucken! Zuschriften bitte an die Redaktion Rhein/Main.



Ring frei für die Ökobank

Ring frei für die nächste Runde. Sparringspartner wird der Verband der Volks- und Raiffeisenbanken sein und der Preis, um den jetzt gefightet wird, ist die Aufnahme in den Kreditsicherungsfonds in eben jenem Verband. Doch dazu mehr auf Seite 10.
Untenstehend die jetzt um den gerade durch das Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen anerkannten zweiten Geschäftsführer, Franz Lässig, aufgestockte Mannschaft der Ökobank (von links): Franz Lässig, Oliver Förster, Torsten Martin, Dieter Reincke (Verein der Freunde und Förderer der Ökobank), H.P. Schreiner und Jutta Gelbrich.

Vorankündigung:

GRÜNE Stiftungen???

„Himmel auf Erden?" so lautete der Titel eines Workshops, zu dem die von der Grünen Partei eingesetzte Stiftungskommission eingeladen hatte, um vor dem entscheidenden Sonderparteitag der Partei im September Ordnung in das Modell-Chaos zu bringen. Was sich dann in Bonn abspielte, war wohl eher die „Hölle auf Erden". Denn „stiften gehen" wollen „Dezentrale", „Böll-Stiftung", Friedens- und Dritte-Welt-Bewegung und die „Frauenstiftung". Keiner dieser vier verschiedenen Modelle haben eine Chance, die erhoffte Mehrheit auf dem Sonderparteitag zu finden.

CONTRASTE berichtet in seinem September-Schwerpunkt über das schwierige Unfangen der Grünen Partei, ihre Stiftung zu organisieren.

Ein Jahr auf Bewährung

Am 13. Juni 1987 wurde in Hamburg die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) der Netzwerke gegründet. Über die politischen Beweggründe und Ziele des Zusammenschlusses von derzeit 27 aktiven Netzwerken berichtet F. J. Bartsch. Kurt Regenauer beschreibt Stimmung und Ergebnisse der überaus positiv verlaufenen Gründungsversammlung.
Beides auf Seite 5

Neue Wege in der Informatik

Eine Initiative von EDV-Arbeitern und Betroffenen hat sich gegründet mit dem Ziel, die alternative Computernutzung zu stärken. Ein Bericht von K.H. Brassel **auf Seite 7**

Genossenschaften

Unter der Rubrik „Genossenschaften und Selbstverwaltungsbetriebe" startet CONTRASTE eine Diskussionsreihe, um die vielbeschworene Wiederbelebung der Genossenschaftsidee in die Tat umzusetzen. Eröffnet wird die Reihe in der nächsten CONTRASTE mit dem Beitrag „Produktionsgenossenschaften in Deutschland – vergessen oder verhindert?".
Näheres auf Seite 8

Sind politische Festivals „out"?

Notizen zum Verhältnis von politischer Festivalbewegung und kommerziellem Musikmarkt von Eckard Holler
auf Seite 9

Die Linke zwischen Tradition und Postmoderne

„Karl Marx ist im Kopf, und Max Weber, Systemtheorie und Positivismus bestimmen das Handeln" – die BRD-Linke heute. Eine Analyse von Peter Hess **auf Seite 16**

Durch einen Partner zurück in „geordnete" Verhältnisse?

„Im Mittelpunkt der Arbeit standen die Bewältigung ihres Lebens ohne Mann, das Alleinerziehen und das Zurechtkommen mit der Sozialhilfe." Carmen Jochum schreibt über ihre Erfahrungen in der Arbeit mit alleinerziehenden Müttern aus sozialen Brennpunkten
auf Seite 17 u. 18

CONTRASTE Sommerpause!

Die nächste Ausgabe erscheint erst wieder im September. (Auch wir brauchen mal Urlaub!) Redaktionsschluß für die September-Ausgabe ist am 10. August 1987!

DER KOMMENTAR:

Reagens Golfspiele:

Aktive Kriegsteilnahme

Von Arno Huber, Nürnberg

Red. Nürnberg ‚Die USA machen Ernst im persischen Golf' ... ‚Senator Numm spricht vom Risiko eines militärischen Zusammentreffens mit dem Iran.' ‚Jim Wright warnt vor der Rolle eines aktiven Kriegsteilnehmers'...

So oder ähnlich lauten die Schlagzeilen zur Jahresmitte, und außer ein paar Mahnwachen der Gesellschaft für bedrohte Völker vor Rüstungsfirmen scheint kaum jemand das Säbelrasseln ‚unseres' Verbündeten ernst zu nehmen. Daß die BRD durch Waffenlieferungen an der Verlängerung und evtl. Ausweitung des Golfkrieges beteiligt ist, sollte uns zusätzlich mobilisieren.

Mit wehenden Fahnen ... in den Krieg?

Es wird wieder Flagge gezeigt. Reagen läßt sich weder durch Parteifreunde, noch durch Kongress und Senat davon abbringen, die Kuwait-Tanker mit ‚Stars and Stripes' zu beflaggen, und durch seine mit drei Kriegsschiffen verstärkte Flotte unter Präventivschußanweisung zu eskortieren. Diese offene Provokation des Iran scheint selbst dem CIA eine Nummer zu heiß zu sein. Chef William Webstar befürchtet iranische Terroranschläge, wobei Weinberger den schwachen Trost parat hat, damit sei so oder so zu rechnen (Das Böse ist immer und überall...) Dabei muß man doch Verständnis haben für die Amis, denen erst im Mai ihr schönes Fregattenschiff ‚Stark' im Raketenbeschuß demoliert wurde (30 Seemannsgräber). Der Zorn darüber muß so groß gewesen sein, daß gar nicht weiter registriert wurde, daß der Angriff nicht von einem iranischen, sondern von einem irakischen Kampfflugzeug gesteuert wurde. Zwar haben diese Raketen nie die Sicherheit des Ölflußes gestört, die mit diesen Maßnahmen zu schützen vorgegeben wird. Aber es ist immerhin ein Anlaß, der sowjetischen Präsenz in der Region etwas entgegenzusetzen. Daß allerdings die Iraner von ihren Tankerbeschüssen wie unlängst auf die norwegische ‚Mia Margareta' und die in Liberia registrierte ‚Stena Concordia' nicht abgebracht werden, dürfte kalkuliert sein – bislang gab es ja erst viel Verletzte und Sachschaden. Dabei gibt es doch einige Anstrengungen, sogar von USA UN-Botschaftern, eine konsequente Zusammenarbeit gemäß der Interessenlage von USA **und** UdSSR zur Beendigung des Golfkrieges in die Wege zu leiten (Vernon Walters will dazu sogar in Moskau aufkreuzen). Doch Reagen empfängt seine Kritiker aus **beiden** Parteien zwar, läßt aber über seinen Pressesprecher nach wenigen Minuten eine vorbereitete Erklärung los: „Die USA werden mit den Vorbereitungen für die Neubeflaggung fortfahren und den Schutz durch die US-Marine sicherstellen."

Wen wundert, daß unlängst ein Etat bereitgestellt wurde, das gegenüber Gorbatschow abgestürtzte Image von Reagan in Europa aufzupolieren!?

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Vertriebsnotizen

Chaos - Kaos - K.O. - ok?

- Vertriebsumzug nach Heidelberg ...
- Kiloweise Papier und Wir (Ilona, Marion, Simone)
- Wenn ihr gerne doppelte Rechnungen, zwei Zeitungen oder keine Zeitung wollt: auf jeden Fall Kunden-Nummer (s.Rechnung Streifbandzeitung) vergessen.
- Adressenänderungen bitte nicht mitteilen und sonstige Beschwerden unterlassen.
- Wir freuen uns auch über lange, erfolglose Suchaktionen in unserem Computer, von AbonnentenInnen, die CONTRASTE über die Ökobank beziehen, und dies nicht angeben.
- Wir bitten vielmals um Entschuldigung, falls ihr versehentlich doppelte Rechnungen bekommen habt!
- Unsere Vertriebs-Telefon-Nummer ist: 06221/162467

Thank you - Danke - merci -

Wir 3 vom Vertrieb

Ilona (linke Ecke)
Simone (rechte Ecke)
Marion (Mitte)

Tilgungsgemeinschaft

Tilgungsgemeinschaft bedeutet, daß wir Leute suchen, die sich bereiterklären, monatlich zwischen 21 und 63 DM anzusparen – zugunsten von CONTRASTE und zwar über 4 Jahre. Der so anvisierte Gesamtbetrag (1.000 bis 3.000 DM) wird dann über eine Bank CONTRASTE sofort zur Verfügung gestellt. Dieses Geld wird dann frühestens nach 6 Jahren (also zwei Jahre nach Beendigung der laufenden Einzahlungen) zurückgezahlt werden. In Härtefällen sind dann allerdings Ausnahmen möglich.

Dazu ist eine Tilgungsgemeinschaftserklärung auszufüllen (incl. Einzugsermächtigung für die Bank).

Alle Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft werden Kreditgeber der CONTRASTE. Und damit die kreditaufsichtsrechtlichen Bestimmungen nicht verletzt werden – und CONTRASTE nicht zu viele einzelne Kreditgeber hat, ist es erforderlich, daß sich die Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft auch rechtsverbindlich in einer Finanzierungsgemeinschaft (als Gesellschaft bürgerlichen Rechts) zusammenschließen. Dazu ist der Gesellschaftsvertrag der Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE zu unterzeichnen. Die Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE schließt dann einen Darlehensvertrag mit CONTRASTE e.V. ab. Unterlagen können über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, angefordert werden.

CONTRASTE - Verein

Ordentliches Mitglied kann jede/r werden, der/die sich aktiv für die Ziele des Vereins einsetzt. Über die Aufnahme entscheidet die Mitgliederversammlung.

Der Jahresbeitrag beträgt 36 DM. Ordentliche Vereinsmitglieder erhalten die Zeitung CONTRASTE umsonst.

(Formlose) Aufnahmeanträge sind an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg zu richten.

Fördermitglied kann jede/r werden, der/die Ziele des Vereins fördern will, ohne sich im Verein zu engagieren. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.

Der jährliche Förderbeitrag beträgt 72 DM und mehr. Fördermitglieder erhalten die Zeitung CONTRASTE ebenfalls kostenlos. Für Betriebe/Projekte beträgt der Richtsatz 200 DM.

Änderungen

Der Preis für Auslandabos beträgt künftig für's europäische Ausland 36,- und für's außereuropäische 72,- DM wegen der hohen Versandkosten. Außerdem möchten wir inzwischen finanzkräftige ehemalige Studenten und Arbeitslose bitten, freiwillig 36,- DM für ihr Abo zu bezahlen.

IMPRESSUM

CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung, erscheint monatlich.

Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 104520
6900 Heidelberg
Tel.: (06221) 13402

CONTRASTE wird von ca. 30 Macher/innen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt ... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die professionelle Stammmbelegschaft, während in den Regionalredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Eigenverlag

Die **Anzeigenpreisliste** (es gilt 2/86) ist über CONTRASTE Heidelberg erhältlich.

Regionalredaktionen:
Berlin
Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Franz-Josef Bartsch
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel. (030) 6913072

Rhein-Main
Blätterwald eG.
Petra Inden
Jochen Reinalda
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel. (06171) 78011

Bayern
Netzwerk Franken
Kurt Regenauer
Hochstr. 23 Rückgeb.
8500 Nürnberg 80
Tel. (0911) 28 96 58

Redaktion Sozialpolitik
AG SPAK
Kistler Str. 1
8000 München 90
Tel. (089) 6917821

Redaktion Stadtökologie
Michael Makowski
Dr. Zamenhofstraat
Rotterdam, Niederlande

Kulturredaktionen
Club Voltaire
Eckard Holler
Haaggasse 26 b
7400 Tübingen 1
Tel. (07071) 51524

Riedmühle e.V.
Robert F. Mayer
Guntershäuser Str.6
3501 Fuldabrück 3
Tel. (05665) 4589

Redaktion Ökobank
Dieter Reinke
c/o SOVA
Franziusstr. 44
6000 Frankfurt/M. 90
Tel. (069) 4990447

Redaktion Grafische Betriebe
Constantin Bartning
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel. (030) 6116803

Redaktion Genossenschaften
Burghard Flieger
Erwinstr. 29
7800 Freiburg
Tel. (0761) 70 90 23

V.i.S.d.P.:
Dieter Poschen
über
CONTRASTE e.V.
Postfach 104520
6900 Heidelberg

Herstellung:
Zündsatz GbR
Gaisbergstr. 97
6900 Heidelberg

Druck:
Caro-Druck
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt/M. 1

Vertrieb:
Eigenvertrieb über
Contraste e.V.
Tel. (06221) 162467

Kontoverbindung:
Nr.: 113005-756
Postgiroamt Karlsruhe
BLZ 660 100 55

demnächst ...

Bundesweites Symposium

Symposium „Soziokultur – Innovationen für Kultur, Bildung und Gesellschaft" am 9./10. Oktober 1987

Am 9./10.10.87 veranstaltet die Bundesvereinigung soziokultureller Zentren in Tübingen ein bundesweites Symposium zur Soziokultur, das durch die Teilnahme von Bundesbildungsminister Jürgen W. Möllemann eine besondere kulturpolitische Bedeutung bekommt.

In einem Brief vom 15.5.87 schrieb uns der Minister für Bildung und Wissenschaft u.a.: „Die freie kulturelle Bildungsarbeit, die in den Soziokulturellen Zentren geleistet wird, halte ich für einen wichtigen Integrationsfaktor in unserer Gesellschaft. Ihre häufig freiwilligen und von großem Idealismus getragenen Leistungen kommen in besonderem Maße jenen zugute, die Schwierigkeiten haben, sich in der „Leistungsgesellschaft" zu behaupten. Zugleich bilden die Zentren eine Heimstatt für viele neue kulturelle Strömungen und Entwicklungen."

Das Symposium zur Soziokultur steht im Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt zur Situation der soziokulturellen Zentren und ihrer Mitarbeiter, das derzeit von der Bundesvereinigung durchgeführt wird. Es soll als öffentliches Forum genutzt werden, um die Leistungen der Zentren darzustellen, auf die Bedeutung der Arbeit hinzuweisen und die eigenen kulturpolitischen Forderungen nachdrücklich zu vertreten.

Eine Teilnahme wird in folgender Weise möglich sein:

a) als Referent in den Bereichen Kulturtheorie, Kulturpolitik, Kulturpraxis, Bildung/Weiterbildung, neue soziale Bewegungen und gesellschaftliche Entwicklung, Arbeit/Freizeit, ökologische Aspekte
b) als Diskussions- und AG-Teilnehmer mit einem vorformulierten Statement
c) als aktiver Teilnehmer (z.B. bei den Diskussionen und in den Arbeitsgruppen)
d) als Mitarbeiter bei der Organisation und Durchführung des Symposiums (z.B. Protokolle schreiben, AGs leiten usw.)

Die Tagung wird an zwei Tagen durchgeführt, wobei folgende Aufteilung vorgesehen ist:

– Freitag, 9.10.87, 19.30 – 22.00 Uhr: Eröffnungsveranstaltung in einem Hörsaal der Uni Tübingen (mit öffentlichem Charakter)
– Samstag, 10.10.87, 10.00 – 18.00 Uhr: Fachtagung mit Vorträgen und Arbeitsgruppen

Eingeladen werden Teilnehmer aus folgenden Bereichen:

a) Soziokulturelle Zentren (z.B. die Befrager des Forschungsprojektes), Mitglieder des Bundesvorstands und Mitglieder der Bundesvereinigung und der Landesarbeitsgemeinschaften soziokultureller Zentren
b) Vertreter befreundeter Verbände aus der Sektion Soziokultur des Bundeskulturrates
c) Vertreter von Städtetag, Landtags- und Bundestagsabgeordnete, Repräsentanten von Bundes- und Landesministerien
d) Wissenschaftler, Fachleute, Künstler, Kulturpädagogen und sonstige fachlich Interessierte

Der Teilnehmerkreis soll repräsentativ sein und so überschaubar gehalten werden, daß der Rahmen einer Fachtagung nicht überschritten wird. Ein relativ großer Teilnehmerkreis ist jedoch für die Eröffnungsveranstaltung mit Bundesbildungsminister Möllemann vorgesehen.

Wichtig: In beiden Fällen ist eine schriftliche Anmeldung erforderlich. Es werden keine Teilnehmergebühren erhoben, jedoch können die Reise- und Übernachtungskosten nur in besonderen Fällen übernommen werden.

Sinnvoll wäre es, wenn die Arbeit der soziokulturellen Zentren in Form von Schautafeln, Fotoausstellung und/oder Videofilm dokumentiert werden könnte. Wer könnte das machen? Wer kann eventuell eine bereits bestehende Ausstellung (Fotos, Videofilm o.ä.) zur Verfügung stellen?

Für alle Anregungen ist die Vorbereitungsgruppe in Tübingen dankbar.

Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren, Symposion E. Holler, Club Voltaire, Haaggasse 26b, 7400 Tübingen, Tel. 07071/22157

Bundeskongreß

Bundeskongreß zur Abfallvermeidung
10. bis 12.7.87 in Westberlin

Das IföR-Institut Berlin lädt ein zum Bundeskongreß „Abfallvermeidung", der vom 10. bis zum 12.7. in Westberlin stattfindet. Der Kongreß bietet den Initiativen, Experten, Institutionen, Büros, Interessierten u.a. ein Forum, auf dem Strategien und Konzepte für eine Umsetzung ökologisch orientierter Vorsorgepolitik im Abfallbereich diskutiert werden. Gleichzeitig ist diese Veranstaltung auch ein Versuch, die bundesweite Ablehnungsfront von Wirtschaft und Politik bezüglich wirksamer Maßnahmen zur Abfallvermeidung aufzubrechen. Themenschwerpunkte sind:

Müllkonzepte Vorstellung ökologischer Abfallkonzepte der Städte Köln, Berlin und Bielefeld

Umweltpolitik Das neue Abfallgesetz – politische Zusammenhänge und der Wirkungskreis des § 14

Umweltpädagogik Bewußtseinsbildung an Schulen und weiterbildenden Institutionen zu umweltgerechtem Verhalten

Abfallvermeidung und Dritte Welt Die Anfänge einer Abfallwirtschaft in Entwicklungsländern am Beispiel Ägypten

Verwertungssysteme, Reststoffbehandlung Einfluß der Abfallvermeidung auf Reststoffbehandlung und Verwertungskonzepte für Abfallstoffe

Veranstaltungsort: Technische Universität Berlin, Straße des 17. Juni 136, 1000 Berlin 12 (Mathematikgebäude)

Veranstalter: Institut für ökologisches Recycling e.V., Kurfürstenstraße 14, 1000 Berlin 30, Tel.: 030/261 61 86

Die Teilnahme ist kostenlos, um Anmeldung wird gebeten.

Workshop in Katalonien

Vom 22. - 30. August findet im „Centre Permanent de Cultura Popular" (Katalonien) ein internationaler Workshop statt. Erarbeitet werden vormittags die vielfältigen Aspekte ehrenamtlicher Arbeit, der Nachmittag ist dem Kennenlernen Kataloniens vorbehalten, Ausflügen, Ausstellungen, Filmen, Gesprächen über Geschichte, Kultur und aktuelle Politik.

Zeitplan:
Sa.22.8. Ankunft der Teilnehmer Begrüßung und Führung durch das Zentrum
So.23.8. „Einweihung" des Zentrums
Mo.24.8. – Fr.28.8. Arbeitssitzungen
Sa.29.8. Zusammenfassung der Ergebnisse
So.30.8. „Festa Major" und Verabschiedung

An- und Abreisekosten müssen selbst getragen werden. Was Unterkunft und Verpflegung im Camp angeht, sollte jeder Teilnehmer einen ihm angemessenen Betrag entrichten.

Anmeldung über:
Service Civil International
Blücherstr. 14
5300 Bonn

Theater-Treck im Elbe-Weser-Raum

Die Theatergruppe ‚WildwuX', der Verein ‚Bildungsschiff Niederelbe' und das ‚Ökomobil' organisieren gemeinsam in den ersten beiden Juliwochen eine Reihe von Veranstaltungen zum Thema Flußverschmutzung: WildwuX präsentiert ein eigenes Theaterstück „Flußbettgeflüster – vom Leben am Ende des Flußes", im Bildungsschiff Niederelbe kann eine Ausstellung zur Elbverschmutzung besichtigt werden, das Ökomobil hat sich vorgenommen, „Naturerfahrungen mit allen Sinnen" zu organisieren.

Theaterstück der Gruppe ‚WildwuX' „Flußbettgeflüster – vom Leben am Ende des Flußes"
10.7. Cuxhaven: Haus der Jugend, Abendrothstraße
11.7. Hemmoor, Schützenhof
13.7. Bederkesa, ev. Sprengelzentr.
15.7. Schiffdorf-Altluneberg, Oldenburger Haus
16.7. Beverstedt, Goldene Krone

Radio Dreyeckland

Radio Dreyeckland startet Sendebetrieb im Oktober

Red. Heidelberg Im 10. Jahr seines Bestehens wird Radio Dreyeckland, Badische Antenne, endlich eine Sendelizenz erhalten. Im Elsaß senden bereits vier Stationen, toleriert und lizensiert durch die französischen Behörden.

Die Vorbereitungen für den Sendebetrieb aus Freiburg sind in vollem Gange. Ein Sendestudio und mehrere Produktionsstudios werden aufgebaut. Fach- und Regionalredaktionen haben sich in Emmendingen, Waldkirch und Müllheim gebildet. Regelmäßig werden Workshops zur Einführung in redaktionelle Arbeit durchgeführt.

Die bevorstehende Lizenzvergabe wird weit und breit die einzige für ein nichtkommerzielles Radioprojekt sein. Ein werbefreier ‚Gesellschaftsrundfunk von unten' ist ein Novum in unserer Medienlandschaft, entsprechend kritisch wird seine Entwicklung beobachtet werden. Daß die Radiomacher einen langen Atem haben, haben sie bewiesen. Damit ihnen die Luft und die Lust am Radiomachen nicht vergeht, wünscht ihnen CONTRASTE viele neue Freunde, Mitglieder und Geldgeber.

Freundeskreis Radio Dreyeckland e.V., Habsburger Str. 9, 7800 Freiburg, Tel. 0761/552455

Petition zum Asylrecht

Sensbachtal/Frankfurt, 15.6.87 – Die Bürgerrechtvereinigung Komitee für Grundrechte und Demokratie und die Hilfsorganisation Medico International haben gemeinsam dem Deutschen Bundestag eine Petition in Sachen Asylrecht und Asylpraxis in der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt. Sie fordern den Petitionsausschuß auf, für ein neues Asylverfahrensgesetz einzutreten, das das Gesetz in seiner Fassung von 1982 und 1986 revidiert. So sei der freie Zugang zu den bundesdeutschen Grenzen und nach Westberlin zu gewährleisten, der Visumzwang aufzuheben und die massive Erschwerung der sogenannten Nachfluchtgründe zu beseitigen. Bei Völkermord, Bürgerkrieg, Verfolgung aufgrund ethischer und religiöser Minderheiten, bei Verfolgung aufgrund geschlechtsspezifischer Gründe, bei Menschenrechtsverletzungen und Folter sei ein Asylanspruch anzuerkennen. Desweiteren fordert die Petition, daß vom Parlament ein(e) Asylbeauftragte(r) mit einer jährlichen öffentlichen Berichtspflicht eingesetzt wird. Die Eingabe beim Deutschen Bundestag soll als Massenpetition betrieben werden, wobei die beiden humanitär engagierten Vereinigungen eine broschierte Bürgerinformation verbreiten, die unter dem programmatischen Titel steht: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" (Art. 16, Abs. 2, Satz 2 Grundgesetz).

Am Ende der letzten Legislaturperiode ist von der Mehrheit des Deutschen Bundestages das Asylverfahrensgesetz weiter verschärft worden. U.a. sollen sogenannte Nachfluchtgründe nicht mehr gelten. Wenn Menschen gefährdet sind, weil sie sich nach der Flucht politisch betätigt haben, sollen sie nicht mehr unter den Schutz des Asylrechts fallen. Asylsuchende, die sich vorübergehend in Ländern der Dritten Welt aufgehalten haben, sollen kein Asyl mehr erfahren können. Außerdem wird eine Bürgerkriegssituation in ihren Herkunftsländern nicht mehr als ausreichender Asylgrund betrachtet.

Schon zuvor ist der Visumzwang verstärkt worden. Die Deutschen Botschaften sind entsprechend angewiesen worden. Ein Abkommen mit der DDR gegen die Einreise von Asylsuchenden ist in Kraft getreten. Außerdem wurde 1986 von einflußreichen Politikern gefordert, das Grundrecht auf Asyl aufzuheben. Schikane und entwürdigende Behandlung der Betroffenen sind die Folge dieser Maßnahmen.

Die beiden Organisationen begründen ihre Petition folgendermaßen:

1. Das Grundrecht auf politisches Asyl gilt uneingeschränkt. Die Bundesrepublik Deutschland ist es sich schuldig, angesichts ihrer Eigenschaft als Nachfolgerin des nationalsozialistischen Staates und angesichts ihrer demokratischen, an Grundrechten orientierten Verfassung dieses Grundrecht ohne Wenn und Aber aufrechtzuerhalten.
2. In der Bundesrepublik wird das Grundrecht auf politisches Asyl seit vielen Jahren durch Verwaltungspraxis und politische Maßnahmen unterlaufen. Diese Aushöhlung des Asylrechts ist nicht hinzunehmen. Sie trifft weitere Grundrechte. Hierzu gehören insbesondere die für alle Menschen geltenden Grundrechte auf Menschenwürde und auf Unverletzlichkeit.
3. Die Bundesrepublik befindet sich in keiner Notlage, die eine solche Grundrechteinschränkung als hinnehmbar erscheinen lassen könnte. Die Bundesrepublik ist eines der reichsten Länder dieser Erde. Sie wirkt mit ihrer Wirtschafts- und Sicherheitspolitik an der Hunger, Flucht und Tod erzeugenden Weltungleichheit in „Nord" und „Süd" mit. Der Wohlstand der Bundesrepublik gründet sich nicht zuletzt auf dieser konflikt-, rüstungs-, ja kriegsträchtigen Spaltung.
4. Die Bundesrepublik könnte von den Flüchtlingen und vom Leben mit ihnen im Sinne eines tatsächlichen weltoffenen Landes Vorteile erringen. Mittel- und langfristig gesehen, könnte die Bundesrepublik für ihre eigene Sicherheit daraus nur Nutzen ziehen.

Theoriearbeitskreis

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Sommerseminar

in Altenmelle
vom 17. Juli bis zum 26. Juli

Das Sommerseminar des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie der AG SPAK findet zum 9. Mal statt. Dieses Jahr werden vom Freitag, dem 17. 7., Anreisestag, bis zum Sonntag, dem 26. 7., CONTRASTE-Leserforum sowie Putz- und Abreisetag, fünf parallel verlaufende Arbeitsgruppen angeboten:

1. **Bildungsarbeit und Selbstverwaltung**
2. **Wirtschaftstheorien des Anarchismus (Proudhon, Tucker u.a.)**
3. **Konflikte in selbstverwalteten Betrieben**
4. **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen : Ausblutung oder Tropf?**
5. **Ringveranstaltung – Grundlegende Aspekte der Selbstverwaltung**

Anmeldung: Andrea Gerth, Kronenstr. 16, 6800 Mannheim 51

Das Sommerseminar ist auf 50 TeilnerInnen begrenzt. Anmeldeschluß: 13. Juli 1987. Kostenbeitrag für Selbstverpflegung 111,– DM. Zur Gültigkeit der Anmeldung sind 60,– DM auf das Konto Nr. 408 2590, Stadtsparkasse Mannheim, Kontoinhaberin Andrea Gerth, zu überweisen. Kinderbetreuung ist möglich. Bitte extra und rechtzeitig angeben!! Eigene Beiträge inhaltlicher und kultureller Art sind erwünscht und können als Arbeitsgruppe oder Abendveranstaltung auf dem Seminar eingebracht werden!!!!

Totengebet für die alternative Ökonomie

Aus den Leviten eines neuen Helfers der geistig-moralischen Wende

Wolfgang Beywl

Red. Heidelberg. Trendsetter Joseph Huber hat wieder ein handlich-preisgünstiges Büchlein geschrieben. Vor sieben Jahren erschuf er die Alternativ-Bewegung mit „Wer soll das alles ändern?" (Rotbuch). 1987 verfügt er ihre Vertreibung aus dem Paradies, mit nüchternem Blick auf „die neuen Helfer", die aus ihrer „euphorisch-heroischen Aufbruchszeit" heraus und in ihrer systemverändernden Perspektive „restlos" in der herrschenden Gesellschaft aufgegangen sind (Serie Piper).

Vier Funktionen des Werkes seien unterschieden:

1) Als Politikberatung für den Berliner Gesundheits- und Sozialsenator Ulf Fink bestätigt sie das „Berliner Modell" der Selbsthilfegruppenförderung als „zweifellos erfolgreiche politische Innovation": Die Selbsthilfekosten betragen nur einen Bruchteil der Sonstkosten, bei verbesserter Qualität der Dienstleistungen. Selbst die Bezahlung einer wachsenden Zahl „neuer Helfer" nach BAT ließe sich sozialpolitisch rechtfertigen. Gleichzeitig sollten jedoch Marktelemente in die Planstellenwirtschaft eingefügt werden, indem nach maximal dreijähriger Anlaufprojektförderung die erbrachten Leistungen im einzelnen vergütet werden.
2) Als fachliche Stellungnahme zur Wirksamkeit von Selbsthilfegruppen faßt Huber die vorliegenden Forschungsergebnisse zusammen und ergänzt sie durch eigene Untersuchungen (Auswertung von 34 Intensivinterviews und 81 Fragebögen von Berliner Gruppen): Das überdauernde Neue der neuen Dienste wird im grundlegend veränderten Leitbild beruflichen Handelns gesehen, dem „kooperativen Interventionsmodell". Ohne ein Minimum von professionalisierter Beratung und Bereitstellung von Infrastruktur würden die meisten Gruppen aufhören. Die Gruppen fungieren als „dualwirtschaftlicher Reißverschluß" indem sie professionelle Dienste und ehrenamtliche Eigenarbeit miteinander verbinden. „Flexibilität heißt die Botschaft. Wer sie nicht hört, den wird es die Kundschaft fühlen lassen".
3) Als Pamphlet gegen die linksalternative Szene deckt das Buch Schwächen und Fehler der am Rande der Pathologie verorteten „Pädithen" auf: „Man begegnet hier einander von vornherein auf sozialwissenschaftlich ‚vermittelte' Weise, um sich und seine ‚Bedürfnisse' und ‚Probleme' ‚einzubringen' und nach Maßgabe der einschlägigen pädagogisch-didaktisch therapeutischen Methoden ‚abzuarbeiten'". Der Staat wird von ihnen verteufelt, andererseits jedoch „wie eine gestopfte Weihnachtsgans" ausgenommen. Die mitgeschleppten „Emanzipations-, Autonomie- und Selbständigkeitsmythen" sind Grundlage ihrer „illusorischen Identität": Ihre „System- und Systemüberwindungstheologie ist nichts als Schall und Rauch vergangener Zeiten – und wer hineingeriet, gehört heute entweder zu einer desorientierten Generation oder mußte viel Energie aufwenden, um den Anschluß an die historische Wirklichkeit wiederzufinden."
4) Die Schrift dient als letzter Sargnagel für die „alternative Ökonomie": „Hoffnungen auf einen alternativen Gewerbesektor haben sich nicht erfüllt. Die wenigen Alternativtechniker sind Garagenbastler geblieben. Im Unterschied zu anderen solchen Bastlern, etwa den berühmten Herren Hewlett und Packard aus Palo Alto, waren sie nicht fähig oder willens, mit ihren Produkten Existenzen zu begründen. Um Solartechnik, Wärme-Kraft-Kopplung, giftfreie Materialien, biotechnologischen Landbau oder ähnliches kümmern sich andere: Die Etablierten. Die Alternativen betreiben stattdessen Kaffee- und Bücherstuben, Transport- und Entrümpelungskollektive, Tischlereien und Töpferwerkstätten, also nichts Innovatives. Mit dem Ausklingen der Alternativbewegung wird auf dem gewerblichen Sektor außer Vollkornbrot nicht viel übrig bleiben." „Sich Arbeitsplätze selber schaffen" ist ein weiterer Bewegungsmythos, dem die Realität der nach Versorgung im Stile der Postbediensteten strebenden Selbsthilfebeschäftigten mit reinem Arbeitnehmerbewußtsein gegenübersteht.

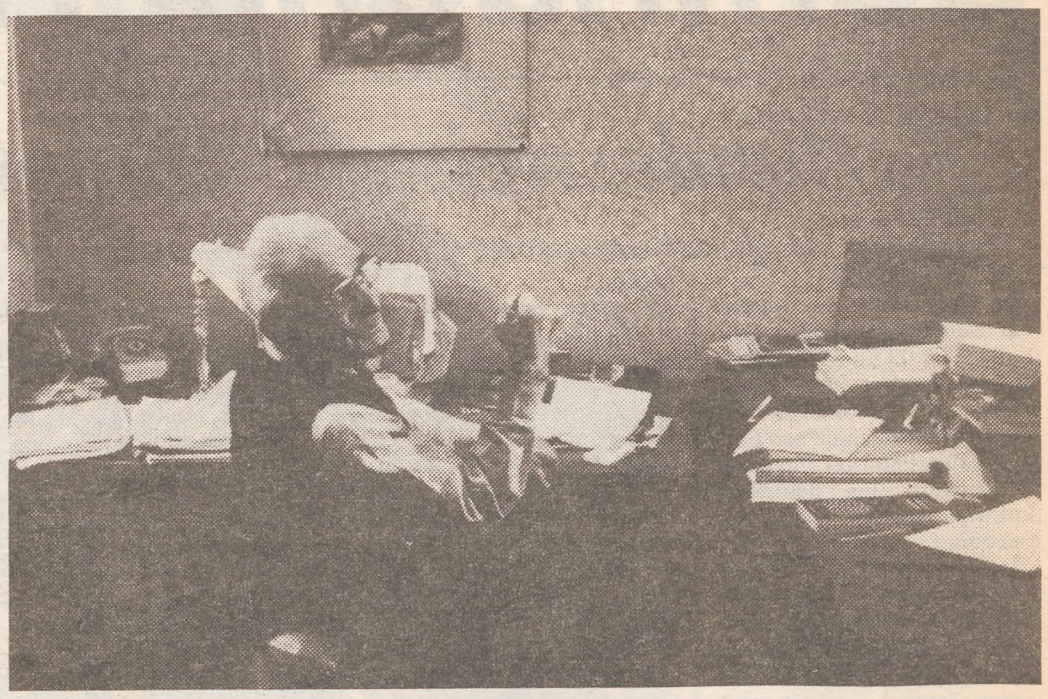
Vieles an Hubers Kritik hat eine Grundlage in widersprüchlichem, für mein politisches Wollen oft allzu theorie- und zielungenauen Handeln in linksalternativen Projekten (z.B. bezüglich der vielen Funktionen und Rollen des Staates, des Systems der sozialen Sicherheit, Fragen der Professionalisierung und der Fachlichkeit, sowie der Stellung zum Markt – versus Versorgungsprinzip). Hubers bösartige Gedankensplitter werden noch lange durch öffentliche Haushaltsdebatten, Rundfunkessays zu den Alternativen usw. pfeifen, und der Reaktion einiges an eigener Munition ersparen. Das Buch ist denunziatorisch, indem es die Realität der „Alternativen" mit dem Schein eines offen-liberalen CDU-Staates konfrontiert. Um in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner gewappnet zu sein, ist Hubers Buch lesenswert. Kaufen sollte man es jedoch nicht, ebensowenig wie seine neuen Wortschöpfungen. An dieser Stelle bin auch ich ausnahmsweise rückhaltlos für „Mehr-Markt".

P.S.: Die – frecherweise – nicht genannte Literaturangabe lautet: Huber, J., Die neuen Helfer München: Piper 1987

Eine Lobby für UVP

Am 2. Juli 1988 muß die EG-Richtlinie „über die Umweltverträglichkeitsprüfung" (UVP) bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten in das jeweilige nationale Recht umgesetzt sein.
Für eine optimale Umsetzung und sachgerechte Anwendung dieser Umweltverträglichkeitsprüfungen will sich der neu gegründete UVP-Förderverein mit Sitz in Dortmund einsetzen, ein Zusammenschluß von Raum- und Landschaftsplanern, Biologen, Ingenieuren und Volkswirten, die ihr Fachwissen zentral der UVP-Bewegung in der BRD zur Verfügung stellen wollen als eine Art Service-Station für alle, die im Bereich Umweltverträglichkeitsprüfung tätig sind. Anforderungsprofile für UVP-Gutachten sollen erstellt werden, der Aufbau eines alternativen Berufsverbands für UVP-Gutachter ist geplant und eine eigene Zeitschrift, der UVP-report, wird herausgegeben werden. Weitere Informationen und Mitgliedschaft über:
UVP-Förderverein
Postfach 500 440
4600 Dortmund 50

Kurzmeldungen



VCD e.V.

Seit Juli 1986 gibt es in der BRD einen neuen Verkehrsclub, den VCD e.V. Als Alternative zu den herkömmlichen Automobilclubs, die einseitig die Interessen der Autofahrer vertreten, will der VCD Nicht-Autofahrer und „umweltbewußte Autofahrer" gleichberechtigt vertreten.

Die Jahresmitgliedsbeiträge liegen zwischen DM 15,– und DM 120,–. Eine kostenlose Informationsbroschüre kann angefordert werden beim:
Verkehrsclub der BRD VCD e.V.
Postfach 320348, 5300 Bonn
Tel.: 0228/44 41 44

HeVEU

Im März 1987 wurde in Frankfurt der „Hessische Verein für Energieberatung und Umweltschutz" (HeVEU) gegründet. Sein wichtigstes Anliegen ist derzeit der Ausbau und die Verbesserung der Energieberatung in Hessen. Im HeVEU arbeiten u.a. Wissenschaftler aus dem Architektur-, Agrar-, Elektro-, Sozial- und Wirtschaftsbereich zusammen, die dafür sorgen wollen, daß Beratung und Betreuung konkreter Projekte verstärkt in der Öffentlichkeit durchgeführt werden. Näheres ist zu erfahren über die Geschäftsstelle des HeVEU, Neuhaußstr. 11,
6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/595951

Wege aus der Langzeitarbeitslosigkeit

ELISE, die europäische Informationsbörse für lokale Beschäftigungsinitiativen (wir berichteten schon in der Juni-Ausgabe kurz darüber) hat eine 72-seitige Studie zum Thema „Wege aus der Langzeitarbeitslosigkeit" herausgegeben, in der konkrete Beispiele erfolgreicher Beschäftigungsinitiativen in der EWG vorgestellt werden! Die Publikation ist in engl. oder französischer Sprache zu beziehen bei:
ELISE publications,
38 rue Vilain XIIII,
B-1050 Brüssel,
und kostet 440 BF + 50 BF Porto (ca. 23,- DM insgesamt)

Die Stiftung „Die Mitarbeit" sucht zur Erstellung eines Handbuchs selbstorganisierte Interessengemeinschaften von Initiativgruppen in den Bereichen:

Leben (z.B. Frauen, Männer, Kinder, Eltern, Alte, Jugendliche u.a.)
Kultur (z.B. Bildung, Medien, Kulturzentren, Gegenöffentlichkeit u.a.)
Benachteiligung (z.B. Arbeitslose, Straffällige, ethnische Minderheiten, 3. Welt u.a.)
Politik und Umwelt (z.B. Menschen- und Naturschutz, Technik, Verkehr, Frieden, Bürgerrechte u.a.)
Gesundheit (z.B. Psychiatrie, Suchtkrankheiten, Behindertenselbsthilfe u.a.)
Arbeitswelt (z.B. Ausbildung, Arbeitslosigkeit, alternative Ökonomie, Selbstverwaltung u.a.)
Wohnumfeld (z.B. Wohngemeinschaften, Stadtteiltreffs, Freizeit u.a.)

„Die Mitarbeit" fördert seit 25 Jahren Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen mit sozialen, kulturellen und pädagogischen Aufgaben, sie organisiert Seminare und Fachtagungen zu verschiedenen Aspekten der Selbsthilfearbeit.
Kontakt: „Die Mitarbeit"
Hartmut Krebs,
An der Esche 2
5300 Bonn 1
Tel.: 0228/630023

Presseerklärung

Doppelnutzung des Frankfurter Flughafens

Am 25. Juni haben die Bundestagsabgeordneten der GRÜNEN Dr. Mechtersheimer und Hubert Kleinert „aufgrund neuer Erkenntnisse" eine kleine Anfrage zur militärischen Nutzung des Rhein-Main-Flughafens Frankfurt an die Bundesregierung gerichtet. Wir geben die recht interessanten Fragen leicht gekürzt wieder und werden ggfs. über Ergebnisse der Anfrage berichten.

1a) Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, daß der Rhein-Main-Flughafen in das WARTIME HOST NATION SUPPORT-Abkommen vom 15. April 1982 einbezogen ist?
1b) Treffen Informationen zu, wonach der Rhein-Main-Flughafen einziger Flughafen in der Bundesrepublik ist, der sowohl als Anlandeflughafen (APOD = „Airport of Debarkation") und als Einsatzflughafen (MOB = „Main Operating Base"), der amerikanischen Luftwaffe dient?
1c) Ist die Doppelnutzung des Rhein-Main-Flughafens nur durch den Bau der Startbahn 18-West möglich geworden?

2a) Hat ein Geländeübertrag bzw. ein Geländetausch zwischen der Flughafengesellschaft (FAG) und der amerikanischen Luftwaffe stattgefunden?
2b) Auf welche Teile des Flughafengeländes und welche Hektarflächen bezog sich der Tausch?
2c) Welche Zwecksetzung haben die amerikanischen Streitkräfte mit dem Erwerb zusätzlicher Flächen am Südrand des Flughafens verbunden?

3a) Treffen Informationen zu, wonach das NATO-Pipelinesystem 1987 an die Startbahn 18-West herangeführt wurde?
3b) Welche Gründe waren maßgeblich, die Startbahn 18-West an die militärische Treibstoffversorgung anzuschließen?
4a) In welchem Zusammenhang steht der Neubau eines Towers im Südteil des Flughafens mit der beabsichtigten doppelten Nutzung des Rhein-Main-Flughafens im Falle einer Krise?
4b) Welche weiteren zivilen Ausbauten von militärischer Bedeutung sind auf dem Rhein-Main-Flughafen geplant?
4c) Treffen Informationen zu, daß aus Fracht- und Abfertigungsgebäuden nördlich des Parallel-Landebahnsystems unterirdische Tunnel sowohl in den militärischen Teil des Flughafens als auch in die amerikanische Wohnsiedlung GATEWAY GARDEN führen und welchen Zweck haben diese Anlagen?
4d) Welche Informationen hat die Bundesregierung über geplante Baumaßnahmen der amerikanischen Streitkräfte auf dem zivilen und dem militärischen Teil des Flughafens?
5a) Wieviele Firmen, die am oder für den Flughafen arbeiten, sollen ab dem Spannungsfall Dienst- und Werkleistungen nach dem Bundesleistungsgesetz zu Zwecken der Gesamtverteidigung auf dem Rhein-Main-Flughafen erbringen?
Welche sind diese Firmen, welcher Art ihre Leistungen?
5b) Wieviele MitarbeiterInnen, die auf dem Rhein-Main-Flughafen in irgendeiner Weise beschäftigt sind, sollen an dem Spannungsfall über das Arbeitssicherstellungsgesetz zu Dienstleistungen für die Gesamtverteidigung verpflichtet werden?
Welcher Art sind die Aufgaben, für die diese Menschen verpflichtet werden sollen?

Aktionen

Anti-Apartheid-Proteste

Den Weg zu ihrer Hauptversammlung am 25. Mai in der Frankfurter Alten Oper mussten sich die Aktionäre der Dresdner Bank durch ein Spalier von Demonstranten bahnen. Die Gegner des südafrikanischen Apartheid-Regimes protestierten gegen die Unterstützung des Rassentrennungsregimes durch bundesdeutsche Banken in Form von Krediten und Anleihen.

Auch drinnen in der Versammlung mußten sich Aktionäre und Vorstand dem Protest stellen. Eine Gruppe von vier „kritischen Aktionären" rechnete ihnen vor, daß die Dresdner zwischen 1980 und 1985 33 Anleihen an Südafrika mitzeichnete. Sie haben deshalb beantragt, dem Vorstand die Entlastung zu verweigern.

In über 80 bundesdeutschen Orten finden zur Zeit Bankenaktionen statt, meist sind es kleinere Umzüge von Bank zu Bank, Mahnwachen, Konto-Kündigungsaktionen, Podiumsdiskussionen. In Stuttgart hocken schwarz verschleierte Frauen vor den Dresdner Filialen, auf Grabsteinen neben ihnen stehen die Namen ermordeter schwarzer Afrikaner, vor ihnen ausgebreitet liegt das „grüne Band der Sympathie". In München tragen Demonstranten eine Bahre durch die Stadt, die auf ihr liegende Puppe ist „der todkranke Patient Apartheid". Künstlich ernährt wird er von drei Sanitätern, die die Symbole der Dresdner Bank, der Deutschen Bank und der Commerzbank tragen. Kundgebungen finden zugleich statt vor Dresdner-Filialen in Genf, Zürich, sowie verschiedenen Städten in den USA.

Die Aktionen werden unterstützt von Sektionen der SPD, der Grünen und anderer Parteien, des DGB, des Bundes Umwelt- und Naturschutz (Bund), von terre des hommes, der AWO, von kirchlichen, Jugend- und Dritte-Welt-Gruppen. Eine Koordinationsstelle ist der „Arbeitskreis kein Geld für Apartheid", Siegesstr. 9
8000 München 40,
Tel.: 089/396208

Regionale Wirtschaftspolitik auf zentrale Mehrheiten angewiesen – Der kommunalpolitische Ansatz des Greater London Council –

Schon mehrfach ist in den CONTRASTEN über die linke dezentrale Wirtschaftsstrukturpolitik in Großbritannien berichtet worden (Nr. 12/85 und 6/86). Nach fünf Jahren „Londoner Industrieller Strategie" ist die fortschrittliche Stadtregierung der 8-Millionen-Metropole (das GLC) aufgelöst worden. Die Bilanz ihrer auf industrielle Restrukturierung, neue Arbeitsplätze und Wirtschaftsdemokratie gerichteten Politik fällt geteilt aus: Während sich mittlere und große Unternehmen dem Ansatz weitgehend verweigerten oder zu großen Kapitalbedarf hatten, ist im Kleingenossenschaftssektor viel erreicht worden. Auf Dauer jedoch bleiben regionalpolitische Waffen ohne zentralstaatliche Rückendeckung stumpf: „Eine erfolgreiche beschäftigungspolitische Strategie setzt die Beeinflußung makroökonomischer Größen und vor allem die Benutzung zentralstaatlicher Instrumente voraus". Auf die BRD übertragen: Ohne neue Mehrheiten auf Bundesebene bleiben kommunale und regionale Förderprogramme für die Selbstverwaltungswirtschaft Stückwerk. Mehr davon im Arbeitspapier von Michael Wiedemeyer: „Jenseits von Monetarismus und Keynesianismus?„; kostenlos über das Seminar für Wirtschaftswissenschaft und ihre Didaktik der Universität Köln, Gronewaldstraße 2, 5000 Köln 41.

Wolfgang Beywl

BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT DER NETZWERKE GEGRÜNDET

Ein Jahr auf Bewährung

Red. Berlin Am 13.6.87 wurde in Hamburg die Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke gegründet. Sie versteht sich als Dachverband der z.Zt. 27 aktiven Netzwerke im Bundesgebiet und in West-Berlin. Die Vernetzung der Netzwerke in diesem Dachverband soll die Zusammenarbeit der einzelnen Netzwerke fördern, den gegenseitigen Informationsfluß gewährleisten, Serviceleistungen für die Netzwerke zur Verfügung stellen und die Qualifizierung der Netzwerk-Aktiven ermöglichen.
Darüberhinaus soll die Bundesarbeitsgemeinschaft die Verbreitung des Selbsthilfe- und Selbstverwaltungsgedankens auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet fördern, sowie die sachliche und politische Interessenvertretung der Netzwerke auf Bundesebene wahrnehmen. Im folgenden Artikel beschreibt F.J. Bartsch, Vorstandsmitglied der BAG, die politischen Beweggründe und Hoffnungen, die sich mit der BAG verbinden.

Franz-Josef Bartsch

Auf dem ureigensten Feld der Netzwerkarbeit, der Beratung, Förderung und Finanzierung alternativer Initiativen und Projekte, ist in den letzten Jahren der Staat zunehmend aktiver geworden. Jüngstes Beispiel hierfür ist die Landesberatungsgesellschaft G.I.B. in NRW, andere Beispiele sind die bundesweit operierende Beratungsgesellschaft BBJ-Consult (finanziert vom Bundesarbeitsministerium) aus Berlin, sowie die verschiedenen staatlichen Förderprogramme für Alternativprojekte und selbstverwaltete Betriebe auf Landes- bzw. Kommunalebene (München, Nürnberg, Berlin, Hessen).

Die Motive für eine aktive Politik des Staates bzw. der Parteien in Richtung Alternativscene/Selbstverwaltungsbereich sind vielfältig:

Am Anfang waren es vor allem Integrationsbestrebungen (Stichwort Jugendrevolte, no-future-Generation) oder es war politischer Druck, der angesichts erheblicher Legitimationsdefizite den Staat zum Handeln zwang: Hausbesetzungen und als Folge Förderprogramme für Selbsthilfegruppen im Baubereich, Förderprogramme für Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich unter dem Stichwort „menschlichere", vor allem aber billigere Gesundheitsversorgung, oder auch das Förderprogramm in Hessen, das die Grünen der SPD abtrotzten.

Später entdeckten die Parteien mehr und mehr, daß der Alternativbereich durchaus in das eigene sozial-, arbeitsmarkt- und umweltpolitische Kalkül einzubauen ist und der Rückgriff auf den Alternativbereich dazu benutzt werden kann, sich angesichts der eigenen Ratlosigkeit dennoch als moderne Partei zu profilieren (SPD und Genossenschaftsbewegung, „lokale Beschäftigungsinitiativen" als Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit).

Mittlerweile haben die Parteien sich so sehr des Themas „Förderung und Finanzierung des Alternativbereichs" angenommen, die Begriffe ausgehöhlt und mit ihren Inhalten besetzt (z.B. Fink, dessen Selbsthilfebegriff im Kern ehrenamtliche Arbeit meint), daß die Funktionalisierung des Alternativbereichs für die Interessen der Parteien bzw. staatlicher Politik immer reibungsloser vonstatten geht.

Reflexiv zu dem sich immer weiter spannenden Handlungsrahmen staatlicher Stellen auf dem Feld der Förderung alternativer Projekte/selbstverwalteter Betriebe hat sich die politische Thematisierung dieses Bereichs zunehmend von einem Bezugsrahmen vor Ort gelöst und ist jetzt häufig in einen landes- bzw. bundespolitischen Zusammenhang gestellt (Arbeitskreis Genossenschaftsbewegung in der SPD, Arbeitskreis Selbstverwaltung bei den Bonner Grünen, Selbsthilfeförderung im Bundesministerium für Familie, Jugend, Gesundheit). Auch die Wohlfahrtsverbände haben hieran erheblichen Anteil mit ihren unzähligen Tagungen, Seminaren und Veranstaltungen, insbesondere zum Thema Selbsthilfe im Gesundheits- und Sozialbereich.

Bisher hat die Selbstverwaltungsscene, haben die Netzwerke dieser „Vermarktungssituation" allenfalls dort etwas entgegenzusetzen, wo die Diskussionen und politischen Auseinandersetzungen unmittelbar auf die Situation vor Ort bezogen sind und die Projekte bzw. Netzwerke politisches Gewicht haben (Bremen, Nürnberg).

Für einen darüberhinausgehenden Rahmen fehlt es an einer entsprechenden Organisationsstruktur. Die Frage, ob sich Netzwerke und Alternativprojekte an politischen Diskussionen, die den Alternativbereich über den eigenen Handlungsrahmen vor Ort hinausgehend thematisieren, beteiligen oder nicht, wird nicht politisch, sondern faktisch beantwortet: Abgesehen von wenigen meist abgehobenen EinzelkämpferInnen gab es keine organisierte, politisch legitimierte Vertretung aus dem Alternativbereich.

Zwar hat es in der Vergangenheit an politischen Initiativen, die aus dem Selbstverwaltungsbereich kamen und bundesweiten Aktionsradius haben sollten, nicht gemangelt (siebter Wohlfahrtsverband, Vernetzungsmodell für Finanzierungseinrichtungen im Zusammenhang mit dem Umbauprogramm der Grünen, die Idee, den Ökobankverein zu einer Partei für Selbstverwaltung auszubauen), doch blieben diese Initiativen in den Ansätzen stecken. Unabhängig von der Sinnhaftigkeit der einzelnen Vorschläge war dies auch deshalb der Fall, weil es keinen organisierten Rahmen zur Formulierung und Bündelung der Interessen und keine Organisationsstruktur für ihre Durchsetzung gab.

Hier setzt die BAG an. Sie soll einerseits die verschiedenen Maßnahmen und Aktivitäten, die von Seiten des Staates, der Parteien und der Verbände auf den Selbstverwaltungsbereich zielen, kritisch bewerten und öffentlich deutlich machen, welche Interessen dahinterstehen und ob tatsächlich dem Selbstverwaltungssektor oder nur dem eigenen politischen Kalkül gedient werden soll. Sie soll andererseits aber auch gemeinsame Probleme und Interessen der Netzwerke bzw. der Selbstverwaltungsbewegung aufgreifen und organisiert vertreten, z.B. die Frage der Gemeinnützigkeit der Netzwerke oder das Problem geeigneter Rechtsformen für die Selbstverwaltung.

Ob die BAG den hohen Erwartungen gerecht werden kann, wird die Zukunft zeigen müssen. Vor zu hohen Erwartungen sei gewarnt! Die Beschreibung politischer Hoffnungen bedeutet noch lange nicht deren Einlösung. Ich beschreibe die langfristige Perspektive. Im Moment kann bestenfalls von einem Experiment gesprochen werden, dessen Ausgang offen ist.

Das wissen auch die Netzwerke. Sie haben in diesem Bewußtsein die Finanzierung der BAG vorerst nur für ein Jahr sichergestellt. Dann soll in einer gründlichen Bestandsaufnahme resumiert und entschieden werden, ob das Experiment etwas gebracht hat. Angesichts der Tatsache, daß die meisten Netzwerke in ihrer Alltagsarbeit vor Ort genügend Probleme haben (Mitgliederschwund, Generationsproblem, ein politisches Klima, das sich nicht gerade förderlich auswirkt), fiel es den Netzwerken nicht leicht, die benötigten Gelder in Höhe von 5% der Einnahmen aus Beiträgen und Spenden zur Finanzierung der BAG-Geschäftsstelle zur Verfügung zu stellen. Sie erwarten dafür zu Recht konkrete Dienstleistungen und Hilfestellungen. Auf der Wunschliste stehen eine netzwerkbezogene Weiterbildung für die Aktiven, ein guter Informationsfluß über Entwicklungen in den einzelnen Netzwerken, über Tagungen und Seminare, sowie die Organisierung einer Netzwerk-Zukunftswerkstatt zwecks gemeinsamer Standortbestimmung und Perspektivdiskussion.

In dieser Wunschliste drückt sich nicht nur ein angemessenes Kosten/Nutzen-Denken aus, sondern auch das Bewußtsein darüber, daß ein bundesweiter Zusammenschluß letztlich doch nur von der Lebendigkeit der Netzwerke vor Ort leben kann. Andererseits hat der Gründungsprozess und nicht zuletzt wohl auch der geforderte 5%ige Eigenanteil an der Finanzierung die politische Diskussion in den Netzwerken angestoßen und belebt. Auf der Gründungsversammlung in Hamburg war beides spürbar, auf der einen Seite der wiedererwachte Wille, in der politischen Diskussion über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen und nach neuen Perspektiven zu suchen, auf der anderen Seite nüchterner Realismus, der von der BAG konkrete Ergebnisse verlangt und nicht gedenkt, eine politische Spielwiese für Scene-Funktionäre zu finanzieren.

Auf jeden Fall haben die Netzwerke die selbst gestellte Herausforderung angenommen. Gleich drei Arbeitsgruppen, die sich aus Aktiven verschiedener Netzwerke zusammensetzen, konnten in Hamburg gebildet werden. Sie werden zu den Themen Qualifizierung/Weiterbildung und Zukunftswerkstatt arbeiten, sowie eine große Einführungsveranstaltung in Angriff nehmen. Die Arbeit von Geschäftsführung und sechsköpfigem Vorstand ist somit in einen größeren, von den einzelnen Netzwerken getragenen Zusammenhang eingebunden. Damit ist zugleich ein wichtiger Schritt getan, um zu verhindern, daß aus der BAG ein abgehobener „Wasserkopf" werden könnte. Eine Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke, die unter diesen Vorzeichen ihre Arbeit aufnimmt, hat eine Chance verdient, selbst wenn und gerade auch, weil sie nur ein Jahr auf Bewährung hat.

Mindestens 20 Netzwerk-Vereine bilden Bundesarbeitsgemeinschaft

Auf Dauer Power?

Red. Nürnberg Als nachmittags der Sekt anrollen konnte, weil die Bundesarbeitsgemeinschaft endlich Wirklichkeit wurde, kam Freude auf. Nach sechs Stunden disziplinierter Diskussion zu Satzungsformalia und dahinter verborgenenen wichtigen Weichenstellungen in die Zukunft der BAG, in der ungewohnten Atmosphäre, als funktionierende Abstimmungsmaschinerie von bis zu 50, die sich im Hamburger Netzwerkbüro drängelten, – konnte zu guter letzt doch noch gefeiert werden. Eben ging's noch um so diffizile Fragen, wie eine Vorbehaltsklausel zu konstruieren, die die Anforderungen einer über Jahresfrist anzulegenden Haushaltsplanung mit dem Wunsch einzelner Netzwerke unter einen Hut bringt, zunächst nur Gelder für das Experiment Gründung festzulegen. Nach diesem Heckmeck für Juristen aber Jubel und Trubel vor den Kameras der Chronisten: ein dichter Pulk ausgelassener Leute feierte schließlich Fototermin bei dem Denkmal der ehemaligen Netzwerksau vor dem Hamburger Werkhof – mit Saft und Sekt und Wein belagerten sie das arme Schwein.

Kurt Regenauer

Über 20 stimmberechtigte Gründungsmitglieder und auch genug Geld, um zumindest einen Start zu ermöglichen, kann das Protokoll der Hamburger Gründungsversammlung der BAG Netzwerke verzeichnen. Als Franz-Josef Bartsch, frischgebackener BAG-Vorstand aus Berlin, ansetzte, von der Arbeit im Vorfeld der BAG-Gründung zu berichten (ein Jahr lang war an Satzungs-, Finanzierungs-, Struktur- und Zweckbestimmungsvorschlägen herumgefeilt worden), brauchte er sich nicht mehr lange bei den Ergebnissen einer zuletzt durchgeführten Netzwerkbefragung aufzuhalten. Denn die Resultate vom Mai in Fragen der BAG-Gründung waren längst aktualisiert, nicht zuletzt durch die „Stimmberechtigung" seiner ZuhörerInnen. In den vergangenen Wochen hatten immer mehr Netzwerke verbindliche Beschlüsse zur BAG-Gründung gefällt und eben auch Leute mandiert. Und das rein Statistische der angesprochenen Untersuchung ruht zur weiteren Aufbereitung für „10 Jahre Netzwerk" -Publicity im Archiv der Berliner Muttersau im Mehringhof.

Die Stellungnahmen der Netzwerke zur BAG vor Gründung halfen vielmehr eher, die Gründungsdiskussion gut vorzustrukturieren. Immerhin konnten so viele strittige Punkte vorab erkannt und ein echter Meinungsaustausch ermöglicht werden. Die Dichte der Themen war mit der Enge der Zeit in Einklang zu bringen. Aber die Versammlung zeigte sich enorm entscheidungsfreudig:

- Soll die BAG Forschung und Theoriebildung zur Selbstverwaltung betreiben? Nein, aber sie kann versuchen, die Vielfalt bestehender Ansätze „zu koordinieren".
- Wird die Gemeinnützigkeit angestrebt? Nein, aber als politisches Thema aufgegriffen.
- Wird es eine Stimmübertragung einzelner Netzwerke in ihrer Stimmführung bei künftigen BAG-Mitgliederversammlungen geben können? Nein, jedes Mitgliedsnetzwerk hat nur eine Stimme und ist auch künftig zur Anwesenheit verdonnert, wenn es mitstimmen will.
- „Soll" oder „Muß" der Vorstand der BAG paritätisch mit Frauen besetzt sein? In der Satzung steht die „Muß-Regelung" und in der Folge „wurde" der Vorstand auch paritätisch besetzt.

Dann, nach allgemeiner Gründungszelebration in Anschluß an den Satzungsmarathon fand die Versammlung immer noch die Kraft, anstehende Hauptaufgaben zu bestimmen, einen Vorstand zu wählen und Bonn als Standort einer Geschäftsstelle festzulegen. Der Bonner Rechtsanwalt Michael Raetsch als künftiger Geschäftsführer und Annegret Böthel (Bremen), Gaby Elias (Köln), Marret Hansen (Lübeck), Hubert Kant (Karlsruhe), Klemens Speer (Osnabrück) mit dem Berliner Franz-Josef Bartsch als Vorstände werden hier noch einige Details klären müssen, um die BAG wirklich in Schwung zu bringen.

Der Schwung der BAG-Gründung reichte jedenfalls noch weit in den Sonntag rein. Nach ausgiebigem nächtlichen „die Sau raus lassen" fanden sich immerhin noch etliche BAG-Netzwerke am Sonntag ein, um eine größere Veranstaltung für den Herbst zu beschließen. Zur näheren Vorbereitung meldeten sich Engagierte zu einer hierfür eingerichteten Arbeitsgruppe.

Das Gefühl und die Härte, die Wut und die Stärke der BAG-GründerInnen aus Hamburg stimmt hoffnungsfroh. Mit ihrer Gründung beansprucht die BAG und etliche der Netzwerke,für mehr da zu sein als für politisches Mäzenatentum – politische Forderungen für Selbstverwaltung können resultieren.

Spannend wird daher, wie weit es der BAG nunmehr gelingt, politisches Profil zu gewinnen. Den mit Verantwortung Betrauten sei daher geraten, beim „Vollgas geben" nicht nur zurückzuschauen. Eine BAG Netzwerke besteht in einer neuen Dimension gesellschaftlicher Verantwortung. Ihr erwachsen weitaus mehr Aufgaben, als die Vergangenheit zu verwalten.

Mit der BAG soll Selbstverwaltung ein Stück mehr öffentliches Thema werden, aber doch wohl als Thema der Zeit. Hierzu lohnt es, den Blick für die soziale Wirklichkeit nicht nur den „Experten" zu übertragen, sondern selber zu schärfen. Nur so entsteht auch die „Power auf Dauer", die es braucht, die Wirklichkeit zu ändern.

CONTRASTE jedenfalls hat als Periodikum zur Selbstverwaltung ausreichende Übung, Diskussionen zum Thema aufzugreifen. Es wäre daher wohl auch verfehlt, CONTRASTE als reines „Verkündungsorgan der BAG" zu begreifen, statt ihre Möglichkeiten zu nutzen, um „politische Willensbildung" voranzubringen. Was die BAG-GründerInnen also als eine ihrer Hauptaufgaben ansehen, versucht auch unsere Zeitung monatlich. Und die geschätzten LeserInnen werden daher sicher noch einiges von der BAG Netzwerke hören.

Kasseler Projektverbund

Jeder für sich und wir gegen alle
– Notizen zum Kasseler Projektverbund

Red.Kassel. **Immer häufiger schließen sich in letzter Zeit Einzelbetriebe und Initiativen zusammen, um als Betriebsgemeinschaft oder Projektverbund lebens- und arbeitsfähig zu bleiben bzw. zu werden. Mit diesem Artikel wollen wir eine Serie beginnen über die Möglichkeiten und Probleme bei der Zusammenarbeit unterschiedlicher Projekte, die sich unter einem Dach zusammengefunden haben. In dieser Ausgabe soll über den Kasseler Projektverbund, einem typischen kleineren Zusammenschluß, berichtet werden.**

„Hinter dem – zugegeben – etwas pompösen Namen verbergen sich drei Initiativen: die Lehrerselbsthilfe im Verein zur Förderung regionaler Kultur, das Kasseler Institut für Gesundheit und Körpererfahrung und der Kasseler Verlag für Pädagogik und Sozialwissenschaften", so Klara Neuhoff vom Verlag. Einer der Initiatoren des Projektverbundes Kassel ist Christian Schulz-Vonderscher. Christian beschreibt die ursprüngliche Motivation, die zu dem Zusammenschluß führte: „Zum einen waren dies schlicht ökonomische Gründe, denn die gemeinsame Benutzung von Büroräumen und den dortigen Infrastruktureinrichtungen kommt uns erheblich billiger, als wenn jeder von uns eigene Räumlichkeiten angemietet hätte. Daneben gab und gibt es eine personelle Vernetzung und auch gemeinsame inhaltliche Arbeitsschwerpunkte."

Die unterschiedlichen Initiativen profitieren durch ihre eigene Arbeit voneinander. So veröffentlicht der Verlag bspw. Themen aus der Pädagogik und dem Gesundheitsbereich, die vom Kasseler Institut für Gesundheit und Körpererfahrung aufgearbeitet wurden.

Barbara Moegling beschreibt die Aufgaben des Instituts, das einem ganzheitlichen Gesundheitsansatz verpflichtet ist: „Wir bieten im Rahmen unseres Programms Kurse an, die dieses stark ökologisch ausgerichtete Gesundheitsverständnis über die Arbeit am eigenen Leibe fördern sollen. Die Weiterbildungslehrgänge sind besonders für all diejenigen geeignet, die im Bewegungssektor arbeiten, aber natürlich auch für alle anderen Gesundheitsarbeiter; darunter verstehen wir auch Therapeuten, Sozialarbeiter, -pädagogen und last not least auch Lehrer." Neben einer gesundheitlichen Grundlagenforschung werden praktische Kurse in Tai Chi Chuan, Yoga, Akupressur, verschiedene Massagepraktiken u.v.m. angeboten.

Eng verflochten mit dem Institut, das als e.V. organisiert ist, versteht sich die Lehrerselbsthilfe Kassel. Gerti Schneider beschreibt die Motivation dieses Unternehmens: „In der Lehrerselbsthilfe haben sich arbeitslose Lehrer organisiert, die aus ihrer Isolation heraustreten wollen. Vorrangiges Ziel für sie ist, den erlernten Beruf des Pädagogen durch Arbeitslosigkeit nicht verkommen zu lassen, nur weil dieser Staat und diese Gesellschaft nicht Willens sind, die – nicht immer meßbaren – Leistungen des Pädagogen zu bezahlen."

Die Nachhilfezentrale arbeitet bereits recht erfolgreich. In Kleingruppen wird versucht, Schuldefizite aufzuarbeiten. Insbesondere finanzschwache Eltern bekommen die Möglichkeit, ihre Kinder in solche Kleingruppen zu schikken.

Ein weiterer Bereich ist die Erwachsenenbildung, beziehungsweise die eigene Weiterbildung im Bereich Datenverarbeitung. Interessierten steht ein PC zur Verfügung, an dem erste Erkenntnisse und Fähigkeiten hinsichtlich dieser Technologie erworben werden können.

Letztes Glied in der Kette der Initiativen ist der Kasseler Verlag für Pädagogik und Sozialwissenschaften. „Verlegerisch tätig zu sein, bedeutet für uns, sinnvolle Arbeit leisten. Da wir unsere Buchvorhaben und deren inhaltliche Schwerpunkte sowie die Arbeitsstrukturen im Team selbst bestimmen, war dies für die meisten von uns, die vormals arbeitslos waren, eine Chance, das ‚Sinnloch' auf vielfältige Weise zu überwinden," analysiert Klara vom Verlag.

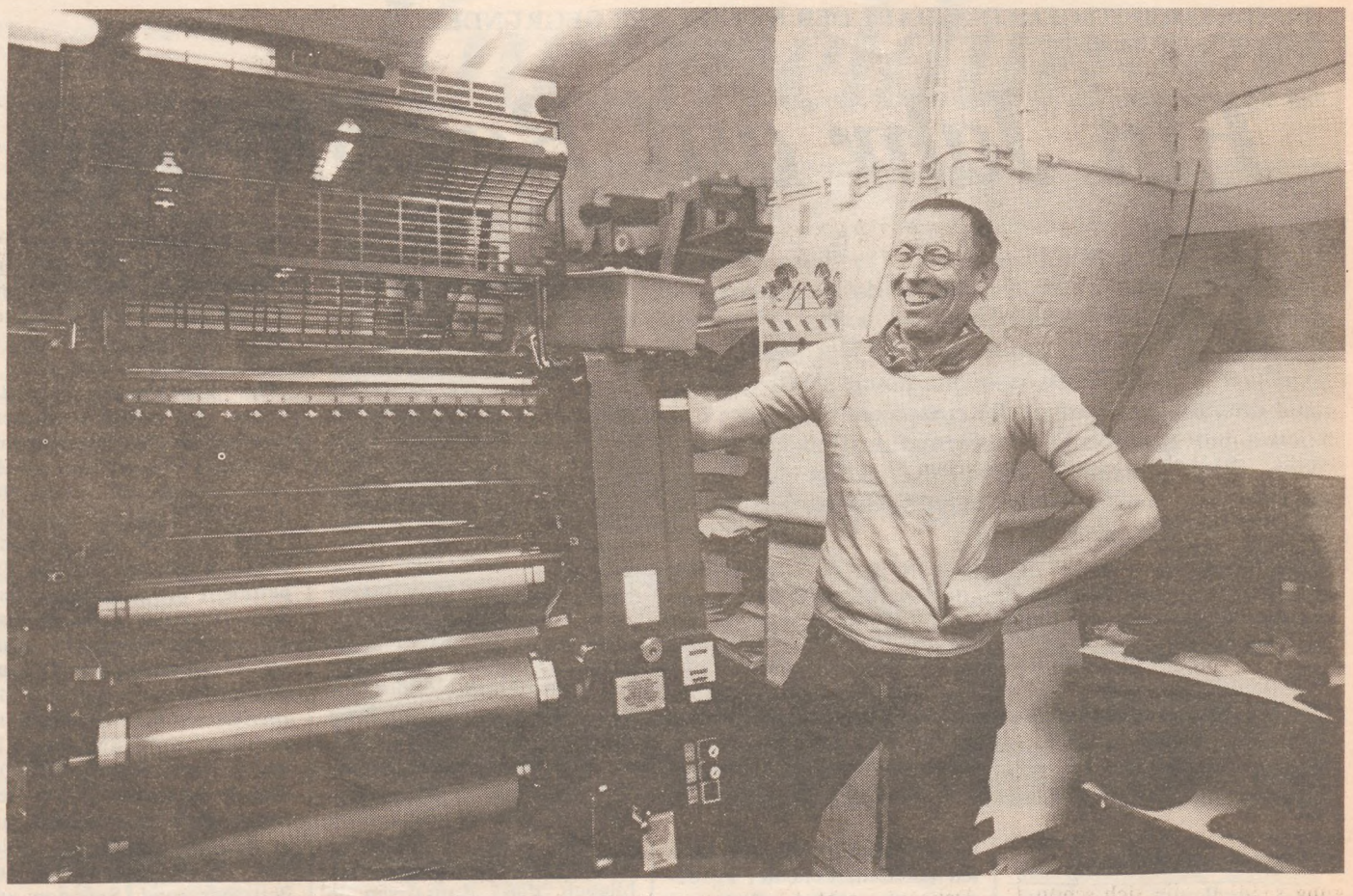
Trotz inhaltlicher und personeller Vernetzung bestehen eindeutige organisatorische Grenzen zwischen den einzelnen Projekten. „Jeder Betrieb ist für seine Finanzen, d.h. für seine Finanzierung selbst verantwortlich", so Christian. „Wir haben diese Trennung bewußt vorgenommen, damit nicht u.U. eine Melkkuh die anderen subventioniert.

Meist geht gerade dadurch die finanzielle Verantwortung bei den einzelnen Projektmitarbeiter/inne/n verloren; dies ist ja zur Genüge in anderen Projekten im alternativen Bereich zu beobachten gewesen."

In der Praxis werden Räume und Infrastruktureinrichtungen gemeinsam genutzt. Die Kostenabdeckung erfolgt aus einem gemeinsamen Topf, in den alle Projekte einen gewissen Anteil einzahlen. Klara und Christian stellen übereinstimmend fest: „Ökonomisch wie personell haben wir durch die Verzahnung eindeutig Vorteile. Hauptproblem ist jedoch im Moment die unterschiedliche Auffassung über das jeweilige Engagement der einzelnen Projektmitglieder. So werden die eh schon ‚Machenden' mit zusätzlichen Aufträgen ‚gefüttert', die ohne weiteres von allen gemeinsam mit links bewältigt werden könnten." Dies wird von beiden als Indiz für ein Nachlassen der Zusammenarbeitsbereitschaft gewertet. Ähnliche „Knackpunkte" existieren wohl in vielen Projekten der sog. Alternativ-Szene.

In die Zukunft blicken die Projektverbundmitarbeiter optimistisch. Klaus Moegling: „Wir haben schon die nächsten Projekte im Auge, die wir in absehbarer Zeit verwirklichen wollen und werden." Dabei denken die Kasseler z.B. an die Herausgabe einer Zeitschrift zum Thema Bewegung. Zu hoffen bleibt, daß sich dieser Verbund auch in Zukunft halten wird. Denn das Kasseler Beispiel könnte motivierend sein für Zusammenschlüsse verschiedenster Initiativen mit unterschiedlichen Interessen und Arbeitsbereichen.

Gunar Seitz



Selbstverwaltete Grafische Betriebe organisieren sich

Am Wochenende des 21.6.87 trafen sich bei Kassel die Vertreter von acht Selbstverwalteten Grafischen Betrieben (Windhueter Kollektiv Schorndorf, Hinterhof-Druckerei Hamburg, Grafische Werkstatt Kassel, Oktoberdruck Berlin, Druck und Grafik Gießen, Druckerei im Umweltzentrum Bielefeld, Kartenhaus Kollektiv Regensburg, Montania Dortmund). **Diskutiert wurden die künftigen Aufgaben und die Satzung des Vereins, der zum Abschluß des Treffens formell gegründet wurde.**

Die Gründung des „Vereins Selbstverwalteter Grafischer Betriebe" ist **eine organisatorische Konsequenz** aus den „Frühlingstagen" vom 30.4.–3.5.87 in Berlin, bei deren Schlußplenum Einigkeit bestand, daß künftig Erfahrungsaustausch und Weiterbildung professionell organisiert werden müssen, wenn sie stattfinden sollen. Denn alle Initiativen in den letzten Jahren, dies neben der normalen Arbeit zu leisten, sind eingeschlafen.

Gegen die Gründung hat es entschiedenen Widerspruch dreier Kollegen der Druckwelle Wuppertal gegeben, hinter dem auch Tiamat Düsseldorf und Moosdruck Leverkusen stehen. Sie schätzen die Gefahr der Verselbständigung des Vereins höher ein, als den möglichen Nutzen.

Die satzungsmäßigen Aufgaben des „Vereins Selbstverwalteter Grafischer Betriebe" sind mehr, als in der nächsten Zeit geleistet werden kann. Sie stecken die Grenzen seiner Tätigkeit ab:

§ 2 Vereinszweck
Aufgabe des Vereins ist die Förderung der politischen, sozialen, wirtschaftlichen, technischen Entwicklung Selbstverwalteter grafischer Betriebe bzw. ihrer Mitarbeiter auf Grundlage gegenseitiger solidarischer Hilfe.

1. Bestandteil dieser Aufgabe ist die Organisation von Erfahrungsaustausch Aus- und Weiterbildung über die Fragen
- der Betriebsstrukturen der Selbstverwaltung und ihrer Weiterentwicklung
- der politischen Ziele und Positionen
- des Arbeits- und Umweltschutzes und der Ergonomie
- der technischen Entwicklung für Verwaltung und Fertigung
- der betriebswirtschaftlichen Konzepte und Ziele
- der sozialen Beziehungen unter den Mitarbeitern

2. Weitere Aufgaben sind Hilfestellungen
- bei der Gestaltung von Gesellschaftsverträgen
- bei Betriebsstatuten und Arbeitsverträgen
- bei internen Auseinandersetzungen
- für betriebswirtschaftliche Kontrolle und Organisation
- Veränderung des Angebotes
- Finanzierungsfragen
- technische Entwicklung
- Investitionsberatung
- bei überbetrieblicher Kooperation
- ...

Für Diskussion und Weiterbildung sollen vier Bereiche, trotz Überschneidungen, unabhängig voneinander bearbeitet werden:

1. Der technische Bereich:
Er umfaßt neben Fragen von Arbeits- und Umweltschutz die Information über Fertigungsmethoden und deren Entwicklung. Information kann durch gegenseitigen Erfahrungsaustausch erfolgen und durch das Beiziehen von außenstehenden Experten.

Die technische Diskussion fällt uns erfahrungsgemäß leicht und wird bei Vorliegen qualifizierten Informationsmaterials als befriedigend erlebt.

2. Der betriebswirtschaftliche Bereich:
Er umfaßt die betriebswirtschaftliche Kontrolle und Struktur als Grundlage individueller und gemeinsamer Entscheidungen.

Hier fehlen uns oft einfache Grundkenntnisse (bis zum Verständnis von Fachausdrükken).

Es ist unklar, ob die vorhandenen Instrumente der Betriebswirtschaft zur Information und Kontrolle unverändert übernommen werden können, da sie auf ein anderes Betriebsziel ausgerichtet sind (die Produktion von Gewinn), als es für uns sinnvoll ist (z.B. Optimierung der Arbeitsbedingungen und Kostendekkung). Selbst über das für uns gültige Betriebsziel besteht noch keine Einigkeit.

Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen hat sich bisher als sehr schwierig erwiesen, was nur zum Teil an fehlender Vorbereitung lag.

3. Die sozialen Beziehungen:
Wir sind durch Erziehung und Ausbildung auf autoritär/hierarchische Verhältnisse vorbereitet.

Gleiches und verantwortliches Handeln müssen wir lernen. Unsere daraus herrührende Unsicherheit führt zu kaum befriedigend lösbaren Konflikten. Wir tragen diese meist auf der Grundlage technischer oder wirtschaftlicher Kontroversen aus.

Es fällt uns schwer, die Entwicklung unserer sozialen Beziehungen systematisch zu diskutieren und Ergebnisse zu erarbeiten.

4. Der politische Bereich:
Könnten wir nach außen vertreten, was wir unter Selbstverwaltung / Kollektivarbeit verstehen und vielleicht daraus eine Alternative zur herrschenden Auffassung von Arbeit entwickeln?

„Selbstverwaltete Betriebe haben in den letzten Jahren in der politischen Diskussion keine Rolle gespielt. Zum einen sind wir mit uns selbst beschäftigt. Zum anderen erschweren die vorstehend genannten Probleme Selbstverwaltung als Alternative vertreten zu können." (Zitat aus Rundschreiben an Betriebe)

Zum Bearbeiten dieser Fragen sollen **Seminare und Tagungen** organisiert werden.

Die Vorbereitung wird nach dem Formulieren der Themen vor allem im Zusammenfassen und organisieren des Wissens bestehen, welches in den Betrieben bereits verstreut vorhanden ist.

Die Nachbearbeitung soll den Betrieben, die an den Treffen nicht teilnehmen können, die Ergebnisse zugänglich machen.

Darüberhinaus kann das Vereinsbüro zum **Sammeln und Austausch von Informationen** direkt benutzt werden.

Weitere Vereinsprojekte, an denen bereits gearbeitet wird, sind eine Broschüre mit Adressen und Kurzbeschreibungen Selbstverwalteter Grafischer Betriebe und die „MusterMappe".

Mitglieder des Vereins sollen Selbstverwaltete Grafische Betriebe werden. Sie stellen auch den Vorstand. Aus ihren Mitglieds- und Seminarbeiträgen soll die Arbeit finanziert werden. Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln dürfen laut Satzung nicht mehr als 45% des Jahresetats ausmachen.

Der Mitgliedsbeitrag wird wie folgt bemessen: 200 DM/Jahr Grundbeitrag zuzüglich 100 DM/Jahr für jeden Arbeitsplatz im Betrieb.

Die alltägliche Arbeit wird vom **Vereinsgeschäftsführer** Constantin Bartning erledigt.

Alle Beteiligten werden lernen müssen, mit diesem neuen Instrument umzugehen. Dennoch bitten sie ihre Kollegen, dem „Verein Selbstverwalteter Grafischer Betriebe" bald beizutreten, um so diesen Versuch überbetrieblicher Kooperation in Gang zu bringen.

Wie geht es weiter:
Am 8. August werden sich die Gründungsmitglieder in Kassel treffen, um einen Seminarplan zu entwerfen, die Reaktionen auf die Vereinsgründung zu diskutieren und vor allem die Mitgliederversammlung vom 9. bis 11. Oktober inhaltlich vorzubereiten.

Angefordert werden können die
* Satzung des Vereins Selbstverwalteter Grafischer Betriebe
* Protokolle/Berichte über die Frühlingstage (bitte 10 DM in Briefmarken beilegen).

Constantin Bartning

Verein Selbstverwalteter
Grafischer Betriebe
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel.: 030/611 68 03

Neue Wege in der Informatik der Versuch einer Befreiung

Kai-H. Brassel

Red. Heidelberg. „Neue Wege in der Informatik" ist eine kürzlich ins Leben gerufene Initiative (vgl. CONTRASTE April und Juni '87), der im Datenverarbeitungsbereich tätige und durch diese Technik und ihre Auswirkungen betroffene Personen und Gruppen aus dem ganzen Bundesgebiet angehören. Ihnen gemein ist die Unzufriedenheit über Ziele, Methoden und Auswirkungen des Einsatzes moderner Informationstechnik und der Wunsch nach konstruktiver Veränderung. Damit wird für viele Außenstehende erstmals eine Bewegung sichtbar, die sich schon lange und vielerorts der Diskussion um die Gefahren und Chancen der Computernutzung angenommen hat, die aber nun, versehen mit dem Anspruch auf praktische Relevanz, den Versuch einer Befreiung unternimmt. Der Befreiung nämlich von Zwängen, die immer noch den vernünftigen, menschengerechten Einsatz neuer Informationstechniken einschränken, bzw. unmöglich machen. Dieser Artikel versucht, natürlich aus subjektiver Sicht, die Hintergründe und Motive dieser Bemühungen offenzulegen und berichtet über den aktuellen Arbeitsstand.

Das Dilemma

Die heute relativ preiswert zu Verfügung stehende Möglichkeit, große Datenmengen schnell zu verarbeiten, ist zugleich Voraussetzung und Anlaß für einen Umbau unserer Gesellschaft. Ob in Arbeitswelt, Verwaltung, Schule oder Militär, ob in Freizeit oder Familie, überall tauchen Computer und neue Kommunikationsmedien auf und mit ihnen neue Strukturen, Verfahren und Lebensvollzüge. Diese wirken sich schließlich auf Denkweisen und sogar Werteskalen aus und all dies zusammen führt in die sogenannte „Informationsgesellschaft". Doch welche konkrete Gestalt wird diese zukünftige Gesellschaftsordnung annehmen? Was ist das in ihr mögliche Maß an Selbstbestimmung und Demokratie und wie sehen ihre Antworten auf die Krisen unserer Zeit aus? (Arbeitslosigkeit, Verelendung, Umweltvernichtung, Kriege, Atomkriegsgefahr).

Neben den immer vorhandenen individuellen Folgen, z.B. durch Computerarbeit, ist es der oft nur langfristig erkennbare Einfluß neuer Informationstechniken auf die oben genannte Gestalt der Gesellschaft, der uns Sorge bereitet. Wer sich über eine lebenswerte Zukunft Gedanken macht, muß diesen Einfluß beachten, wie auch das folgende, willkürlich gewählte Beispiel heute üblichen und als „fortschrittlich" geltenden Einsatzes von Informationstechnik zeigt:

„Dakosy" steht für Datenkommunikationssystem und ist ein Verbund von Computern, der mit zunehmender Präzision alle möglichen logistischen, betriebs- und finanztechnischen Vorgänge im bzw. um den Hamburger Hafen herum erfasst und steuert. Angeschlossen sind: Hafenbetriebe, Linienagenten, Reedereien, Spediteure, Bundesbahn, Banken/Versicherungen, Behörden, usw. Was wir hier vor uns haben, ist nicht mehr die klassische Rationalisierung einzelner Arbeitsplätze mit neuen Maschinen, sondern hier passiert die vollständige Reorganisation und Umbildung eines komplexen, in langer Zeit gewachsenen „Wirtschaftssystems", einschließlich seines sozialen Umfeldes. Ziel ist die verbesserte Konkurrenzfähigkeit, Folgen sind: immenser Stellenabbau, Verschwinden ganzer Branchen, Arbeitsverdichtung, höhere Verflechtung.

Das Beispiel soll zeigen, daß neuerdings mit der Einführung von Informationssystemen zunehmend größere gesellschaftliche Zusammenhänge sozusagen auf einen Schlag auf Computer und Computernetze abgebildet werden und sich dabei natürlich verändern. Im Hafen ändern sich nicht nur die Abläufe **in** den einzelnen Betrieben, sondern auch die Kooperationsprozesse **zwischen** ihnen. Diese Transformationsprozesse „im Großen" gibt es nicht nur in der Wirtschaft, sondern u.a. auch in der Politik (computergestützte politische Planung), in der Verwaltung (Automatisierung von Verwaltungshandeln), in der Bildung (maschinengerechte zentrale Prüfungen, z.B. in Medizin) und zwischen diesen Bereichen (informationstechnische Grundbildung für alle Schüler zur Vorbereitung auf das Arbeitsleben).

Das **Dilemma** ist nun, daß dieser enorme gesellschaftliche Wandel durch nicht viel mehr geregelt wird, als durch das Gewinn- und Effizienzstreben der Unternehmen, den technischen Fortschritt, sowie die Erfordernisse von Staatsapparat und Militär. Das ist wohl so ziemlich die gleiche Konstellation, die uns auch schon den „zügigen" Ausbau der Kernenergie beschert hat.

Bisherige Reaktionen

Was wäre diesen Kräften entgegenzusetzen? Zunächst doch wohl die Interessen und Auffassungen der im weitesten Sinn Betroffenen, seien sie als Arbeitnehmer, Bürger, Schüler oder Verbraucher betroffen. So versuchen die Gewerkschaften, z.B. durch Betriebsvereinbarungen, die Folgen der Informatisierung der Arbeitswelt in den Griff zu bekommen, und auch die Datenschutzgesetzgebung ist als Reaktion auf die Gefährdung des Bürgers durch Informationssysteme zu verstehen. Der breite Boykott der Volkszählung schließlich ist für mich auch eine Antwort der von zentral-staatlicher Planung Betroffenen. Punktuell werden diese Kräfte durch **„kritische Wissenschaftler"** unterstützt, die in der Regel mehr Weitsicht zeigen, als die dafür eigentlich zuständigen Politiker, deren Horizonte allzuoft durch die Plakate der nächsten Wahl vernagelt sind. Weizenbaum, der Mahner gegen die Mythosierung der Computer und SDI-Gegner Parnas sind bekannte Beispiele solcher Forscher, die die Folgen ihrer eigenen Wissenschaft kritisieren.

Bei all diesen Reaktionen und Aktivitäten fällt auf, daß es den Betroffenen fast durchweg um **Abdämpfung** der Folgen der Informationstechnik geht und den Wissenschaftlern großteils um **Aufklärung** über diese Folgen.

Das Beschreiten neuer Wege

Aufklären und Abdämpfen scheinen uns auf die Dauer nicht ausreichend! Das ist ungefähr so, als wolle man die drohende Zerstörung der Umwelt allein durch nachgelagerte Umweltschutzmaßnahmen bekämpfen und dächte dabei nicht an einen grundlegenden Umbau der Wirtschaft nach ökologischen Regeln. Vier weiterführende Strategien zur **konstruktiven** Überwindung des oben skizzierten Dilemmas werden diskutiert, bzw. sind Grundlagen unserer Arbeit:

1. Die **Ziele** des Einsatzes neuer Informationstechniken sind neu zu bestimmen. (Dies entspricht im Bereich der industriellen Produktion der Strategie „Rüstungskonversion"). Konkret hieße das beispielsweise, die Vorteile der Technik (Arbeitserleichterung, Qualitätsverbesserung, genauere Information) in alternativen Zusammenhängen und für alternative Zwecke zu nutzen.

2. Um diese Ziele nicht nur formulieren, sondern auch durchsetzen zu können, bedarf es einer Veränderung der **Rahmenbedingungen**, unter denen Informationssysteme entwickelt und eingesetzt werden. Kleine, auf die wirklichen Bedürfnisse zugeschnittene und in den Folgen abzuschätzende Systeme können nur in selbstbestimmten und selbstverwalteten Gruppen realisiert werden.

3. Weiterhin brauchen wir neue **Methoden**, z.B. zur Systementwicklung und Folgenabschätzung. Hier ist die Wissenschaft gefordert, besonders die Informatik. Die Chance, die Definition ihres Gegenstandes und ihrer Teilgebiete mitzubestimmen und von militärischen und wirtschaftlichen Interessen weitgehend zu befreien, muß genutzt werden. Dann besteht auch die Möglichkeit, das Problembewußtsein der in der Ausbildung befindlichen Informatiker zu entwickeln.

4. Schließlich darf man die **Neuentwicklung gesellschaftlicher Kommunikationsstrukturen** nicht allein dem informations-industriellen Komplex überlassen, sondern muß den Bereich der neu entstehenden Informationswirtschaft mit selbstverwalteten und lokal arbeitenden Gruppen besetzen. (dazu näher: G. Wersig: Die kommunikative Revolution, Westdeutscher Verlag, 1985.)

Arbeitsschwerpunkte und bisherige Ergebnisse

Um also diese neuen Wege gemeinsam zu beschreiten, hat sich die Initiative „Neue Wege in der Informatik" gegründet, deren ca. 25 Mitglieder aus allen Teilen der Bundesrepublik kommen. Personell und inhaltlich will sie zusammenfassen, was bislang im FIFF (Forum Informatiker für Frieden und soziale Verantwortung), in der KIF (Konferenz der Informatik Fachschaften), in selbstverwalteten Informatik-Betrieben, bei alternativen Anwendern und in den Gewerkschaften getrennt vorhanden ist. Auf bisher zwei bundesweiten Arbeitstreffen wurde die Marschroute abgesteckt. Die Arbeit teilt sich in einen eher praxisbezogenen und einen theoretischen Teil.

Die **Praxis** scheint uns besonders wichtig, da es schon jetzt eine ganze Reihe konkreter Bedürfnisse gibt, alternativ mit Informationstechnik zu arbeiten. Da sind einmal Informatiker und andere Fachleute, die ihre Kompetenz lieber alternativen Gruppierungen zur Verfügung stellen, als in der DV-Industrie oder in der militärischen Forschung entfremdet zu arbeiten. Das geht von der Suche nach Jobs über die Anfertigung von Diplomarbeiten bis zur nebenberuflichen Beratung und dem Angebot von Referaten. Auf der anderen Seite arbeiten zunehmend mehr selbstverwaltete und alternative Gruppierungen mit dem Computer. Datenbanken und Mailbox-Systeme für Umweltdaten, der gesamte Bereich der Publizistik (Adressenverwaltung, Satz) und genossenschaftlich organisierte Softwarehäuser sind nur einige Beispiele. Um die Kooperation zwischen diesen Gruppen und Interessenten zu fördern und damit konkret vorhandene Ansätze alternativer Computernutzung zu stärken, wurde in Koblenz eine **Informationsbörse** eingerichtet. In ihr sind momentan mehr als hundert Kontakte vermerkt, bei denen es sich entweder um im Computerbereich produzierende Gruppen handelt (Hard- oder Softwareentwicklung, Dienstleistungen, Informationsdienste, Beratung, Gutachten/Studien, Bildungsarbeit) oder um alternative Anwender (in den Bereichen Umweltschutz, Entwicklungshilfe, Finanzwesen, Frieden, Interessenvertretung, Energie/Technik, Medizin und Politik/Verwaltung) oder um interessierte Einzelpersonen. Die Informationen werden dazu benutzt, auf Anfragen konkrete Hinweise zu geben (Gibt es im Ruhrgebiet alternative Beratungsfirmen? Wer kann eine Diplomarbeit zum Thema „Simulation des Waldsterbens" anfertigen? etc.) und sollen vor allem persönliche Kontakte fördern. Weiterhin ist für Oktober eine Broschüre geplant, die eine Übersicht über selbstverwaltete „Produzenten" (im Sinne obiger Sparten) geben soll.

Die **theoretische Arbeit** läuft momentan über die Sammlung relevanter Literatur und die Vorbereitung von Beiträgen für Tagungen. Es werden neue Systementwicklungsmethoden untersucht und mit den Gegebenheiten von in der Praxis arbeitenden Betrieben konfrontiert, sowie Kriterien menschengerechter und naturverträglicher Technikgestaltung vorgestellt. (FIFF-Jahrestagung vom 16. bis 18. Oktober in München). Beim dritten Treffen der Initiative „Neue Wege in der Informatik" am 12. September in Koblenz wird es um die Erstellung der Broschüre und die Diskussion der inhaltlichen Leitlinien für die weitere Arbeit gehen.

Für alle, die auf den Geschmack gekommen sind, hier noch einmal unsere Kontaktadresse:

Michael Möhring, EWH Koblenz
Rheinau 3–4
5400 Koblenz
Tel.: 0261/12156 (App. 292)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

IM VERGLEICH ZU UNS SIND ALLE ANDEREN GLEICH

Ausschneiden und einsenden an: taz-Abo, Wattstr. 11-12, 1000 Berlin 65

Ich bestelle

☐ 5 Wochen für 30 Mark
☐ 9 Wochen für 50 Mark

*Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch!

Name:
Vorname:
Straße:
Ort:
Datum:
Unterschrift:
☐ Verrechnungsscheck liegt bei
☐ Bargeld liegt bei

Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung.

Unterschrift:
650

Vorankündigung

Genossenschaften und Selbstverwaltungsbetriebe

Eine noch immer zu führende Diskussion

Burghard Flieger

Red. Freiburg. Genossenschaften und Selbstverwaltungsbetriebe: Von vielen Seiten her werden ihr Verhältnis, ihre Anknüpfungspunkte, ihre Übereinstimmungen und Unterschiede beleuchtet. Selbst in den traditionellen Genossenschaftszeitschriften wurde die Ruhe um dieses Thema durchbrochen. Die Grünen erdachten ein Gemeinwirtschaftsbetriebsgesetz, um die fehlende „Liebe" beider Seiten zu ersetzen. Die SPD versucht es mit einem Brückenschlag. Ein „Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedanken" soll diesen leisten. Sogar der Konsumgenossenschaftsverband in Hamburg, politisch offener als die übrigen Verbände, greift das Problem aktiv auf. Er bietet sich als Berater, Unterstützer und Zufluchtsort für alternative Genossenschaften an. Nur bei den Selbstverwaltungsbetrieben herrscht „Funkstille".

Für die fehlende Diskussion gibt es viele Erklärungen. Vordergründig ist es der geringe Unterschied zwischen alten Genossenschaften und übriger Wirtschaft. Profilieren sich doch die „Etablierten" nach Auffassung vieler Selbstverwaltungsbetriebe als graues Einerlei. Wirtschaftsdemokratie, gesellschaftliche Reformen, kooperatives, nicht gewinnorientiertes Verhalten scheinen für sie Fremdworte zu sein. Im Vergleich zu den herkömmlichen Genossenschaften wirkt die Offenheit mancher Beteiligungsunternehmer mit ihrer Experimentierfreudigkeit und Gesprächsbereitschaft wohltuend.

Aber: Das Unterlassen einer Auseinandersetzung mit dem traditionellen Genossenschaftswesen bleibt nicht folgenlos. Blockiert wird die Entwicklung einer langfristig stabilen Identität des Selbstverwaltungssektors. Dies drückt sich aus im Fehlen einer reformpolitischen Konzeption, aber auch im Mangel an einer Rechtsform für demokratische Betriebe. Insofern lassen sich zahlreiche Gründe nennen, weshalb in der CONTRASTE die Diskussion über und vielleicht auch mit dem traditionellen Genossenschaftssektor aufgegriffen wird:

- Nicht alles muß von heutigen Selbstverwaltungsbefürwortern neu gedacht und erfahren werden. Aus der geschichtlichen und aktuellen Aufarbeitung genossenschaftlicher Theorie und Praxis läßt sich vieles lernen. Darauf zu verzichten, wäre eine unsinnige Ignoranz gegenüber der (eventuell eigenen) Geschichte.
- Erschwert wird eine Diskussion über die Verbreitung und Festigung des Selbstverwaltungsgedankens nicht durch die Vielfältigkeit, sondern durch das Fehlen der bereits vorhandenen Überlegungen, Theorien, und Konzepte, welche über die „Abarbeitung" an alten Genossenschaftskonzeptionen weiterentwickelt werden könnten.
- Reformpolitisch wichtiger als die Lösung der leidigen Finanzierungsprobleme ist die Rechtsformenproblematik. 1889 wurde dazu extra die Genossenschaft kreiert. Ansprüche wie Selbsthilfe, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung sollten so leichter umgesetzt werden. Wenn auf diese damals geschaffene Chance einer eigenen Rechtsform für demokratische Betriebe „verzichtet" werden soll, müssen anderweitige Lösungen in Sichtweite liegen.
- Mögliche Alternativen bei der Rechtsformenfrage sind u.a. ein eigener Produktivgenossenschaftsverband, eine neue Rechtsform für Selbstverwaltungsunternehmen oder auch verbesserte Bedingungen mit und in den traditionellen Genossenschaftsverbänden. Für jeden Weg liegen in der Genossenschaftsgeschichte Beispiele vor, deren Umstände und Folgen Aufschluß für die eigenen Diskussionen geben.
- Ohne eine direkt erkennbare Rechtsform für selbstverwaltete Betriebe muß der Beweis über ihren demokratischen Charakter nach außen im Einzelfall erst geliefert werden. Übergreifende Forderungen nach einer anderen Besteuerung, nach Förderung und Unterstützung als reformpolitische Alternative aufgrund des „Arbeitnehmer"charakters laufen so ins Leere. Daß aber Selbsthilfe der Fremdhilfe bedarf und diese auch erreichen kann, haben die alten Genossenschaften allemal bewiesen.

Die genannten Gründe für eine längere CONTRASTE-Diskussion sind zugleich die Themen. Unter der Rubrik „Genossenschaften und Selbstverwaltungsbetriebe" werden sie aus unterschiedlicher Sichtweise von verschiedenen Autoren und Autorinnen dargestellt. Eine solche Auseinandersetzung mit der Genossenschaftsfrage könnte helfen, reformökonomische und ordnungspolitisch greifende Konzepte zu entwickeln, die längerfristig tragfähig sind.

Aber auch ohne diesen hehren Anspruch ist das Ziel einer solchen Diskussionsreihe, die vielbeschworene Wiederbelebung der Genossenschaftsidee in die Tat umzusetzen.

Eine Selbstverwaltungswirtschaft ohne Selbstverwaltungstheorie, -politik und -kultur kann sich langfristig weder stabilisieren noch ausdehnen. Für die negativen Folgen der Vernachlässigung eines entsprechend geführten Meinungsstreites bieten die bestehenden Genossenschaften ein anschauliches Beispiel.

Eröffnet wird die Reihe mit einem Artikel von Armin Höland „Produktivgenossenschaften in Deutschland – vergessen oder verhindert?". Anschließend folgt ein Beitrag von Sabine Paling und Burghard Flieger unter der Fragestellung „Die Genossenschaft: eine aussterbende Rechtsform? Analyse der Genossenschaftsgründungen seit der Gesetzesnovellierung von 1973." Die Handhabung der genossenschaftlichen Gründungsprüfung problematisiert Dimitris Tsibanoulis, und über den Stand der Überlegungen zu einem Gesetz über Gemeinschaftsbetriebe informiert Michael Raetsch. Geplant sind außerdem Beiträge über das Gerätewerk Matrei, die größte industrielle Produktivgenossenschaft in Westeuropa, und den europäischen Verband der Produktivgenossenschaften CECOP.

Anregungen, Leserbriefe, weitere Beiträge, Kurzmeldungen über gescheiterte oder gelungene Genossenschaftsgründungen und Angebote zur Mitarbeit bitte direkt an Burghard Flieger, Erwinstrasse 29, 7800 Freiburg, Tel.: 0761/709023

Wissenschaft über, von oder für selbstverwaltete Betriebe

Red. Heidelberg Charakteristisch für die Situation von Selbstverwaltungsbetrieben ist: Es wird über sie und nicht für sie geforscht. Besonders deutlich läßt sich dies an vielen EG-Studien aufzeigen, die den meisten „Beforschten" nicht einmal zugänglich sind. Auch macht die Bezeichnung „lokale Beschäftigungsinitiativen" das instrumentelle Verhältnis der öffentlichen Auftraggeber zu diesem „Forschungsgegenstand" deutlich. Forschung und Bildung in diesem Bereich dienen der Reproduktion und Arbeitsplatzsicherung der Akteure, nicht der Betroffenen.

Gewichtiger Bestandteil vieler Forschungsergebnisse ist die untertarifliche Entlohnung und die fehlende soziale Absicherung der Mitarbeitenden in vielen Selbstverwaltungsbetrieben. Dabei erfährt der Begriff „Selbstausbeutung", von Rolf Schwendter Mitte der 70er Jahre als analytische Kategorie eingeführt, meist eine diskriminierende Verwendung. Übersehen wird in solchen Darstellungen, welche Aufwendungen kooperative Projekte nicht nur durch die Gründung selbst, sondern auch durch Neugierige, Forschung, Weitergabe von Erfahrungen, Öffentlichkeitsarbeit u.ä. haben. Eine Entschädigung für diese Arbeit erhalten sie nicht, während die Organisatoren entsprechender Veranstaltungen oder diejenigen, die die mitgeteilten Erfahrungen zusammenschreiben, meist gutdotierte Positionen einnehmen.

Wird Wissenschaft stärker als Mittler und Unterstützer selbstorganisierter und kooperativer Organisationen angesehen, sollte sie nicht „über" den Beforschten stehen. Ziel wäre es vielmehr, empirische Kooperationsforschung als Betroffenenforschung zu etablieren, sie also möglichst durch die Betroffenen selbst in die Zielsetzung und Organisation durchführen zu lassen. Traditionelle Methoden der Sozialforschung wären damit den Zielen untergeordnet, die mit Kooperativen oder selbstverwalteten Strukturen erreicht werden sollen. „Klassische" Formen der Forschung wie Vorratsforschung, die von Außenstehenden in Arbeit gegeben wird, werden damit zurückgedrängt. Anregungen hierzu lassen sich aus der aktions- und handlungsorientierten Forschung gewinnen.

Neben dem Anspruch, die Zweiteilung von Theorie und Praxis in den Forschungshandlungen selbst aufzuheben, sprechen zwei weitere Gesichtspunkte für eine Einbindung der Betroffenen in den Forschungsprozeß. Zum einen arbeiten innerhalb kooperativ ausgerichteter Firmen genügend qualifizierte Mitarbeiter/innen, die wissenschaftliche Tätigkeiten ausüben können. Zum anderen verdeutlicht das ständige Wiederkäuen der pessimistischen Theorien über produktivgenossenschaftliche Unternehmen ohne Suche nach Konzepten und Lösungen: Die Entfernung der selbst nicht selbstverwaltet tätigen Wissenschaftler von „ihrem" Forschungsgegenstand erschwert problemadäquates Arbeiten.

Viele Wissenschaftler nähern sich den vorhandenen Schwierigkeiten nur mit ihren durch herkömmliche Theorien angeeigneten Denkmustern. Dagegen liegen in kooperativen Betrieben zahlreiche Ideen und vor allem weiterführende konkrete Erfahrungen vor, deren Aufarbeitung durch die Betriebsmitglieder wichtige Anregungen und Erkenntnisfortschritte bringen würde. Dies spricht dafür, möglichst viele organisatorische Weichen in Richtung Betroffenenforschung zu stellen. Dies gilt, auch wenn über deren Methodik und Voraussetzungen mehr Fragen als Antworten existieren.

Eine Konsequenz aus den vorherigen Überlegungen ist: Forschungs- und Bildungsarbeit zugunsten kooperativer Betriebe müßte finanzielle und organisatorische Hilfen für eine Betroffenenforschung und -bildungsarbeit zur Verfügung stellen. Ein Teil der Gelder würde dann in Selbstverwaltungsunternehmen fließen, um dort Mitarbeitende für wissenschaftliche Arbeiten freistellen zu können. Wichtig wäre auch die Einrichtung einer Mittlerinstitution zwischen Wissenschaftlern und Betroffenen, damit die Betroffenen bei Interesse in ihrer selbstorganisierten Forschung sowie bei der Aufarbeitung und Weitervermittlung der Ergebnisse unterstützt werden können.

Besonders wichtig ist die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Selbstverwaltern für Konzeptarbeiten, bei denen die inhaltliche Zielbestimmung von den Betrieben kommt. Wissenschaftler müßten dann versuchen, ihr Fachwissen entsprechend den „anderen" Anforderungen umzusetzen. Beispielhaft sei hier auf die Überlegungen aus dem Bereich der Anthroposophen verwiesen: Die Erweiterung der doppelten Buchführung zur Sozialbuchführung oder der Aufbau eines arbeitsorientierten Rechnungswesens erfordert fachliche Unterstützung.

Für die Bildungsarbeit lassen sich aus den skizzierten Gedanken ebenfalls Schlußfolgerungen ziehen. Eine Einarbeitung in Selbstverwaltungsstrukturen oder die Behebung von Qualifizierungsmängeln würden bei einem „Betroffenenansatz" nicht in Hochschulräumlichkeiten oder Bildungsstätten stattfinden. Zu wichtigen Themen gibt nicht ein Referent oder eine Referentin sein/ihr Wissen didaktisch gut aufbereitet weiter. Sinnvoller ist es vielmehr, Überlegungen zu der Einrichtung von Projektstudiengängen aufzugreifen. Das hieße, Themen werden mit Unterstützung von Wissenschaftlern und Betriebsmitgliedern kooperativer Unternehmen aktiv und möglichst selbständig erlernt, wobei fallbezogene Aufarbeitungen eindeutig Vorrang erhalten. Dies hätte den Vorteil anschaulichen, exemplarischen Lernens. Gleichzeitig könnten Problemanalysen und Konzeptentwürfe zugunsten eines oder mehrerer Unternehmen stattfinden.

Ein eventuelles „Seminar" in Bildungseinrichtungen hätte nach diesen Überlegungen nur das Ziel begleitender Korrektur, Supervision und des Austausches der Ergebnisse. Ziel einer solchen Bildungsarbeit ist, auch wenn es aufgrund eines Utopiegehaltes auf viele Hindernisse in der Realität stößt, der Selbstorganisation des Lern- und Lehrbereiches durch alle Beteiligten bzw. Betroffenen näher zu kommen.

Burghard Flieger

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Notizen zum Verhältnis von politischer Festivalbewegung und kommerziellem Musikmarkt

Wie können politische Festivals überleben?

Eckhard Holler

Red. Heidelberg Beginnend mit dem Rock-gegen-Rechts-Festival 1979 in Frankfurt setzte eine Politisierung der deutschen Liedermacher und Rockgruppen ein, die bei den Aktionen der Friedensbewegung in den Jahren 1981 bis 1983 ihren Höhepunkt hatte und sich heute in der Ökologie- und Anti-Atomkraftbewegung fortsetzt. Bei den beeindruckenden Manifestationen in Bochum, Dortmund, Berlin, Wackersdorf, Hasselbach und anderswo entstand gelegentlich der Eindruck, als seien relevante Teile der bundesdeutschen U-Musiker in das Lager der Friedens- und Ökologiebewegung übergewechsel und bereit, der „Wende"-Regierung von Kohl und Genscher die kulturelle Hegemonie streitig zu machen. Angesichts dieser hoffnungsvollen Erscheinungen ist es für jemanden, der seit langem in der politischen Festivalbewegung tätig ist, jedes Jahr von neuem deprimierend mitzuerleben, wie groß der Widerspruch zwischen dem äußeren Anschein und der tatsächlichen Unterstützung der politischen Festivals durch die deutschen Liedermacher ist. Vielleicht ist ja nicht bekannt, daß es neben den spektakulären und medienwirksamen Großveranstaltungen in der BRD auch eine politische Festivalbewegung gibt, die auf die 60er und 70er Jahre zurückgeht und von soziokulturellen Zentren getragen wird. Repräsentanten dieser Festivalbewegung sind z.B. die jährlichen Liedermacher-Festivals des **Club Voltaire** in Tübingen und das **Open-Ohr-Festival** in Mainz, die beide 1987 bereits zum 13. Mal stattfinden. Von ihnen laufen Verbindungen zu den (nichtkommerziellen) Open-Air- und Zelt-Festivals, die zu Hunderten in den Sommermonaten veranstaltet werden. Tübingen und Mainz sind Beispiele für Festivals, die aus einer kontinuierlichen soziokulturellen Arbeit unter Einbeziehung unterschiedlichster Selbsthilfe- und Solidaritätsgruppen hervorgehen und bei denen die künstlerischen und politischen Konzeptionen konsequent umgesetzt werden. Ob es sich um ein Festival „für das andere Amerika" (Tübingen 1985) oder um ein „Afrika"-Festival (Mainz 1986), ein „Asien- und Pazifik"-Festival (Tübingen 1987) oder ein „Deutschland"-Festival mit dem Motto „Wir sind wieder wer" (Mainz 1987) handelt, stets ist garantiert, daß nicht nur die Bühnentechnik installiert ist, sondern daß darüberhinaus politische und ästhetische Themen zur Diskussion stehen und den Festivalverlauf inhaltlich bestimmen. An beiden Orten – und an vielen anderen auch – wird seit Jahren eine solide politisch-kulturelle Festivalarbeit geleistet, die zwar nicht so spektakulär wie ein Anti-WAAhnsinns-Festival in Wackersdorf sein mag, aber in den Basisinitiativen verankert ist und eine kontinuierliche politische Wirkung ausübt.

Zunehmende Schwierigkeiten für die politischen Festivals

Die politischen Festivals kommen in den letzten Jahren vor allem aus drei Gründen in akute Überlebensschwierigkeiten:

1. Durch die generelle Schwächung der SPD bekommen allenthalben konservative Strömungen auch in den Kommunalparlamenten Auftrieb und versuchen teilweise erfolgreich, die bisher bewilligten Subventionen in Frage zu stellen (z.B. 1986 in Mainz).
2. Die Kosten für die Festivals steigen stärker, als die Subventionen erhöht oder die Eintrittspreise angehoben werden können. Die Solidarität der Künstler, die bereit waren, zu einer ermäßigten Gage aufzutreten, hat in den letzten Jahren stark nachgelassen, so daß seit 1984 in Tübingen die Festivalbilanz negativ ist. Als Folge davon mußte Ende 1986 eine der beiden selbstfinanzierten Stellen für die Festivalvorbereitung gestrichen werden.
3. Es wächst die Konkurrenz kommerzieller Festivalveranstalter, die die Städte mit einem dichten Netz von Open-Air-Festivals in den Fußballstadien überziehen und werbemäßig äußerst rücksichtslos vorgehen. In dieser Situation wäre insbesondere an die deutschen Liedermacher und Rockgruppen zu appellieren, ihr bisheriges distanziertes Verhalten gegenüber den politischen Festivals zu überdenken, da die akute Gefahr besteht, daß diese vom Markt verdrängt werden.

Es ist seit einigen Jahren festzustellen, daß es immer schwieriger wird, deutsche Musikgruppen mit einem gewissen Bekanntheitsgrad für ein Festival zu verpflichten, weil bei ihnen inzwischen die Höhe der Gage eine derart zentrale Rolle spielt, daß Auftritte nicht mehr zu bezahlen sind (wenn sie überhaupt noch angeboten werden!). So mußte 1986 in Tübingen das Festival „Heimat und internationale Solidarität" nahezu ohne relevante deutsche Beteiligung durchgeführt werden, weil weder Udo Lindenberg, Heinz-Rudolf Kunze, Wolfgang Niedecken, Herbert Groenemeyer, Rodgau Monotones noch Klaus Lage zu gewinnen waren. Die Attraktivität der Festivalkonzerte mußte in Ermangelung deutscher ‚Stars' durch die Einladung ausländischer Künstler wie Mercedes Sosa und Mikis Theodorakis abgesichert werden, wodurch die ursprüngliche Festivalkonzeption stark in den Hintergrund gerückt werde.

Das Desinteresse der deutschen Liedermacher läßt sich an vielen anderen Fällen nachweisen:

Konstantin Wecker war nicht zu bewegen, zum Geschwister-Scholl-Festival 1984 nach Tübingen zu kommen, obwohl er gerade erst die Musik zum Film „Die Weiße Rose" komponiert hatte und fast flehentlich eingeladen worden war. Auf die vielen Briefe und telefonischen Anrufversuche kam noch nicht einmal eine begründete Absage.

Die Einladung an Udo Lindenberg scheitert seit vielen Jahren am Einspruch von Fritz Rau, der aus nur ihm bekannten Gründen mit dem Tübinger Festival nicht zusammenarbeiten will und z.B. auch eine Teilnahme von Joan Baez am Tübinger Festival für „Das andere Amerika" 1985 mit den Worten ablehnte: „Joan Baez ist nicht bei Woolworth zu haben".

Die Agentur von Herbert Groenemeyer legte den Telefonhörer auf, als wir auf Nachfrage mitteilten, daß auf dem Tübinger Marktplatz, wo der Auftritt stattfinden sollte, „nur" 4.000 bis 5.000 Besucher Platz finden. Derart „kleine" Festivals werden offenbar von den deutschen Rocksängern grundsätzlich nicht besucht. Was ist der Grund für das Desinteresse, die Vertröstung und die letztendliche Absage? Ist es fehlendes politisches Interesse oder nur die Sorge um die Professionalität des Auftritts? Ist es die Befürchtung, man müsse mit einer geringeren Gage als bei einem Solokonzert vorlieb nehmen? Ist es die Konkurrenzangst der (kommerziellen) Agenturen vor den (nichtkommerziellen) Festivals oder ist es die mangelnde Bereitschaft der Liedermacher, sich in ein vorgegebenes Festivalkonzept einzufügen?

Es mag von allem etwas sein: Die Folge davon ist jedoch, daß – von Ausnahmen wie Wolf Biermann, Bettina Wegner, Anne Haigis und einigen wenigen anderen abgesehen – die Elite der deutschen Liedermacher um das Tübinger und Mainzer Festival einen Bogen macht und es seit Jahren wesentlich einfacher ist, bekannte ausländische Gruppen für einen Festivalauftritt zu gewinnen als gleichrangige deutsche.

Die deutschen Liedermacher – eine „verkommene" Szene?

Angesichts der geschilderten Erfahrungen ist bei denen, die noch die Waldeck-Festivals gekannt haben, das böse Wort von der „verkommenen" Szene der deutschen Liedermacher im Umlauf gekommen, bei der das Ziel allein darin bestehe, Geld zu machen und so schnell wie möglich Millionär zu werden. Politische Inhalte seien diesem Ziel untergeordnet und würden nur dann hervorgekehrt, wenn es z.B. im Interesse der eigenen Publizität opportun erscheine. Das Stargehabe der Gruppen, das sich in seitenlangen Catering-Listen ausdrückt und die kritiklose Orientierung an den Gepflogenheiten des US-amerikanischen Musikgeschäftes verstärken den rapiden Verlust an Glaubwürdigkeit. Unter diesen Umständen klingt es wenig überzeugend, wenn sich Liedermacher wie Klaus Hoffmann, Ina Deter, Peter Maffey oder Wolfgang Niedecken in dem Fernsehfilm von Christel Priemer über die Waldeck-Festivals der 60er Jahre ausgerechnet auf diese nicht- und antikommerziellen Festivals als den eigentlichen Ursprung ihrer eigenen Tätigkeit berufen.

Man fragt sich, ob sie es völlig verdrängt haben, daß es auf Burg Waldeck „nur" 2.000 bis 3.000 Besucher gab, daß Gagen überhaupt nicht bezahlt wurden und die Künstler zusätzlich zum Auftritt einen (unbezahlten) Workshop machten bzw. zu einem Gespräch über ihre Arbeit bereitstanden.

Die Waldeck-Festivals der 60er Jahre stehen für ein Modell von Festivals, zu dem man nicht der Gage wegen fuhr, sondern um die Kollegen zu hören, von ihnen zu lernen und mit ihnen über aktuelle Fragen zu diskutieren. Tübingen und Mainz sind Festivalorte, die in der Waldeck-Tradition stehen, wobei auch hier niemand mehr umsonst auftreten muß. Aber Gagenforderungen von 20.000 bis 50.000 Mark, von denen inzwischen die Rede ist, sind bei diesen Festivals illusorisch und werden auch im Hinblick auf die anderen teilnehmenden 40 bis 50 Gruppen als unsolidarisch empfunden. Ich würde erwarten, daß bei derartigen Gelegenheiten das Starren auf die nächste Million, die der Musikmarkt bringen soll, einmal für einige Tage unterbrochen wird. Auch populäre U-Musiker sollten sich die Zeit nehmen, über inhaltliche, politische und kulturelle Fragen nachzudenken: z.B. über die Aktionen von Greenpeace gegen die weitere atomare Verseuchung des pazifischen Ozeans, über die Unabhängigkeitsbewegungen in anderen Teilen der Welt, aber auch über ihr Verhältnis zu den sozialen Bewegungen in unserem Land. Die politischen Festivals in Tübingen und Mainz bieten die Möglichkeit zum zwanglosen Austausch unter den Gruppen und zum Zusammensein in einer freundlichen Umgebung, was schon den besonderen Reiz der Waldeck-Festivals ausmachte.

Künstler in Aktion e.V.

„Künstler in Aktion" ist ein Zusammenschluß von Liedermachern und Musikern aus dem U-Musikbereich, die sich auch mit politischen Fragen beschäftigen und im Sinne der Friedensbewegung und der anderen neuen sozialen Bewegungen wirken wollen. Die Vereinigung wurde im September 1984 in Westberlin gegründet, das Büro befindet sich seit 1985 in Köln. Vorläufer war das Aktionsbündnis „Künstler für den Frieden", das bei den großen Manifestationen der Friedensbewegung in den Jahren 1981 bis 1983 eine wichtige Rolle gespielt hat. Ziel der Arbeit ist einerseits, die Popularität der prominenten deutschen Liedermacher für eine breite politische Aufklärung zu nutzen, und andereits, die U-Musiker selbst immer wieder mit den aktuellen politischen Fragen zu konfrontieren und zu Stellungnahmen aufzufordern. Aktivitäten von „Künstler in Aktion" waren u.a. das Hiroshima-Konzert am 14.9.85 in Hamburg, die Unterstützung des Ostermarsches 1986, das Anti-WAAhnsinns-Festival im Sommer 1986 in Burglengenfeld bei Wackersdorf, das Abschlußkonzert bei der Kundgebung der Friedensbewegung in Hasselbach im Hunsrück am 11.10.86 und das Solidaritätskonzert für Nicaragua am 30. 11.1986 in Frankfurt.

Klaus Lage und Heinz-Rudolf Kunze haben für „Künstler in Aktion" zu den Bundestagswahlen 1987 in einem gemeinsamen Aufruf zur Schaffung einer breiten rot-grünen Mehrheit aufgefordert, und BAP, Renan Demirkan, Ekkes Frank, Helmut Ruge, Günter Wallraff u.a. waren die Erstunterzeichner eines Künstleraufrufs gegen SDI „Wir warnen vor der strategischen Verteidigungsinitiative", bei dem von Günther Amendt bis Margarethe von Trotta alles unterschrieben hat, was in der „Szene" Rang und Namen hat.

Zur Zeit hat „Künstler in Aktion" zwölf Vorstandsmitglieder: Irmela Bittencourt, Hannes Wader, Roland Temme, Renan Demirkan, Manfred Maurenbrecher, Klaus Lage, Dorlies Pollmann-Wallraff, Helmut Ruge, Ekkes Frank, Dr. Dieter Dehm, Annegret Keller, Thommie Bayer. Mit Unterstützung der IG Metall wird die Zeitschrift „Paroli" (vormals „Deutsches Allgemeines Künstlerblatt") herausgegeben, die seit Herbst 1986 zweimal erschienen ist und über die Aktivitäten und Vorhaben informiert.

Bei „Künstler in Aktion" kann man mit einem Beitrag zwischen monatlich 5 Mark (für Kleinverdiener) und 1000 Mark (bei Großverdienern mit mehr als 120.000 Mark Jahreseinkommen) Mitglied werden.

Kontakt: „Künstler in Aktion" c/o Refaela Wilde, Goltsteinstraße 76a, 5000 Köln 51, Tel. 0221/38 61 08

Eckard Holler

Ökobank

BAK akzeptiert Geschäftsleiter der Ökobank

Dieter Reincke

Die beiden Geschäftsleiter der Ökobank sind nun endlich gefunden. Mit Schreiben vom 2. Juni '87 antwortete das Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen (BAK) auf die Anfrage der Ökobank Genossenschaft i.G. vom 6. April des Jahres und teilte mit, daß es nach seinem derzeitigen Erkenntnisstand keine Bedenken gegen die Bestellung der vorgeschlagenen Bewerber erheben wird.

Damit ist nach beinahe zweijährigem Bemühen ein entscheidender Schritt getan – und der Ring frei zur nächsten Runde. Sparringspartner hier ist der mächtige Verband der Volks- und Raiffeisenkassen, der aus den Sympathien, die er für das Ökobankprojekt hegt, in der Öffentlichkeit dankenswerterweise nie einen Hehl gemacht hat. Da der Ökobankverein einem dringenden Bedürfnis dieses Verbandes nachgekommen ist und zugestimmt hat, daß jede basisdemokratische Einflußnahme des Vereins rigoros aus der Satzung der Bank gestrichen wurde, kann er sich jetzt als quasi Außenstehender entspannt zurücklehnen und ohne Rücksicht auf Empfindlichkeiten ganz dem Genuß der kommenden Ereignisse hingeben.

Einen Vorgeschmack dessen, was uns als Zuschauer erwartet, brachten die beiden Geschäftsleiter der Ökobank mit nach Hause, als sie versuchten, die Vorlage des 240seitigen Geschäftskonzeptes beim zuständigen Prüfungsverband zum Anlaß zu nehmen, sich persönlich vorzustellen – man verwies sie an die Sekretärin.

Zuvor schon hatte dieser Prüfungsverband es abgelehnt, seiner doch gesetzlich vorgeschriebenen Beratungspflicht weiter nachzukommen mit dem Argument, die Ökobank Gen. i.G. habe mit Pressemeldungen den fälschlichen Eindruck erweckt, der Prüfungsverband habe schon wesentlichen Teilen des Geschäftskonzeptes zugestimmt. Tatsächlich hatte die Vorgenossenschaft der Presse mitgeteilt, daß dieser Prüfungsverband einem der beiden Geschäftsleiter die Qualifikation für dieses Amt zugesprochen hatte.

Nun denn, es wird interessant werden zu beobachten, wie dieser Verband auf die Voraussetzungen reagieren wird, die die Ökobank Gen. i.G. inzwischen geschaffen hat, um allen Kriterien für eine Aufnahme in den Verband gerecht zu werden. So:

- wurden die Bedenken des Prüfungsverbandes bzgl. der Satzung und des Kreditgeschäftes im Geschäftskonzept berücksichtigt;
- wurden für die Geschäftsleitung zwei erfahrene Vorständler aus Genossenschaftsbanken gewonnen;
- wird die Innenrevision von einem weiteren Mitarbeiter mit langjähriger Vorstands- und Prüfungserfahrung übernommen werden;
- wurden detaillierte Überlegungen zur Risikobegrenzung verbindlich im Geschäftskonzept festgelegt, so darf bspw. das Gesamtkreditvolumen der Ökobank eG 60% des Geschäftsvolumens nicht übersteigen, jedoch maximal das 3-fache des haftenden Eigenkapitals betragen (bis zum 18-fachen des haftenden Eigenkapitals wäre nach dem Kreditwesengesetz möglich);
- wurden zum 1.4.1987 die späteren Geschäftsräume der Bank mit einer Kerngruppe von 3 Mitarbeitern und einer Mitarbeiterin bezogen, darunter eines der zukünftigen Vorstandsmitglieder;
- wird die EDV der Bank von dieser Kerngruppe bereits sukzessive aufgebaut und das spätere Mitgliederwesen (Verwaltung der Genossen und Genossinnen) für die fast 13.000 Treugeldgeber und Treugeldgeberinnen darüber abgewickelt;
- wurden mit Bewerberinnen für die weiteren Positionen innerhalb der „Ökobank" bereits Gespräche geführt.

Und wie vermittelt der Delegiertenrat des Vereins in Zukunft seine politischen Vorstellungen den Mitarbeitern der Bank? Er hat dazu keine juristischen, keine taktischen oder wie auch immer gearteten „Machtmittel", er hat nur seine politische Überzeugungsfähigkeit. Alle Delegierten tragen in Zukunft Verantwortung dafür, daß die „politische Autorität" dieses Gremiums keinen Schaden nimmt. Die Autorität, die ein Gremium hat, das immer wieder aufs neue den Beweis antritt, ein glaubwürdiger und kompetenter Vertreter einer bestimmten politischen Kultur zu sein. Denn für die Bank ist es eine Existenzfrage, solch einen kompetenten und zuverlässigen Ansprechpartner der vielschichtigen politischen Szene, deren Kind sie ist, an ihrer Seite zu wissen. Wie anders soll sie z.B. ihre Produktpalette entwickeln können, wenn nicht in Kenntnis der Bedürfnisse eben jener Szene, die letztlich auch ihre wirtschaftliche Basis bildet. Der Delegiertenrat hat den Beweis anzutreten, dieser Partner zu sein, und den Vereinsmitgliedern kommt die Verantwortung zu, mit der Wahl der Delegierten entsprechend fähige Leute in den Delegiertenrat zu schicken. Dieser kann nicht länger ein Gremium sein, in dem Einzelne versuchen, für irgendwelche Beschlüsse knappe Mehrheiten zu bekommen. Knappe Mehrheiten kann sich dieser Delegiertenrat nicht leisten, knappe Mehrheiten sind keine überzeugenden Orientierungspunkte für die Bank.

Ich persönlich sehe für den Verein keinen Verlust darin, nicht mehr über satzungsmäßig festgeschriebene Einflußmöglichkeiten in der Bank zu verfügen, im Gegenteil, ich sehe gerade hierin die Chance für die Entwicklung eines neuen Verständnisses von politischer Arbeit. Für mich war die Vorstellung schon immer ein Horror, der Verein könne administrativ in die Bank hineinregieren, statt argumentativ die Politik der Bank mitzugestalten.

Hätte doch gerade das die Gefahr heraufbeschworen, in die gleichen ausgelatschten machtpolitischen Pantoffeln zu schlüpfen, in der das gesamte politische und kulturelle Leben dieser Republik eh schon so ausgetrocknet daherkommt.

Diese „Gremienpolitik" wie sie von so vielen mit Leidenschaft betrieben wird, ist für mich eine nahe Verwandte der Stammtischpolitik und klassischer Ausdruck von „rechter" Politik; auch wenn sie in linken SPD-Gremien genau so zuhause ist wie in grünen Orts- und Bundesverbänden. Sie ist es, weil sie auf die alten Primaten- und Stammesrituale aufbaut, auf die klassische Säugetierpolitik, um einen Begriff von R.A. Wilson zu benutzen – immer nur auf die Markierung und Verteidigung des eigenen Territoriums bedacht. Ich lasse sie gerne dort, wo sie Tradition hat: in den machtbewußten Interessenverbänden z.B., mit denen die Ökobank Gen.i.G. sich jetzt auseinanderzusetzen hat.

Bei den beiden präsentierten Kandidaten handelt es sich um den 51-jährigen Franz Lässig (Foto rechts) aus Olpe-Dahl und den 39-jährigen Hans-Peter Schreiner (Foto links) aus Oberursel bei Frankfurt, beides gestandene Genossenschaftsbanker.

Franz Lässig hat seine Bankerausbildung im Sparkassenbereich begonnen. Über den Privat- und Großbankenbereich wechselte Franz Lässig in den Kreditgenossenschaftssektor. Nach einer leitenden Tätigkeit bei einer Volksbank im Ruhrgebiet übernahm er eine Vorstandsposition bei einer Volksbank im Aachener Raum. Im Oktober 1981 erfolgte die Berufung zum Vorstandssprecher bei einer Volksbank im südlichen Sauerland. Alles in allem 33 Jahre Bankerfahrung. Seit dem 1.7.87 gehört Franz Lässig dem Vorstand der Ökobank Genossenschaft in Gründung an und steht seit diesem Tag dem Gründungsteam ehrenamtlich mit Rat und Tat zur Seite.

Hans-Peter Schreiner, von Haus aus Jurist, hat seine Bankerlaufbahn beim genossenschaftlichen Prüfungsverband in Neu-Isenburg begonnen. Nach einer zweijährigen Tätigkeit als Prüfungsassistent trat Hans-Peter Schreiner in den Vorstand einer Raiffeisenbank im Hochtaunus-Kreis ein. Danach übernahm er ein Vorstandsamt bei einer oberhessischen Volksbank.

Terminankündigung

Der Arbeitskreis Ökobank Stuttgart trifft sich ab 13.7.87 jeden **Montag** in der Teestube des Forums 3 in Stuttgart um 19.30 Uhr.

Frauen in die Ökobank

Die Konzeption der „Ökobank eG" steht. Damit stehen auch der Organisationsplan, der Aufgabenverteilungsplan, die Stellenbeschreibungen, der Aufgabengliederungsplan und die Kompetenzregelungen fest. Zur Zeit sind in der Ökobank Vorgenossenschaft vier Personen beschäftigt (Oliver Förster, Jutta Gelbrich, Torsten Martin und Hans-Peter Schreiner). Zwei weitere Stellen sind für den Zeitpunkt der Gründung schon fest eingeplant.

Um die paritätische Besetzung der Stellen mit Frauen und Männern zu gewährleisten, werden in der Gründungsphase ausschließlich Frauen eingestellt.

Zu besetzen sind zum Zeitpunkt der Bankgründung die Stelle „Kreditsachbearbeitung/Kreditsekretariat" und die Stelle „Universalbedienung und -beratung". Ca. nach einem halben Jahr nach Aufnahme der Bankgeschäfte werden die Stelle „Datenerfassung" und eine zweite Stelle „Universalbedienung und -beratung" zu besetzen sein.

Die Voraussetzung für diese Stellen ist eine abgeschlossene Ausbildung als Bankkauffrau. Erfahrungen in gesellschaftspolitischen Bereichen, wie Frauenprojekten, selbstverwalteten Betrieben, etc. würden einen Einstieg in das Ökobank-Projekt sicherlich erleichtern. Unabdingbare Voraussetzung ist aber das Wissen, die stressige Gründungsphase des Unternehmens aushalten zu können. Erfahrung in Prozessen kollektiver Entscheidungsfindung wäre förderlich.

Weitere Informationen geben die regionalen Kontaktstellen des Vereins „Freunde und Förderer der Ökobank e.V." oder die Ökobank Vorgenossenschaft.

Als schriftliche Informationen dient (auszugsweise) die „Konzeption der Ökobank eG", die bestellt werden kann. Bewerbungen für die genannten Stellen sind an die Ökobank Genossenschaft in Gründung, Bornheimer Landstraße 22, 6000 Frankfurt 1, zu richten.

Oliver Förster
Ökobank Gen.i.G.

Die Konzeption der Ökobank eG

Die erste "Bank-Dienstleistung", die wir anbieten können, ist die Vorstellung des Bankkonzepts der Ökobank.

Wir liefern immer aktuelle Fassungen - Nachlieferungen und Ergänzungslieferungen sind nicht möglich. Wir werden in künftigen Ausgaben der Ökorrespondenz "Neuerscheinungen" ankündigen.

Dies ist, so denken wir, schon jetzt ein kleines Stückchen Transparenz im Geldwesen.

Preis	Bestell-Nummer	Inhaltsverzeichnis (Preisliste vom 5.06.87)
7,50	01	Satzung der Ökobank eG (Fassung vom 29.04.87)
2,50	02	Wahlordnung für die Wahl zur Vertreter/innen -Versammlung (Fassung vom 3.06.87)
3,00	03	Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat (Fassung vom 3.06.87)
3,00	04	Geschäftsordnung für den Vorstand (Fassung vom 3.06.87)
5,00	05	Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand (Fassung vom 3.06.87)
1,50	06	Organigramm (Fassung vom 3.06.87)
2,00	07	Aufgabenverteilungsplan (Fassung vom 3.06.87)
13,00	08	Stellenbeschreibungen (Fassung vom 3. 06.87)
3,50	09	Aufgabengliederungsplan (Fassung vom 3.06.87)
3,50	10	Kompetenzregelungen / Vollmachten / Unterschriftenregelungen (Fassung vom 3.06.87)
1,50	11	Personelle Besetzung (Fassung vom 3.06.87)
3,50	13	EDV - Organisation (Fassung vom 3.06.87)
2,50	14	Geschäftsbesorgungsvertrag mit Genossenschaftlicher Zentralbank
3,00	17	Arbeitsanweisungen (Fassung vom 8.05.87)
7,50	18	Kreditvergaberichtlinien / Beleihungsrichtlinien (Fassung vom 3.06.87)
2,50	19	Richtlinien für die Kreditüberwachung (Fassung vom 3.06.87)
8,50	24	Rentabilitätsrechnung (Fassung vom 29.04.87)
1,50	25	Raum- und Arbeitsplatzplan

Gesamtpreis (incl. MWST und Porto): 75,00 DM

Bestellungen an:
Ökobank
Genossenschaft in Gründung
Bornheimer Landstr. 22, 6000 Frankfurt 1

Zahlungsbedingungen:
Versand erfolgt ausschließlich gegen Vorlage eines Verrechnungsschecks, Rabatte können nicht gewährt werden.

Bitte beachten:
Absenderangabe nicht vergessen!
Bestellnummern nicht vergessen!

Vereinsnachrichten

Freunde und Förderer der Ökobank e.V.
Franziusstr. 44
6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/4990447

SELBSTHILFE–SELBSTBESTIMMUNG–SELBSTVERANTWORTUNG

Die Ziele:

Ein einziges, umfassendes Patentrezept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gibt es bislang nicht. Es ist auch keines in Sicht. Was es aber gibt, sind zahlreiche Einzelinitiativen und Projekte, zu denen sich Betroffene und sich betroffen Fühlende zusammengeschlossen haben, um gemeinsam und vor Ort neue Wege aufzuzeigen.

Auf dieser Veranstaltung wollen wir uns viele verschiedene dieser teils konventionellen, teils unkonventionellen Möglichkeiten aufzeigen und erklären lassen. Der Infomarkt und die Workshops sollen veranschaulichen, wie es gelingen kann, mit Hilfe von Eigeninitiative, Kreativität und einer intensiven Willensstärke, in kleinen Schritten und mit »tausend Nadelstichen« gegen das Problem der Arbeitslosigkeit anzukämpfen.

- ★ ca. 70 Initiativen und Projekte auf dem Infomarkt
- ★ zeigen Beispiele von Unternehmensansätzen, innovativen Betriebsformen, Selbsthilfeinitiativen und Förderprojekten der öffentlichen Hand und wollen nicht nur betroffen machen, sondern auch zur Nachahmung anregen.
- ★ in zahlreichen Workshops mit Vertretern aus Wirtschaft, Projekten, Politik, Behörden und Institutionen
- ★ sollen brennende Fragen und interessante Lösungsansätze diskutiert,
- ★ Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf Menschen und Familien aufgezeigt werden.

MENSCHEN MACHEN WIRTSCHAFT – MENSCHEN SCHAFFEN ARBEITSPLÄTZE

INITIATIVEN GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT

Programm:

27. Oktober 1987

14.00 Uhr Begrüßung und Einführung
Diplom-Kaufmann Michael Lezius
Geschäftsführer der AGP, Kassel

14.15 Uhr »Wege aus der Arbeitslosigkeit«
Roland Issen,
stellvertretender Vorsitzender der DAG, Hamburg
und Mitglied des Vorstandes der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg
Dr. Hermann-Otto Solms,
stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, Bonn

15.00 Uhr–18.30 Uhr Eröffnung des Informations-Marktes durch drei Projektvertreter
(ca. 70 Initiativen und Projekte aus der Bundesrepublik Deutschland stellen sich in Marktständen im CCH, Hamburg vor)

18.30 Uhr gemeinsames Abendessen

20.00 Uhr–22.00 Uhr Podiumsdiskussion
Mit Initiativen Arbeitsplätze schaffen?
Innovation und neue Qualitäten in der sozialen Marktwirtschaft
Impulsreferat: Prof. Dr. Jürgen Kromphardt, Techn. Universität Berlin
Teilnehmer: Dietrich Jaeschke, PSI GmbH, Berlin
2. Vorsitzender der AGP, Kassel
Dr. Marlene Kück, Stattwerke Berlin
Volker Lange,
Senator für Wirtschaft, Hamburg
Dr. Matthias Rabbethge,
Wirtschaftsrat der CDU, Hannover
Moderation: Udo Kölsch, NDR, Hamburg

28. Oktober 1987

8.30 Uhr–10.00 Uhr Menschen machen Wirtschaft – Menschen schaffen Arbeitsplätze
Initiativen gegen Arbeitslosigkeit
Stellungnahmen:
N. N., DGB, Düsseldorf
Fred Steidinger, Leitender Verwaltungsdirektor, Bundesanstalt für Arbeit, Hamburg
Dr. Josef Siegers, Leiter der Abt. Arbeitsmarktpolitik, BDA, Köln
Erwin Becker, Vors. des wissenschaftlichen Beirats der KAB-Westdeutschland, Köln/Essen

8.30 Uhr–13.15 Uhr **Fortsetzung des Informationsmarktes**

10.00 Uhr Foren 1–4

11.30 Uhr Kaffee-Pause

11.45 Uhr Foren 5–8

ab 13.15 Uhr individuelles Mittagessen

15.00 Uhr Senatsempfang und Begrüßung durch den Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Dr. Klaus von Dohnanyi, im Rathaus (Festsaal)
und

15.30 Uhr Partnerschaftspreisverleihung der AGP-Stiftung »Sozialer Wandel in der unternehmerischen Wirtschaft« durch Herbert Ludz, Gruner & Jahr AG + Co., Hamburg, Präsident der Stiftung
Laudatio: Dr. Christian Dräger, Vorstandsvorsitzender der Drägerwerk AG, Lübeck

16.00 Uhr »Zukunft der Arbeit«
Dr. Meinhard Miegel, Geschäftsführender Vorstand Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn e. V.
– IWG Bonn –

16.45 Uhr Ende des AGP-Kongresses

AGP-KONGRESS

27. und 28. Oktober 1987 Congress-Centrum-Hamburg

MENSCHEN MACHEN WIRTSCHAFT »Unternehmensansätze« »Innovative Betriebsformen« »Selbsthilfe-Initiativen« »Förderprojekte der öffentlichen Hand« **MENSCHEN SCHAFFEN ARBEIT**

INITIATIVEN GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT

WORKSHOPS 28. 10. 1987

Workshops: Foren 1–4, 28. Oktober 1987, 10.00 bis 11.30 Uhr (parallel)

Forum 1 Unternehmensansätze (10.00 Uhr)

»Mit Arbeit anders umgehen – Quo vadis Wirtschaft?«

Dorothea Assig, Berufsplanung für Frauen, Berlin
Dr. Jürgen Hogeforster, Handwerkskammer Hamburg
Dr. Ludwig Reichart, BMW AG, München
Albert Fink, GLS Gemeinschaftsbank, Bochum
Hans-Werner Schreiber, Bicycle Import AG, Bielefeld

Moderation: Lutz Beuckert, Handelsblatt, Hamburg

Forum 5 Unternehmensansätze (11.45 Uhr)

»Was ist uns die soziale Marktwirtschaft wert – Unternehmerische Verantwortung oder staatliche Aufgabe?«

Dieter Henrichs, Neue Wege e. V., Weikersheim
Werner Then, Randstad, Eschborn
Klaus Lurse, Nixdorf Computer AG, Paderborn
Herbert Ludz, Gruner + Jahr AG + Co., Hamburg

Moderation: Dr. Benedikt Fehr, FAZ, Frankfurt

Forum 3 Selbsthilfe-Initiativen (10.00 Uhr)

»Mit der Arbeit anders umgehen – Auf dem Wege zur Selbsthilfegesellschaft?«

Prof. Dr. Fritz Vilmar, Freie Universität Berlin
Rolf Kerler, GKG, Gemeinnützige Treuhandstelle, Bochum
Joachim Löns, Diakonisches Werk der Ev. Kirche, Münster
Manfred Schneider, BBJ-Consult, Berlin

Moderation: Winfried Maaß, »Stern«, Hamburg

Forum 7 Selbsthilfeinitiativen (11.45 Uhr)

»Von der Versorgung zur Eigenverantwortung – Projekte in der Bewährung«

Dr. Josef Huber, Wissenschaftszentrum Berlin
Lu Haas, SFBF Frauenbetriebe, Frankfurt
Rolf Rieniets, Anthropos Unternehmensberatung, Bochum
Monika Jaeckel, Deutsches Jugendinstitut, München

Moderation: Bernd Klement, »Management Wissen«, München

Foren 5–8, 28. Oktober 1987, 11.45 bis 13.15 Uhr (parallel)

Forum 2 Innovative Betriebsformen (10.00 Uhr)

»Mit der Arbeit anders umgehen – Selbständig oder selbstverwaltet?«

Heinz Bollweg, AN-Maschinenbau- und Umweltschutzanlagen GmbH, Bremen
Hans-Detlef Küller, DGB, Düsseldorf
Thomas Zuleger, Bundesministerium f. Arbeit und Sozialordnung, Bonn
Josef Rottmayr, Gruppe Ingenieurbau Verwaltungs-GmbH, München

Moderation: Joachim Karnath, Ibek GmbH, Karlsruhe

Forum 6 Innovative Betriebsformen (11.45 Uhr)

»Chancen und Risiken innovativer Betriebsformen«

Albert Krohn, Blätterwald e.G., Oberursel
Norman Rentrop, Verlag Rentrop, Bonn
Prof. Weidemann, Pittler AG, Langen/Frankfurt
Friedhelm Keuken, G.I.B., Bottrop

Moderation: Paul Halbe, Wirtschaftspublizist, Roetgen

Forum 4 Förderprojekte der öffentlichen Hand

»Neue Wege in der kommunalen Hilfe – Mehr Markt durch Flexibilisierung?«

Ludwig Fuchs, Deutscher Städtetag, Köln
Brigitte Pawlik, G.I.B., Bottrop
Dr. Matthias Rabbethge, Einbeck
Dr. Labenzke, Wirtschaftsverein Harburg-Wilhelmsburg, Hamburg

Moderation: Dr. Armin Höland, ZERP, Bremen

Forum 8 Förderprojekte der öffentlichen Hand

»Brauchen wir neue Instrumente in der staatlichen Förderungspolitik?«

Priv. Doz. Barbara Mettler-Meibohm, Hamburg (angefr.)
Hans Günter Hennings, Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand u. Technologie des Landes NRW, Düsseldorf
Prof. Dr. Peter Grottian, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung an der Freien Universität Berlin
Dr. Vollmann, Förderkreis Umwelt »Future«
Michael Grauvogel, Netzwerk Bremen-Niedersachsen e.V.

Moderation: Dr. Maximilian Gege, B.A.U.M., Hamburg

Kongressinformationen

Termin: Dienstag, 27. Oktober und Mittwoch, 28. Oktober 1987
Congress-Centrum-Hamburg, Junglusstraße 13, 2000 Hamburg 36
Telefon: (040) 3 56 91

Teilnehmergebühren:
pro Person DM 390,– (AGP-Mitglieder DM 290,–)
Reduzierte Teilnehmergebühren für Vertreter von Beschäftigungsprojekten, Arbeitsloseninitiativen und Selbsthilfegruppen: DM 45,– (pro Person)
Die Teilnehmergebühren umfassen: Eintritt zu sämtlichen Kongreßveranstaltungen einschließlich Abendessen am 27.10.87 und Senatsempfang im Rathaus am 28.10.87 sowie Kongreßunterlagen

Zahlung: Die Teilnehmergebühr ist zahlbar nach Rechnungserhalt.

Rücktritt, Bei Rücktritt nach dem 1.10.87 ist eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von 50% der Teilnahmegebühren fällig.

Übernachtungsmöglichkeiten: Ein begrenztes Zimmerkontingent zu reduzierten Preisen steht im benachbarten Plaza-Hotel zur Verfügung; Tel.: (040) 35 10 35. Ansonsten bietet der Verkehrsverein der Stadt Hamburg, Tel.: (040) 24 87 00, Am Hachmannplatz 1, 2000 Hamburg, Hilfe bei der Zimmerbeschaffung an.

Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft e. V.

Anmelde-Coupon

Ich (wir) nehme(n) am AGP-Kongreß '87 am 27./28. 10 1987 in Hamburg teil.

Aus unserem Hause werden _____ Personen teilnehmen

Anschrift

Name(n)

Funktion

Firma / Projekt / Initiative

Forum

1	5
2	6
3	7
4	8
10.00	11.45

Ich (wir) werde(n) voraussichtlich folgende Workshops besuchen:

(bitte ankreuzen)

Datum Unterschrift

Ausschneiden und absenden an: **Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft e.V. (AGP), Töpfenhofweg 26, 3500 Kassel, Telefon: (0561) 4 20 33**

Naturkost:

Kooperation oder freie Marktwirtschaft ?

Zum Verhältnis von Food-Coops und Gewerblichen

Zwei Entwicklungen auf dem Naturkostmarkt sind zur Zeit spannend: Zum einen das zunehmende Bio- und Pseudobioangebot der Supermärkte, was manchen Pionier der Szene bei den Naturkostläden um seinen Umsatz fürchten läßt; zum anderen das erschwerte Leben der in den Einkaufsgemeinschaften und Food-Coops zusammengeschlossenen Naturkostendverbraucher. Diese fürchten durch verschlechterte Lieferkonditionen der gewerblichen Naturköstler um ihre Existenz.

Beide Entwicklungen sind miteinander verbunden. In der Juni-Ausgabe von CONTRASTE ging es um die Zerreißprobe in der gewerblichen Szene. Hier soll jetzt der Schwerpunkt auf die Entwicklung bei den Food-Coops gelegt werden.

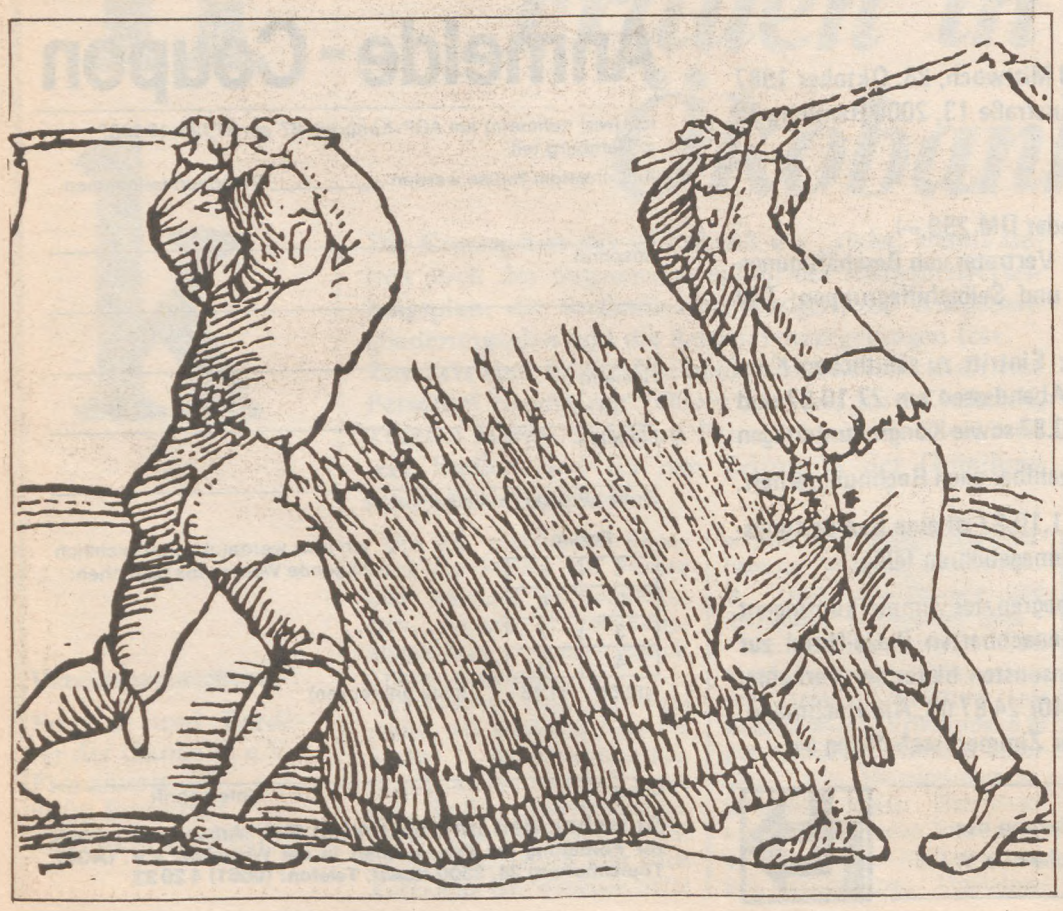
Food-Coops (der Einfachheit halber hier als Sammelbegriff für unterschiedlich organisierte Verbraucherzusammenschlüsse verwendet) erfüllen für Verbraucher eine wichtige Unterstützungsfunktion hinsichtlich Ernährungsbewußtsein und ökologischem Alltagsengagement. In der Regel richten sich 10 bis 50 Mitglieder ein eigenes Naturkostwarenlager ein oder organisieren Sammelbestellungen. Sie beziehen Produkte direkt vom Erzeuger und vom Großhändler. Vertreten sind Food-Coops in Stadt und Land, vielleicht 300 in der BRD und Westberlin, die auch ein eigenes Warenlager unterhalten.

Zu ihrem ersten Bundeskongreß im November 86 kamen etwa 60 Delegierte von ca. 30 an Zusammenarbeit interessierten und engagierten Gruppen. In einer intensiven, fruchtbaren und harmonischen Arbeitsatmosphäre zeigte sich Zusammengehörigkeitsgefühl und eine Identität, die sich politisch versteht. Es entstanden Strukturen der Zusammenarbeit (Regionalgruppen, Koordinationsstelle, Bundesrundbrief) und Anstöße für ein Weiterarbeiten.

Großen Raum nahm der Konflikt mit den gewerblichen Naturköstlern ein. Bis Anfang der 80er Jahre wurden die Food-Coops in der Laden- und Großhandelsszene noch in dem Netz von Solidarität und politischem oder auch spirituellem Veränderungswillen als Teil einer Alternativkultur, zu der man sich zählte, als gleichberechtigt anerkannt und zu gleichen Konditionen beliefert. Die Läden wurden professioneller. Mit zunehmender Anzahl trat Konkurrenz in der gewerblichen Szene auf. Die Szene gab sich eine leider von Großhändlern dominierte Vernetzungsstruktur (Bundesverband Naturkost e.V.). Supermärkte begannen, „Bio" und „Pseudobio" in das Programm aufzunehmen. Die alternative Aufbruchstimmung verging. Pioniergeist und Idealismus wurden durchgesetzt von Businessmentalität. Der Zustand der Naturkostgründerjahre: „Man kennt sich und hat seinen Handel fest im Griff" veränderte sich.

Vergleichbare Organisationsstrukturen entstanden allerdings bei den vereinzelten Food-Coops nicht. Sie hingen überholten Denzentralitätsbestrebungen und Autarkieillusionen nach. Bei manchen Food-Coops wurde die Ebene Geld gegen Ware nur quantitativ erweitert und vom Naturkosteinzel- zum Naturkostgroßhändler verlagert. Grund war eine auch hier allzusehr verinnerlichte Konsummentalität. Von Gewerblichen kam die allgemeine Kritik auf, daß Food-Cops dem Einzelhandel das Geschäft wegnähmen. Speziell kritisierten sie zuletzt die sogenannten „Lehrer-, Pfarrer- und Hausfrauencoops", in denen sich wohlhabende, eigentlich typische Naturkostladenkunden zusammentäten, um über einfach organisierte Sammelbestellungen billiger an die begehrte Naturkost – direkt vom Großhändler – zu gelangen. Da die gewerbliche Szene weitgehend unter sich blieb, führte sie mit wenig Widerspruch eine Reihe von Maßnahmen gegen Food-Coops ein:

1. Ein nahezu lückenloses Netz von Preisaufschlägen (für Coops 10 bis 25%)
2. Erhöhte Mindestbestellmengen
3. Zwangskooperation mit Läden
4. Nichtbelieferungen (z.B. Regionalwarendepot „Nawages"), hierdurch wahrhaft „mafiose Erpressung" seiten einiger Läden. Siehe auch Naturkostladenzeitschrift „Schrot und Korn", Januar 86).



So setzt sich Protektionismus statt Gleichberechtigung auf dem Naturkostmarkt durch. Daß das natürlich am ökonomischen Standbein der Coops zehrt ist klar. Ideelle Motivation allein reicht zum Erhalt einer Kooperation, die sich mit der Verteilung von Waren beschäftigt, nicht aus. Wirtschaftliche Vorteile müssen durch die Eigenarbeit der kooperierenden Mitglieder erreichbar sein. Als Ergebnis sollen nach Liefersanktionen seitens des Großhändlers Kooperativen geschlossen worden sein.

Es drängt sich der Verdacht auf, daß die Gewerblichen ihre Ängste vor den zunehmenden „Bioecken" in den Supermärkten auf die Coops übertragen. Die organisatorische Schwäche der Food-Coops ermöglicht es, sie in die Sündenbockrolle zu drängen.

Die wenigen Naturkostläden, die vielleicht durch Food-Coops in Existenzprobleme geraten sind, bilden keinen hinreichenden Grund für die pauschalen Food-Coop-existenzgefährdenden Maßnahmen. Weiterhin stellt sich die Frage, warum Großhändler Extragewinne an Food-Coops machen sollen, wenn eigentlich Naturkostläden protegiert werden sollen. Die Geschehnisse des letzten Jahres sind letzten Endes eindeutig politische Entscheidungen. Diese sind von Naturkostgewerblichen gegen die sich in Food-Coops selbstorganisierenden Verbraucher getroffen worden und können im Rahmen eines Dialogs rückgängig gemacht werden.

Thomas Albrecht

Typische Food - Coop - Strukturen:

Selbstorganisation und Hierarchie

Als Kinder der Konsumgesellschaft müssen auch die Coopler daran arbeiten, ihr eigenes Konsumverhalten zu überwinden. Vom Anspruch her soll die Arbeit (Warenbeschaffung, Lagern, Verteilen ,Abrechnen, Renovieren, Planen, Weiterbilden) in Selbstorganisation, also ohne Chef und Hierarchie erledigt werden. Jedoch bilden sich auch in Food Coops die bekannten informellen Strukturen. Beispiel: die vom Verfasser erforschte Food Coop Bergmannstraße in Berlin.

Initiativträger sind 26 % der Mitglieder. Sie arbeiten kontinuierlich, haben Überblick, Eigeninitiative und Verantwortung und kaufen in der Coop ein.

Aktive (41 % der Mitgl.) zeigen nur teilweise kontinuierliche Mitarbeit und nutzen die Coop durch Einkauf.

Kunden (24 % der Mitgl.) beteiligen sich ausschließlich durch Einkauf.

Karteileichen (8 % der Mitglieder) sind lediglich eingeschriebene Mitglieder, nehmen die Food Coop nicht in Anspruch und beteiligen sich auch nicht anderweitig.

Das Gefälle von aktiven zu passiveren Mitgliedern widerspricht dem Anspruch, in Selbstorganisation die praktische Arbeit und das kollektive Management auf alle Mitglieder gleichmäßig zu verteilen. Dieses Gefälle abzubauen, ist erklärtes Ziel der Food Coops. Als Erklärungsansätze für das Gefälle bieten sich an: Die Arbeit in der Food Coop hat keine Priorität. Sie ist Familie, Kindern, Ausbildung und Beruf nachgeordnet.Des Weiteren wird oft zu Unrecht vorausgesetzt, daß die Ziele und Prinzipien der Gruppe allen Neu- und Altmitgliedern bekannt sind.Ebenso, daß das Wissen und die stille Zusage, sich nach den Regeln der Gruppe zu verhalten, jedem Mitglied ohne gegenseitige Unterstützung möglich ist.

Da man nicht „Chef spielen" oder „moralisch" sein möchte, scheint man sich oft zu scheuen, als Initiativträger oder Aktiver die anderen Gruppenmitglieder auf die Einlösung der Ansprüche und Prinzipien der Gruppe anzusprechen.

Thomas Albrecht

Genaueres in : „Anspruch und Wirklichkeit in Food Coops" von Thomas Albrecht; Eigenverlag, Graefestr. 19, 1000 Berlin 61. 140 Seiten, DM 17,-. Zusendung nach Überweisung von DM 17,- auf PGiroA BlnW, Kto.-Nr.: 352277-108 mit Absenderangabe.

Food-Coop und Naturkost

Die unbekannten Wesen

Naturkost. Damit beschäftigt sich der Leserkreis dieser Zeitung wohl eher von der politischen Seite her. Ein Vollkornbrot ist inzwischen zuhause auf dem Tisch, aber auch das Fleisch, das unter ökologisch und politisch fragwürdigen Strukturen produziert wird, oder das im Bayer-Hoechst-Chemolandbau gewonnene Gemüse aus dem Supermarkt und dem „normalen" Gemüsestand. Der Kauf und Verzehr unterstützt auch diese Strukturen!

Politisch unterstützungswerte Alternativen, die auch für die eigene Gesundheit von Vorteil sind, gibt es: **Bioläden,** besser gesagt **Naturkostläden**, kennt jeder. Bei Food Coop denken manche Leute an die Coop-Supermärkte. Food-Coops sind jedoch reine Verbraucherzusammenschlüsse, die privat aus einer alternativen, politisch engagierten Ecke heraus zum Zweck preiswerter und gesunder Nahrungsbeschaffung entstanden sind. Erfüllt werden soll jedoch auch ein Bündel weitergehender politischer und sozialer Anspruche. Die Mitglieder von Food-Coops sind eher Leute mit kleinem Geldbeutel und mehr frei verfügbarer Zeit: Studenten, Schüler.

Hinter dem **Sammelbegriff „Food-Coop"** verbergen sich verschiedene Organisationsformen:

Lebensmittelkooperativen legen eigene Warenlager an. Die Verbindlichkeit und der Kontakt der Mitglieder untereinander ist am stärksten, die Ansprüche an die Organisation und die politischen Ziele gehen weit.

Einkaufsgemeinschaften tun sich jeweils zu Sammelbestellungen zusammen, legen kein Warenlager an. Der soziale Bezug und die Ansprüche sind in den Einkaufsgemeinschaften nicht so stark wie in Food-Coops, eher vergleichbar mit anderen Zusammenschlüssen wie Nachbarschaft, Bürgerinitiative, Bekanntenkreis.

Ein Sonderfall von Einkaufsgemeinschaften sind die sogenannten **„Lehrer-, Pfarrer- oder Hausfrauen-Coops".** Diese werden von den gewerblichen Naturköstlern oft kritisiert, weil sie aus wohlhabenderen, für Food-Coops untypischen Kreisen bestünden und eigentlich Bioladenzielgruppe seien.

Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften nehmen eine Zwitterstellung zwischen Laden und Food-Coop ein. Sie sind verrechtlicht wie ein Laden, haben aber in Bezug auf die Verbindlichkeit der beteiligten Verbraucher besonders gegenüber den Erzeugern höhere Ansprüche. Bezüglich ihrer Vernetzung – eigene Jahrestagungen, Genossenschaftsform – sind sie dem nichtgewerblichen Naturkostmilieu zuzuordnen.

Thomas Albrecht

Food - Coops und Bioläden

Ein Schritt zur Verständigung

In Berlin haben wir einen Schritt zur Verständigung von Bioläden und Food-Coops getan. Unser Anliegen war, ein positives Votum der versammelten Bioläden zur Gleichberechtigung von Läden und Coops bei Großhändlern zu erreichen. Im Laufe der Diskussion stellte sich heraus, daß der Begriff „Food-Coop" für die Ladner unklar war, sie Food-Coops in ihrer anspruchsvollen Form zwar wertvoll fanden, jedoch den Großhandelskunden, der sich als Food-Coop ausgibt, um z.B. preisgünstig seinen Jahresbedarf an Naturkost-Mineralwasser zu kaufen, nicht akzeptierten. Ihnen fehlt auch der Ansprechpartner, um nachzusprüfen, ob es sich um eine „richtige" Coop handelt. Um diesen diffusen Zustand zu beenden, sollte das Plenum der Berliner Coops als „vertrauensbildende Maßnahme" über folgenden Vorschlag beraten:

- Sie klären ihre Auffassung über den Begriff Food-Coop.
- Ab wann ist eine Food-Coop eine Coop?
- Sie machen die Liste der Mitgliedscoops den Großhändlern für Nachfragen zugänglich.
- Diese Liste von Kriterien und Coops soll im Rahmen einer neuen Vorlage beim Arbeitskreis der Berliner Bio-Läden diskutiert werden. Ziel soll dabei das erwähnte Votum sein.

Das Vorgehen ist vergleichbar mit dem der Ladner; dort wurde eine Kriterienliste für die Aufnahme von Läden in den sich neu gründenden Bundesverband Naturkost geschaffen. Ansatzweise, leider unter Zeitdruck, wurde diskutiert, ob Einkaufsgemeinschaften, z.B. ein Zusammenschluß von Müttern, die strahlenarme Ware bestellen, als einfachste Form der Cooperation von Läden und Großhändlern zu akzeptieren sei.

Es bietet sich die Möglichkeit an, neben dem wirtschaftlichen Standbein die politische Bedeutung von Food-Coops genauer zu beschreiben.

Ein Klärungsprozeß, der meiner Meinung nach an der Zeit ist.

Thomas Albrecht

Die Sichtweise der Bioläden

Wenn über Food-Coops diskutiert wird, wäre es natürlich wichtig, die Meinung der Naturkostläden aus deren eigenem Munde zu hören. Leider konnten wir von den Berliner Food-Coops bei der Suche nach einem Autor für diesen Artikel keinen Ladner finden, der diese Aufgabe übernehmen wollte. Wir wissen nicht, ob wir einfach nicht den richtigen Menschen gefunden haben oder ob die Zeit der oft sehr beschäftigten Ladner einfach nicht ausgereicht hat, da diese ihre Prioritäten im Augenblick anders gesetzt haben. Es kann aber auch an der Schwierigkeit liegen, gängige Meinungen einmal richtig auszuformulieren und den eigenen Standpunkt zu begründen. Oder ist etwa die praktische Notwendigkeit für einen Artikel nicht so besonders groß, weil Food-Coops eben doch nicht ganz so bedrohlich sind? Trotzdem würden wir uns natürlich über Zuschriften von Leuten aus dem Ladenbereich freuen und ihre Meinung über Food-Coops hören, die die Redaktion sicher abdrucken wird.
Einstweilen will ich – sozusagen als „advocatus diaboli" aus der Perspektive eines Bioladners argumentieren:

Food-Coops arbeiten nicht öffentlich, ein wenig im Geheimen, niemand weiß so richtig Genaueres über sie, und die Ergebnisse ihrer Arbeit kommen immer nur einem kleinen Kreis von Insidern zugute. Irgendwie sind sie die Schmarotzer der Naturkostbewegung. Sie profitieren von den Handelsstrukturen, die von uns Gewerblichen aufgebaut wurden. Sie wollen billig an die Sachen rankommen, ohne viel dafür tun zu müssen. Oft handelt es sich dann noch um Akademiker, also die Lehrer- und Pfarrercoops, die sich kurz als Sammelbesteller zusammentun, zweimal im Jahr beim Großhändler vorfahren und sich dort die Rosinen rauspicken. Gerade diese Leute haben's doch nicht nötig und sollten die Bioläden unterstützen. Wir rackern uns hier ab und führen den täglichen Eier-Tanz, welche Rechnung nun zuerst bezahlt werden kann. Unsere Bemühungen, die Naturkost in die Öffentlichkeit zu tragen, werden von den Coops gefährdet. Diese schaffen keine Arbeitsplätze, wobei die antroposophisch orientierten Kollegen noch besonders auszusetzen haben, daß Coops die Dreigliederung Erzeuger-Händler-Verbraucher stören. Außerdem zahlen Food-Coops ja keine Steuern und haben keine gewerbliche Anmeldung – ist das rechtlich überhaupt zulässig?

Besonders bemängeln wir Naturkostlädner aber, daß Food-Coops kein Lagerrisiko haben und nur das risikolose und lukrative Trockensortiment führen. Für Milch und Frischgemüse, wo die Gewinnspanne ja sowieso schon besonders niedrig liegt, kommen sie dann brav wieder in den Laden.

Food-Coops haben also Konkurrenzvorteile, machen uns dadurch das Leben schwer und schnappen uns die besten Kunden weg. An der Definition und dem Erhalt der Qualitätsstandards, wie sie vom Bundesverband Naturkost erarbeitet wurden, haben die Coops nicht mitgewirkt und profitieren damit von der Arbeit anderer Leute. Wie halten es die Coops übrigens mit Waren aus „kontrolliert biologischem Anbau"? Die kaufen doch auch schon mal vom gespritzten Acker oder in der Metro.

Hans-Ulrich Paret

Anzeige

Chips for Müsli
TECHNIK UND AUSSTATTUNGEN FÜR DAS NATURKOSTFACHGESCHÄFT

weil die wenigsten Naturkostläden in Nowosibirsk liegen....

Glastürkühlschränke
Verkaufskühlregale
Verkaufskühltheken

Kühlgeräte, Kassen, Waagen, Preisauszeichner - auch auf Leasingbasis
Adolf Stoll, Wackersteinstraße 6 7417 Pfullingen Tel. Q 07121-73824

Das ganze Chaos live
jeden Abend ⇨ 19–23 Uhr
auf UKW 100,6 MHz

RADIO 100

ENDLICH:
Mit 5,– DM monatlich könnt ihr uns unterstützen, damit wir auch weiterhin mittenmang sein können.

Auch ich will Abonnent/in von RADIO 100 werden.
RADIO 100, Potsdamer Str. 131, 1000 Berlin 30
Name .....
Adresse .....
den Beitrag für 3 Monate (15 DM)
6 Monate (30 DM)
1 Jahr (60 DM)
habe ich auf euer Konto ... Nr. 180 00 903 Berliner Volksbank BLZ 100 900 00 RADIO 100 ... überwiesen
Schickt mir schnellstens euere Programmzeitung
Unterschrift ..... Datum .....
Hörer/innenabschnitt

Food-Coops und Naturkostläden

Partner oder Konkurrenz?

Mitglieder von Food-Coops haben sich zusammengefunden, um ihre persönliche Lebensmittelversorgung durch kollektiven Zusammenschluß mit Gleichgesinnten neu zu organisieren. Die Anlässe zur Gründung sind vielfältig. Oft haben sich in Food-Coops Leute zusammengeschlossen, die schon früher politisch aktiv waren.

So sind Food-Coops aus Anti-AKW-Gruppen, der Hausbesetzerbewegung, den Grünen Radlern, Meditationsgruppen, der Uni, der Frauenbewegung, der Dritte-Welt-Arbeit, Nachbarschaftsgruppen und vielen anderen Initiativen hervorgegangen. Dies wirkt sich natürlich auch auf die Arbeit innerhalb der Food-Coops aus. Daß finanzielle Argumente (Naturkost ist in der Coop billiger als im Laden) nicht die einzige Rolle spielen, ja die Organisation ohne Chef und Bezahlung am Feierabend nach der täglichen Arbeit noch besondere Probleme schafft, zeigt, daß es noch andere Gründe gibt, in einer Food-Coop mitzumachen.

Ideelle Ziele

Neben dem „wirtschaftlichen" hat jede Food-Coop auch ihr „ideelles Standbein": Selbstverwaltung ohne Chef, also „wer holt das Brot ab, wer macht die Kasse, wer informiert sich endlich über schadstoffarmes Waschen, warum ist schon wieder das Gemüse schlecht geworden?" etc. Wichtig ist also die Einbeziehung von möglichst vielen Mitgliedern in aktive Auseinandersetzungen und Entscheidungen anstelle von passivem Konsum im Laden. Food-Coops verwirklichen den klassischen Selbsthilfegedanken: freiwillige Eigenarbeit statt bezahlter Fremdarbeit. Auch die feste Bezugsgruppe, die die Vereinzelung beim Kauf im normalen Laden durch Einkauf in der Gruppe aufhebt, ist wichtig. Erst durch diese Plattform ist ein ständiger Erfahrungsaustausch mit Naturkost und damit zusammenhängenden Produkten möglich: „Was machst Du eigentlich mit Hirse" oder: „Weißt Du, wie ich meinen Flur wische? Wasser mit Soda enthärten und dann Schmierseife rein!"

Durch diese langfristige und manchmal mühsame Bildungs- und Überzeugungsarbeit gewinnen Food-Coops langfristig auch viele neue Kunden für die Naturkost. Sie sind aber auch die Basis für die Herausbildung eines aktiven Verbraucherbewußtseins, nicht zuletzt, weil sie finanziell ungebunden und relativ frei von täglichen Existenzsorgen sind.

In Food-Coops finden sich auch oft Verbraucher, die sich, sei es ehrenamtlich oder beruflich, mit einer Vielfalt von Themen beschäftigen wie Ernährung, Kochen, Gesundheit, Qualität, biologische Landwirtschaft, Welternährungssituation, Umweltschutz, Radioaktivität, Waschmittel, Farben, UWS-Papier, Schadstoffanalysen, Erhalt alter Apfelsorten und vieles andere mehr.

Ganz konkret beinhalten die ideellen Ziele einer Food-Coop auch den Wunsch, direkten Kontakt mit Bauern und Verarbeitern zu finden. Dadurch wird die Einsicht in die Lage der Erzeuger gefördert und die wichtige Direktvermarktung durch Abkürzung von Vertriebswegen unterstützt. Das spart Energie, Arbeit und Rohstoffe. Auch in der Coop wird versucht, mit Rohstoffen sparsam umzugehen, also alte Tüten werden wieder mitgebracht, große Gebinde eingekauft, die dann selbst abgefüllt werden.

Konkurrenz?

Die Zeiten, da aus einem übersteigerten Autonomiedenken Läden als Teil des „Systems" abgelehnt wurden, sind sicher vorbei. Auch Food-Coops schätzen die Existenz der Naturkostläden und kaufen dort selbst ein. Auch die Funktion der Läden als alternative Informationszentren (Tschernobyl, Volkszählung!) sowie das von den Ladnern erarbeitete Fachwissen und ihr Ziel, Naturkost „unter die Leute zu bringen", werden hochgeschätzt. Nicht zuletzt durch den sprunghaften Anstieg der Naturkostläden hat der biologische Landbau eine Chance erhalten und konsequente Qualitätskriterien für biologische Waren können durchgesetzt werden. (Bundesverband Naturkost eV).

Wir sollten uns aber auch daran erinnern, daß es Food-Coops seit dem Beginn der Naturkostbewegung gegeben hat, zu einer Zeit, als manche der heutigen Läden noch gar nicht existierten. In einigen Gegenden besaßen Food-Coops eine Art Vorreiterfunktion zur „Öffnung des Marktes". In anderen Fällen gründeten Leute, die selbst Coopler waren nach den gesammelten Erfahrungen ihren eigenen Laden. In Krefeld verhalf eine Verbrauchergemeinschaft dem heutigen Regionalverteiler „Kornkraft" finanziell zur Gründung. In jener frühen Aufbauphase herrschte noch eine viel stärkere Gemeinsamkeit, und politische Zielvorstellungen spielten eine größere Rolle als heute. In der Konkurrenzdiskussion sollten deshalb sowohl Läden als auch Coops die Existenzberechtigung des anderen in seiner spezifischen Herangehensweise respektieren. Bevor die Läden die Coops der Konkurrenz bezichtigen, sollten sie auch einmal überlegen, daß in dieser Wirtschaftsordnung zunächst einmal jeder Laden im Prinzip in Konkurrenz zum nächsten steht. Müssen die umsatzschwachen und unprofessionellen Food-Coops wirklich als leicht greifbare Sündenböcke herhalten, wenn der gewünschte Erfolg im eigenen Laden ausbleibt? Und entsteht Unmut in annähernd gleichem Maße, wenn Großhändler beginnen, Naturkost in den konventionellen Handel zu liefern?

Unterschiedliche Herangehensweise

Abgesehen davon, muß der Konkurrenzvorwurf von einigen Läden an die Coops sehr differenziert beurteilt werden, da beide eine völlig verschiedene Arbeitsweise haben. Food-Coops sprechen zunächst einmal Leute und Bevölkerungsschichten an, die gar keine potentiellen Bioladenkunden sind und die von sich aus alleine nie den Weg in einen Naturkostladen gefunden hätten. Dieser ist ihnen vielleicht zu „exquisit" oder einfach zu ungewohnt, da es doch bei Aldi und Bolle alles gibt, was man braucht, und dazu noch viel billiger. Sollten sich Food-Coops und Läden nicht beide darauf konzentrieren, daß es noch einen riesigen „Markt" zu erschließen gibt und daß die meisten landwirtschaftlichen Flächen noch umgestellt werden müssen? Food-Coops sind ideal für Leute mit viel Zeit und wenig Geld, die oft noch in der Ausbildung stecken; sie gewinnen dadurch in ihrer Funktion als „Durchlauferhitzer" langfristig viele neue Bioladenkunden, deren Einkommen bald groß, die frei verfügbare Zeit aber geschrumpft ist.

Überhaupt sind Food-Coops immer nur für relativ wenige attraktiv, da viele Menschen die eingebauten Hemmschwellen nicht überschreiten wollen: geldliche Einlage, Monatsbeiträge, Mitarbeit, Regelmäßigkeit, sehr eingeschränkte Öffnungszeiten, Intimität und relativ schmales und schwankendes Angebot. Aus diesen Gründen sind die meisten Coops auch ziemlich umsatzschwach.

Manche Leute sind auf ihre Coop angewiesen, so wie die Ladner auf ihren Arbeitsplatz angewiesen sind. Nicht „wo kriege ich mein Öl am billigsten her", sondern „kann ich mir dieses Öl überhaupt leisten" ist für sie die entscheidende Frage. Soll Naturkost nur für Begüterte erschwinglich sein, und die Läden das Monopol auf Naturkost besitzen? Und gibt es nicht so etwas wie ein Recht auf Selbsthilfe?

Andererseits kaufen viele CooplerInnen auch jetzt schon in Naturkostläden (vielleicht mit dem eingesparten Geld?), da eine Food-Coop nie ein sehr spezialisiertes Programm hat oder haben will. Übrigens führen viele Coops im Rahmen ihres Angebotes nicht nur das relativ risikolose Trockensortiment, wie manchmal behauptet wird, sondern auch Gemüse und Milchprodukte.

Die Preise in einer Food-Coop liegen niedriger als im Naturkostladen, doch darf dabei nicht vergessen werden, daß auch Coops Miete, Einrichtung, Verwaltungskosten, Schwund und ein Vorratswarenlager finanzieren müssen. Insofern darf eine Coop auch nicht unmittelbar mit Endverbrauchern gleichgesetzt werden oder mit Extraaufschlägen von Großhändlerseite bestraft werden, zumal sie sich ja auch noch über ihre ideellen Ziele definiert.

Die anfallenden Arbeiten eines Naturkostladens müssen in der Coop genauso erledigt werden, nur werden diese eben nicht mit Geld, sondern in billigeren Waren vergütet, oft in keinem Verhältnis zur geleisteten Arbeit.

„Food Coops zahlen keine Steuern" wird manchmal gesagt. Steuern, mit denen unser Leben noch stärker beeinträchtigt wird oder nur ein Argument in der Konkurrenzdiskussion? Abgesehen davon, daß uns jeder Großhändler natürlich die anfallende Mehrwertsteuer berechnet, glauben wir, daß Food-Coops gesellschaftlich nützliche Arbeit leisten, nicht nur durch Informationsarbeit, sondern auch durch das Lernen, miteinander umzugehen, gemeinsam Dinge auf die Beine zu stellen, Verantwortung zu übernehmen die Konsequenzen des eigenen Handelns zu begreifen.

Food -Coops bieten auch nicht die Sicherheit eines festen Arbeitsplatzes; selbst wenn viele Läden den täglichen Kampf ums Überleben führen, sind sie meist privatwirtschaftlich organisiert, so daß zumindest im Prinzip private finanzielle Gewinne erwirtschaftet werden können. Bei der ganz anderen Organisationsform der Food Coops ist dies nicht der Fall.

Sollte in seltenen Fällen ein Laden nachweislich durch eine benachbarte Coop in seiner Existenz akut und massiv bedroht sein, so wird die betreffende Coop sicher zu einer gemeinsamen Lösung bereit sein.

Aus all den genannten Gründen ist ersichtlich, daß von wirtschaftlicher Konkurrenz zwischen Food-Coops und Naturkostläden so nicht gesprochen werden kann. Notwendig ist vielmehr, daß wir unsere gemeinsamen Ziele erkennen und verwirklichen:

Verbreitung der Naturkostidee, konsequenter Umweltschutz, u.a. durch Förderung der biologischen Landwirtschaft und Schaffung von Absatzmöglichkeiten; Erhaltung kleinbetrieblicher Organisationsformen bei Erzeugern, Verarbeitern und im Handel; Qualität für Leben und Lebensmittel.

Hans Ulrich Paret
(FC Charlottenburg, Berlin)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die Food - Coop - Perspektive

Mit den gewerblichen Naturköstlern

Welche Wege führen weiter?

Unabhängigkeit

Wie seinerzeit für die Arbeitervereine gegenüber den Konsumgenossenschaften, besteht für die Food-Coops der Ausweg, sich unabhängig zu machen. Sie könnten eigene Import- (z.B. Olivenöl), Verarbeitungs- (z.B. Nudeln) und Verteilungswege aufbauen. Der Direktbezug als die große Stärke der Coops könnte intensiviert werden. Auf dem Düsseldorfer FC-Kongreß wurde ein Sichbesinnen auf nicht verarbeitete Grundnahrungsmittel propagiert: „Weg von der Flockenkultur". Doch beide Vorschläge beinhalten hohe Ansprüche, die von den Mitgliedern eingelöst werden müssen. Interne Weiterentwicklung in den Gruppen in Richtung Kontinuität, Verantwortung und Verbindlichkeit – also Professionalität – wären Voraussetzung.

Feindbilder überwinden

Die Polarisierung in „Gewerbliche = ökonomisch" und „Food-Coops = politisch" muß aufgehoben werden. Ein Teil der Probleme ist auf die Verhärtung der Beziehungen zwischen Gewerblichen und Coops zurückzuführen. Diese könnten durch Gespräche auf lokaler Ebene sicherlich angegangen werden. Die auf dem FC-Kongreß beschlossene Gründung von Regionalgruppen kann eine Basis für Gespräche mit den regionalen Gewerblichen sein. Nicht zuletzt ist ein zweiter Food-Coop-Kongreß geplant, auf dem in einem Podiumsgespräch mit Gewerblichen die Möglichkeit bestünde, sich auf „offizieller" Ebene auszutauschen. Vorurteile und Fehleinschätzungen bestehen auf beiden Seiten. Hier: „Wir schaffen Läden ab, Läden sind Geschäftemacher und verkaufen zu überhöhten Preisen", dort: „Food-Coops wollen nur gesund und billig essen, die Naturkostbewegung besteht ausschließlich aus ihren marktwirtschaftlich organisierten Teilen, Food-Coops schaffen keine Arbeitsplätze."

Coopinterne Klärung des Verhältnisses zueinander

Vor anstehenden Kooperationsgesprächen mit den Gewerblichen wird es wichtig sein, eine klare Position zu den kritisierten „Lehrer-Coops" zu entwickeln. Sollen die Coops trotz begrenzten Einflusses die weitestgehende Haltung einnehmen: „Lehrer-Coops sind zu unterstützen. Sie sollen gleichberechtigt beliefert werden, weil sie auch eine Form der Kooperation darstellen, allerdings ohne weitergehende politisch-soziale Ansprüche. Oder soll eine Abgrenzung stattfinden nach dem Motto „nur politische Coops sind richtige Coops?" Auf dem Kongreß waren Lehrer-Coops jedenfalls nicht vertreten.

Organisatorische Lösung

Ein fortgeschrittener Vorschlag wurde nach dem Kongreß von den Düsseldorfern erarbeitet. Mit den Gewerblichen soll folgende Vereinbarung angestrebt werden: Alle Food-Coops, die Mitglied in dem Bundesarbeitskreis sind, werden gleichberechtigt beliefert. Der Arbeitskreis sichert im Gegenzug einen intensiven Kommunikationsprozeß der Food-Coops untereinander zu. Dieser vollzieht sich über persönliche Kontakte, Bundesrundbrief, Kongresse und Regionalgruppen. Der Kommunikationsprozess wird gewährleisten, daß die kritisierten Mitgliedscoops zu einer Kooperation mit Gewerblichen entwicklungsfähig sind. Anspruch und Wirklichkeit hinsichtlich politischer und sozialer Inhalte können so weiterentwickelt werden.

Ein Anfang ist getan: Jede Coop, die Mitglied im Bundesarbeitskreis wird, bekommt nach der mit dem Palaverlag getroffenen Vereinbarung acht Freiexemplare Naturkostzeitschrift „Schrot & Korn" geliefert.

Außenvertretung verbessern

Von Berliner Food-Coops kommt die Forderung, im sich neu organisierenden Bundesverband Naturkost als organisierte Naturkostverbraucher Sitz und Stimme zu erhalten. Auf Kritik und Konflikte könnte so besser reagiert werden. Verbraucherinteressen könnten dort vertreten werden.

Überregionale Strukturen weiterentwickeln

Was noch fehlt, sind Strukturen, die zwischen den Kongressen Entscheidungen und Handlungen ermöglichen, zum Beispiel über die Bestimmung von Bundesdelegierten. Auch ein gemeinsames Agieren mit einem noch zu gründenden Zusammenschluß der Erzeuger - Verbraucher - Gemeinschaften wäre eine schöne Zukunftsperspektive. Vielleicht gibt die in der CONTRASTE-Juni-Ausgabe von Oswald Paulig angesprochene Idee eines genossenschaftlichen Verbundes von traditionellen Konsumgenossenschaften und „neuen Naturkostinitiativen" (Läden, FC, und EVG) entsprechende Impulse. Jedoch müssen hierzu nicht nur – wie auf dem FC-Kongreß geschehen – die absurden Vorurteile der Food-Coops gegen einen aufgeschlossenen Vertreter eines konsumgenossenschaftlichen Revisionsverbandes (es ging um dessen Krawatte!) überwunden werden.

Die augenblickliche Stimmung in der Food-Coop-Bewegung läßt sich so umschreiben: Gesunde Ernüchterung nach der ersten Kongreß-Euphorie.

Die weiteren Aufgaben

FC-Regionalgruppen haben sich nicht überall gebildet. Trotz 800 verschickter Rundbriefe sind bisher nur sechs Mitglieder dem Bundesarbeitskreis beigetreten.

Leider haben die Berliner Aktiven es nicht geschafft, das Food-Coop-Handbuch zu erstellen. Der Naturkost e.V. als bisherige Organisation der gewerblichen Naturköstler, der sich völlig neu bildet, hat nach Bemühungen von uns Berlinern den Food-Coops die Mitgliedschaft angeboten. Unklar ist derzeit, ob Food-Coops als organisierte Naturkostverbraucher auch wirklich zur ersten Sitzung des neu zu bildenden Dachverbandes eingeladen werden. Bisher wurde die Bildung von demokratischen Strukturen der drei Hauptgruppen – Läden, Großhandel und Erzeuger – organisatorisch unterstützt.

Thomas Albrecht
FC Bergmannstraße, Berlin

Informationen:

Bundeskontaktstelle
Anschrift:
Karin König-Tomczak
Blankenauerstr. 1
6424 Grebenhain 9
Tel. (06644) 5 24

Aufgaben:
Bearbeiten oder Weiterleiten von Zuschriften, zentrale Infosammlung, führen der Adressenkartei der Koops, Kontoführung.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt jährlich 60 DM für:
Die Mitgliedschaft im Bundesarbeitskreis, den regelmäßigen Bezug von Rundbriefen, den regelmäßigen Bezug von 8 Exemplaren „Schrot und Korn" für Lebensmittel-Koops (wenn gewünscht, bitte angeben!), entstehende Unkosten durch Bearbeiten der Zuschriften, bei der Koordination, Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung usw. usw.
Die Anschriften der Regionalgruppen können über die Kontaktstelle erfragt werden.

Rundbrief
Er erscheint vierteljährlich. Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 1. August 1987. Redaktionsanschrift für die nächste Ausgabe:
FC Zülpich', c/o Rolf Dreßen, Heimbachstr. 11, 5352 Zülpich-Eppenich
Wer Beiträge hat, schickt sie bitte **druckreif** an die Redaktion (DIN A4, Schreibmaschine, mindestens 3 cm Abstand an allen Seiten, wird anschließend auf DIN A5 verkleinert).
Für Bauern und Gewerbliche besteht die Möglichkeit einer kurzen Selbstdarstellung und eines Angebots.

Infomaterial
Folgendes kann bei der Bundeskontaktstelle (gegen Vorauszahlung durch Scheck oder in kleinen Briefmarken bestellt werden:

Protokolle v. Kongreß '86	3,00 DM
Rundbriefe, die ersten zwei	je 4,50 DM
Examensarbeit:	
Anspruch und Wirklichkeit in FC	14,00 DM
Literaturliste	1,50 DM
Aufbau-Infos aus	
„Energisch Leben" und Koop Laim	1,50 DM
Beispiele für mögliche Coops	2,50 DM

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Eile mit Weile

Kooperation zwischen traditionellen Konsumgenossenschaften und Bioläden?

Michael Wörle

Red. Hamburg Das Interesse des Revisionsverbandes deutscher Konsumgenossenschaften (RdK) an einer Kooperation mit dem Naturkostwarenhandel, das Oswald Paulig in der letzten CONTRASTE bekundet hat, ist begrüßenswert; die Anregung, daß traditionelle Konsumgenossenschaften Flächen an Bioläden untervermieten, ist sicherlich bedenkenswert. Dennoch unterscheiden sich die im RdK organisierten traditionellen Konsumgenossenschaften in ihrer Marktstrategie nicht prinzipiell von anderen großen Unternehmen im Lebensmittelhandel, so daß genau geprüft werden muß, was die gegenseitigen Vorteile einer beidseitigen Kooperation zwischen so **unterschiedlich** großen Partnern sind: eine schleichende Vereinnahmung oder eine dauerhafte, ehrliche Zusammenarbeit.

Paulig selbst weist mit Recht darauf hin, daß eine Kooperation zwischen ungleichen Partnern – den großen und traditionellen Konsumgenossenschaften einerseits und den kleinen, verstreut nebeneinander agierenden Bioläden andererseits – durchaus gefährlich sein kann, auch wenn es sich vielleicht noch nicht um Konkurrenten, sicherlich jedoch um **potentielle** Konkurrenten handelt. Paulig wörtlich: „Diese Interessenüberschneidung schließt eine regelrechte Zusammenarbeit aus."

So weit so gut. Diese realistisch kritischen Bemerkungen, die Vertrauen erzeugen, werden durch die Hintertür jedoch wieder aufgehoben, wenn Paulig im selben Artikel zweierlei vorschlägt:

1. „Ein transparenter Markt für naturbelassene Lebensmittel und nach ökologischen Gesichtspunkten hergestellte Bedarfsgegenstände ist noch nicht vorhanden." Diese Transparenz ließe sich aber z.B. mit einer computergestützten Informationsstelle herstellen.
2. Die Datenbasis für einen wirtschaftlichen Betriebsvergleich im Naturkosthandel ist „bislang zu klein". Dem Revisionsverband kommt es deshalb „darauf an, daß weitere Naturkostunternehmen (neben den im RdK organisierten / Anm. M.W.) bei einem solchen Informationsaustausch mitwirken."

Das allerdings ist ein durchaus zweischneidiges Unterfangen. Zweifellos **können** solche Daten nützlich eingesetzt werden. Und der RdK dürfte bereits über eine entsprechende Sammlung über seine Mitgliedsunternehmen verfügen. Doch entscheidend ist, wer über diese Daten verfügt.

So nützlich die Transparenz des Marktes und die Daten z.B. in Betriebsberatungen eingesetzt werden können, so nützlich können sie auch den potentiellen Konkurrenten der Bioläden sein. Und eines sollte klar sein: Derartige Informationen, die Marktforschern oft nicht ohne weiteres zugänglich sind, bekommen sie mit Leichtigkeit in „Beratungen". Die Naturkostläden sollten deshalb nicht unbedingt restriktiv, aber doch sehr kritisch mit **ihren** Daten umgehen. Bevor eine derartige Kooperation angestrebt wird, müssen zuerst die Voraussetzungen geklärt werden. Denn die Interessensüberschneidung schließt manche Formen der Zusammenarbeit aus – zumindest zwischen ungleichen Partnern, da hat Paulig durchaus recht.

So kritisch also eine derartige Kooperation sich aus der Sicht der Bioläden darstellen könnte, könnte sie nicht unter Umständen für die Verbraucher positiv sein? Wenn dadurch eine flächendeckende Versorgung erreicht würde zu niedrigen Preisen? Wenn dies so zu erreichen ist, dann müßte die politische Beurteilung vielleicht anders aussehen als die Beurteilung aus Sicht der Läden. Denn natürlich sollte die Käuferschicht für Naturkost verbreitert werden, weil durch die Steigerung der Nachfrage auch Schritt für Schritt das Angebot ausgeweitet und immer mehr Bauern die Umstellung ihres Betriebes ermöglicht werden kann. Und dies hätte weitreichende positive ökologische Auswirkungen. Allerdings wird eine **schnelle** Nachfragesteigerung in erster Linie in die Preise gehen, da die Umstellung landwirtschaftlicher Betriebe ihre Zeit braucht. Dies ist ein wichtiger Grund, weshalb eine Kooperation mit traditionellen Konsumgenossenschaften selbst unter den fairsten Bedingungen vorsichtig und langfristig angegangen werden sollte.

Paulig weist darauf hin, daß in großen Städten kaufkräftige Stadtteile mit Bioläden gut versorgt sind, kleinere Orte und Randlagen dagegen nach wie vor „Naturkostwüste" seien. Das ist wohl richtig. Läßt sich das jedoch durch Kooperation mit traditionellen Konsumgenossenschaften ändern?

Auch wenn ein politisches, volkswirtschaftliches und ökologisches Interesse an einer Steigerung der Nachfrage nach Naturkost besteht, so werden die traditionellen Anbieter ihrer einzelwirtschaftlichen Logik zufolge kaum die Rolle des Lückenbüßers spielen wollen und sich Ladenhüter aufhalsen in Regionen, in denen die Nachfrage (vielleicht noch) nicht besteht. Es gibt keine Garantie, daß die traditionellen Konsumgenossenschaften nicht ebenfalls lieber in die guten Lagen drängen und auch nur dort die entsprechenden Sortimentsveränderungen vornehmen, sobald sie ihre „Glaubwürdigkeits- und Bezugsprobleme" gelöst haben. Hierbei wäre die Untervermietung von Verkaufsflächen an Bioläden sicherlich eine gute Zwischenlösung; für beide Seiten?

Über zunehmende Konkurrenz im Naturkosthandel würden sich die Verbraucher vermutlich freuen. Wenn jedoch durch verschärften Wettbewerb und Konzentration die Preise in der Produktion (zulasten der Qualität) gedrückt werden, dann sind wir wieder dort, wo der Bio-Boom seinen Ausgangspunkt hatte, dann bliebe vom Bio-Boom nur der Bio-Schwindel übrig.

Zuerst muß sich die Bioladen-Szene selbst organisieren, bevor an weitergehende Kooperationsmöglichkeiten gedacht werden kann. Ob zum jetzigen Zeitpunkt der RdK ein geeigneter Partner ist, wäre eine Diskussion in CONTRASTE wert.

Die Linke

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Zwischen Tradition und Postmoderne

Peter Hess

Red. Nürnberg. **Über Tradition und Postmoderne in der Geschichte der Linken zu schreiben, stößt auf folgende Widerstände und Gegebenheiten:**

– Die Rest-Linken halten am Konzept der marxistisch-leninistischen Tradition fest und denken nicht im Traume daran, die Grenzen der Stufenleiter-Theorie vom Kapitalismus zum Sozialismus und dann zum Kommunismus zu überschreiten. Ihnen geht es um den hegemonialen Ansatz der Erringung von Macht durch die Klasse in Organisation (Partei), sozialer Struktur und Staat, wie es aus der langen Geschichte der Sozialdemokratie in Europa und in der Sowjetunion gelernt werden kann. Das Scheitern wird den „Führern" und deren „falschen" Ideen und Strategien angelastet, aber durch Fraktions- und Flügel„kämpfe" lassen diese sich ja austauschen.

– Die noch-nicht-Linken wollen die Hoffnung und den Horizont des Sozialismus nicht verlieren und denken, eine neue „Heimat" zu gewinnen, indem konstatiert wird, daß vieles in der Geschichte der sozialen Kämpfe und Revolutionen beschissen lief und **alles** theoretisch und praktisch noch mal abgecheckt werden muß.

Existentielle, subjektive und ‚vernünftige' Transformationsansätze werden das System des Kapitalismus/Imperialismus überwinden helfen, wobei das revolutionäre Subjekt nicht mehr die Arbeiterklasse allein umfaßt, sondern alle, die guten Willens sind, die Lust auf das ‚Neue' haben, sind zur Beteiligung aufzurufen.

– Die Ex-Linken kauen verbittert an der Vergangenheit und finden nicht aus dem dunklen Tunnel des Nichts heraus außer zur Existenzsicherung eines als grau empfundenen Alltags.

SO STEHEN WIR DA...

und machen uns Vorwürfe und konkurrieren um das Erbe der Linken und die Fortführung der Ideen. Es wäre defätistisch zu sagen, es kommt eh nichts raus; diese Haltung macht die nächsten Schritte, ja Hoffnungen und Wege kaputt; das jedenfalls wird ständig behauptet.

Den Pragmatikern und Realpolitikern ist das Ganze viel zu abstrakt und nicht in faßbare Planung der Organisierung gestellt. Den Utopisten und Theoretikern fehlt die Lust auf Geschichte und Begrifflichkeit, was die ständige Wiederholung und der Rückgriff auf die Klassiker zeigt.

Doch wer will schon zugestehen, daß der LINKEN die Inhalte, die politischen Räume und das Zeitgeschehen Zug um Zug abhanden kommen?

Die Linke war und ist der Vergesellschaftung des Politischen und der Verstaatlichung großer Teile von Leben nicht gewachsen, so daß der einstige Entwurf zusehends obsolet wurde. Dieser Entwurf war eine gefestigte Vorstellung von ganz neuer Gesellschaft, allein die Transformation war das Problem.

Den verändernden politischen **Block** aufzustellen und den Massen, dem Volke oder nur den Arbeitern **neue** Bedingungen über **linke** Politik zu schaffen, geriet zusehends in den Strudel des Konflikts Teilnahme an Herrschaft am System und Unterdrückung von Lebenswelt. Der **linke** Politiker wird ebenso integrierend und intrigierend, abwägend und ausgrenzend wie der reaktionäre, wenn's darum geht über die Knappheit der Mittel, sogenannte Sachzwänge und Verteilungen zu bestimmen. Das **politische** Versprechen stand und steht seit jeher im Rufe der Lüge bei den Nicht-Politikern und ‚Klientel'.

Das Fatalste für die Linke jedoch ist, daß ihre Begriffe und Projektionen vom **anderen** in vielfacher Weise übernommen und verschleiert wurden; die Reform, der Umbau, die Veränderung und auch die Verweigerung und Revolution. Die Wiederkehr und Verdrehung macht unsicher.

Über die Linke ein Urteil zu sprechen, wäre falsch; doch es soll ein Konsens über die Unsicherheit und eine (nochmalige) Selbstbesinnung herbeigeführt werden.

Wenn sich die Linke der Idee und dem Prozeß der ‚alten' Kritikpotentiale des Denkens und der Selbstkritik im Handeln der Zeit stellte, wären wir einen Schritt vorwärts und einen halben in der Hilflosigkeit zurück. Das hiesse zum einen, die Niederlagen auch als selbstproduzierte zu betrachten und zum anderen, die ständige Rekonstruktion der kaptitalistischen Gesellschaft durch **alle** ihre Agenten zu begreifen.

Die Niederlagen entstanden durch die Kontinuität der politischen Ökonomie des Kapitals, durch das Gewaltmonopol des bürgerlichen Staates (incl. Beteiligung des ‚linken' Teils) und dann erst durch die Kraft des sog. reaktionären Gegners, aber auch durch Spaltung, Berührungsangst und ‚Kämpfe' innerhalb der Linken. Hier liegen die Gründe dafür, daß sich kaum jemand mehr die Frage nach der Gesellschaft ‚jenseits des Kapitalismus' stellt.

Plakat der Gruppe „plakat" von Jürgen Holtfreter zum Vietnam-Krieg

SCHEISS GESELLSCHAFT

Die politische Ökonomie des Kapitals und das sozialstaatliche Fundament bleiben konstant in (Wert-) Gesetzen, Leistungskonkurrenz und Herrschaftsansprüchen von Menschen verhaftet, so daß die Ausbruchsversuche bisher entweder in ‚revolutionären' Lagern stattfanden, oder im reformistischen Integrieren und Kooperieren ihr Dasein fanden. **Kollektivität** des revolutionären Subjekts schwankte immer zur Individualität und Existenz des **Einzelnen** über, der nichts als einen alltäglichen Überlebenskampf führt. Oder sie wurde zur Bürokratie und Organisation des Machtanspruches. Die ‚Heimat', wie sie Ernst Bloch (als Zukunft) beschreibt, ist gesellschaftlich nicht erreicht worden.

Der Sozialstaat – in heutiger Tendenz Sicherheits- und Atomstaat – ist Resultat des Zusammenstoßes der Aufbauideologie mit der Studentenbewegung der 60er/70er Jahre, da ‚Verbesserungen' in Technologie, Lebenswelt, Bildung und sog. Fortschritt gefordert und versprochen wurden.

Nach dem Prinzip 'Teile und Herrsche' wurden Staatsinstitutionen und Wirtschaftsorganisation ‚geöffnet', wobei ein bürgerliches Sozialverhalten, also konkurrierender Druck Voraussetzung für die ‚Teilnahme' war und ist. Dies durchzieht die auf soziale Demokratie pochende Arbeiterbewegung der Gewerkschaften genauso, wie es die Anfänge von **eigener** Geschichte der ökologisch-sozialen Alternativbewegung nach einigen Jahren andeutet.

Karl Marx ist im Kopf, und Max Weber, Systemtheorie und Positivismus bestimmen das Handeln!

Die ganz schlauen Linken beziehen sich politisch und gesellschaftstheoretisch auf Feinheiten der französischen Soziologie und Existenzphilosophie. Hier wird das **Besondere**, der feine Unterschied, die Einzelheit analysiert und das **Ganze** in den Hauch von Zynismus und Polemik gesteckt. Die Katastrophen in der Umwelt und die Krisen im Sozialen – ohne Ausweg – lassen es auch zu, ohne Wenn und Aber, Politik zu kritisieren, wenngleich dabei auch auf die Verweigerung von (Handlungs-) Alternative gepocht werden muß.

Der Abschied vom Proletariat (Gorz) und das sowjetische Gulag-System (Glucksmann) sind als Pfeiler der Argumentation von Frankreich auf die BRD-Linke mangels Gegenbeweisen mehr oder weniger konstante Größen geblieben.

Mit der historischen und gesellschaftlichen Analyse tut sich die Linke inzwischen recht schwer. Denn hier ist eine Vielfalt und Komplexität von Argumenten nötig, die es anstrengend macht, den Gang des ‚wissenschaftlichen Sozialismus' durchzuziehen. Vor allem benötigt dies – wie bei Marx – **Zeit** und die hat Mensch in der Postmoderne nicht mehr, es sei denn in der Verausgabung seiner Arbeitskraft als Wissenschaftler oder Berufsrevolutionär. Doch diese ‚linken' Menschen bilden inzwischen solche Clans und Zirkel – mit gegenseitiger Absicherung – daß der Verdacht aufkommt, es handle sich wieder' um einen Elfenbeinturm, welcher einst durch die Studentenbewegung – seines Muffs wegen – gestürzt werden sollte.

Was bleibt, ist deshalb auch im ‚linken' Denken eine Partikularisierung und Rationalisierung, welche dem eigentlichen Vorhaben der Tradition der Sozialisten/Kommunisten widersprechen, aber durch den Zeitgeist und die Schnelligkeit der Moderne gefördert wurden. Die schaffte Systeme, Teile und Subsysteme, welche entsprechend funktionieren und zusammengesetzt werden können, indem die Leute – jenseits von Klassen – auf sie ‚aufpassen'.

Die Konsequenz für die Linke ist, sich auf diese Spezialisten als ‚Gegen'-Spezialisten einzulassen. Also nicht die gesamte Bewußtseins- und Gesellschaftsveränderung ist angesagt, sondern die Erreichung von Fragmenten, was auch die ständige Hinwendung zu speziellen Ein/zwei-Punkte-Projekten der ‚Szene' beweist.

Dabei zeichnet die Restlinke sich besonders durch den Kampagnen-Sozialismus aus, welcher seit Jahren seine – teils sauerbiergesichtigen – Urstände feiert.

Die Interventionschance der Linken nimmt mit der Kompetenz zu, mit der die Masse von Menschen im Kopf UND Herz erreicht wird.

AUTONOMIE

Klassenkampf mit der Folge einer sozialen Revolution deutet sich nicht an, könnte aber bei einer neu zusammengesetzten Gesellschaft eine Kategorie sein, die auch neu zu bestimmen wäre. Denn Integration und soziale Sicherheit sind mit den einstigen Versprechen der modernen Aufbauer nach dem Faschismus nur für eine gute Mehrheit tauglich.

Die politische Zukunft zeigt einen Wandel durch das Zunehmen des Potentials der Grünen, die Instabilität der Sozialdemokratie und die Vergrößerung der „Ränder", welche entweder an Tradition sich klammern wollen oder politische Eigenständigkeiten andeuten, welche noch nicht bestimmt sind.

Die Erfahrungen der „Bewegungen" zeigen, daß sie am stärksten „wirkten", als sie autonome Formen hatten, in denen es nicht nach üblicher Hierarchie und Kleinkrämerei des „Organisierens" zuging, sondern Inhalt und Praxis (z.B. Basisgruppen an Hochschulen, Selbstverwaltete Betriebe und Initiativen) zunächst übereinstimmten. Dieses wird immer wieder „eingeholt", da die soziale Struktur, die Langfristigkeit und die Differenzen zwischen den Subjekten zuwenig bedacht werden.

Die „schmutzigen" rebellierenden Gegenbilder und -lebenswelten waren die besten Waffen gegen puritanische, bürokratische und sinnfeindliche Institutionen. Doch allein daraus – u.a. als Minderheit – kann die Kraft für eine Befreiungspraxis nicht genommen werden. Andererseits ist, wie gesagt, die Belebung der Klassenkampftradition nicht Garant zur Sprengung des kapitalistischen Rahmens und zudem illusionär.

Die, die sich nicht nur auf Tradition und auf die „modische" Postmoderne beziehen, müssen wieder einmal die Betonung auf Antizipation und Phantasie legen, die über eine „wissenschaftliche" Verpflichtung und pragmatische Reformerhaltung hinausgehen. Diese Art von Autonomie besteht eher aus rebellierender Subjektivität und produzierender Destruktion als aus missionarischem Eifer oder der Haltung von Politkommissaren.

Arbeit mit alleinerziehenden Frauen aus sozialen Brennpunkten

Durch einen Partner zurück in »geordnete« Verhältnisse?

Red. Heidelberg Vor zweieinhalb Jahren haben sich alleinerziehende Frauen durch ihre ähnlichen persönlichen Schicksale mit Hilfe der Initiative von zwei Sozialarbeiterinnen des Gemeinwesenprojektes „Stadtteilbüro Malstatt" in Saarbrücken zur Gruppe zusammengefunden. Das Angebot zielte zuerst einmal darauf ab, die Isolation zu durchbrechen, Gleichgesinnte zu finden und unter Gleichgesinnten ernstgenommen zu werden. Im Mittelpunkt der Arbeit standen die Bewältigung ihres Lebens ohne Mann, das Alleinerziehen und das Zurechtkommen mit der Sozialhilfe. Es war auch ein Angebot zur Beratung und zur Entlastung ihrer vielfachen Pflichten und Schwierigkeiten mit Sozialhilfe, Kindererziehung und psychischen Problemen.

In diesem Beitrag schildere ich meine Erfahrungen, die ich in über zweijähriger Arbeit in der Gruppe „Alleinerziehende Frauen und ihre Kinder" gesammelt habe. Weiterhin beziehe ich mich auf während der 2. Frauentagung der LAG (Herbst 85) in der Arbeitsgruppe „Benachteiligung alleinerziehender Frauen" entstandene Ergebnisse, die Erfahrungen und Lebenssituationen der Frauen aus verschiedenen Brennpunkten widerspiegeln.

Ich möchte versuchen, auf einige der Schwierigkeiten einzugehen, die die Frauen im Verlauf der Gruppenarbeit immer wieder zur Sprache brachten. Es reicht mir dabei nicht aus, allein die Schwierigkeiten zu beschreiben, auch Reaktionen der Frauen auf ihre Lebenssituation: Resignation, Ängste, Empörung und Hoffnungen sowie individuelle oder gemeinsame Bewältigungsstrategien möchte ich verdeutlichen.

In Abhängigkeit von Sozialhilfe leben

Beim Durchschauen meiner Unterlagen der Gruppenarbeit fand ich einen Fragebogen zur Situation alleinerziehender Mütter. Eine Frage lautete: „Was finde ich an meiner Situation besonders belastend?", und als Antwort stand da: „Daß ich Sozialhilfeempfängerin bin."

Alle alleinerziehenden Frauen, die ich im Brennpunkt kennengelernt habe, ob geschiedene oder ledige Mütter, sind teilweise oder gänzlich von Sozialhilfe abhängig. Unterhaltszahlungen sind niedrig oder werden nicht bezogen. Keine der Frauen übt einen Beruf aus, der ihr finanzielle Unabhängigkeit bringt.[1] Oft haben die Frauen keinen Schulabschluß, nur sehr wenige haben eine Ausbildung absolviert, viele wurden durch frühe Heirat und die Notwendigkeit der Kindererziehung daran gehindert oder hielten eine Ausbildung gar nicht für nötig. Einige der Frauen haben zwar einen Beruf gerlernt (z.B. Köchin), durch eine lange Familienphase ist ihnen der Wiedereinstieg jedoch unmöglich geworden. Für sie bestehen keine Ansprüche auf Leistungen des Arbeitsamtes wie Umschulung oder Fortbildung. Was bleibt, sind Putzjobs. Die schlechte Ausbildungssituation und die ebenso schlechte Arbeitsmarktlage bieten diesen Frauen lediglich miserabel bezahlte Hilfsarbeiten ohne Sozialversicherung. So sind viele in solchen ungeschützten Arbeitsverhältnissen, hauptsächlich als Putzfrau, stundenweise beschäftigt.[2] Für die alleinerziehenden Frauen mit Kleinkindern kommt das Problem der Unterbringung der Kinder erschwerend hinzu. Sogar stundenweise Arbeiten sind aufgrund fehlender Kindergartenplätze oder langer Wartezeiten unmöglich. Eine ganztägige Beschäftigung kommt wegen der ungünstigen Öffnungszeiten erst recht nicht in Frage.[1] Diese Bedingungen lassen den Frauen kaum Spielraum, auf eine berufliche Perspektive zu hoffen. Sie sind meist über Jahre hinweg auf öffentliche Unterstützung angewiesen. Ähnlich betroffen sind Frauen mit größeren Kindern, die eine Arbeit gefunden haben. Sie sind außerdem ständig gehetzt in ihrer alleinigen Verantwortung für Arbeit, Haushalt und Erziehung. Finanzielle Unabhängigkeit jedoch bringen ihre Jobs ihnen nicht.

Mit der Armut haushalten

Die existenzminimale Versorgung durch die Sozialhilfe bedeutet nicht allein Abhängigkeit, sondern ständigen Verzicht und große Einschränkungen für die Frauen, wie auch für die Kinder. Die Auszahlungspraxis der öffentlichen Hilfen macht den Frauen eine vernünftige und wirtschaftliche Planung der Finanzen schwer: Sie erhalten die Hilfe zum Lebensunterhalt einmal im Monat, Kindergeld alle zwei Monate und Beihilfen der Sozialhilfe (z.B. Kleidergeld) zweimal im Jahr. Durch Ratenkäufe bei Katalogfirmen versuchen einige Frauen, ihre finanziellen Mittel einzuteilen, zu strecken.[1] Ich möchte nicht leugnen, daß die Frauen sich hier auch verkalkulieren und das Geld am Monatsende dann nicht mehr reicht, Rückgriffe auf Verwandte notwendig werden. Doch denke ich nicht, daß dies auf ein unvermögen der Frauen, nicht mit Geld umgehen zu können, zurückzuführen ist. Es ist schwer, mit verschiedenen Geldquellen umzugehen und eine Leistung, mit existenzminimalen Mitteln auch noch sparsam zu haushalten. Für „Extras" reicht die Sozialhilfe in keinem Fall. Sie können nur durch „Dazuverdienste", z.B. durch Putzarbeiten, realisiert werden. Damit sich diese Arbeit lohnt, wird der Verdienst beim Sozialamt verschwiegen, wird so bei der Berechnung der Sozialhilfe nicht angerechnet. Einige Frauen bessern dadurch ihre Haushaltskasse auf, nehmen aber gleichzeitig in Kauf, dann in ständiger Angst zu leben.[3]

Öffentliche Kontrolle des Privatbereiches

Überhaupt spielen die Einhaltung von Vorschriften, Regelungen und Angst im Umgang mit Kontrolle in vielen Lebensbereichen der Frauen in ihrer Stellung als Sozialhilfeempfängerinnen eine große Rolle. Für die alleinerziehenden Frauen reichen diese Erfahrungen bis über die Grenzen der Intimsphäre. Aus ihren Erzählungen erfuhr ich, daß Kontrollen des Privatbereiches keine Einzelfälle sind, wie beschämend und entwürdigend die Hausbesuche der Mitarbeiter der Behörde empfunden werden.[3]

Sogar vor der Befragung der Nachbarn wird nicht zurückgeschreckt. Ich möchte hier das Beispiel von Frau B. schildern: Bei einem Haus (Kontroll)-Besuch schloß ein Beamter des Sozialamtes aus der Tatsache, daß ein Paar Herrenschuhe in der Diele standen, daß sich der Freund von Frau B. doch wohl nicht nur vorübergehend bei ihr aufhalte, sondern bei ihr wohne. Mit Details mußte sich Frau B. rechtfertigen, den Beweis erbringen, daß sie nicht mit ihrem Freund zusammenlebte. Von Bedeutung war dies für die Berechnung der Höhe der Sozialhilfe: Lebt Frau B. allein mit ihren Kindern, gilt sie als Haushaltsvorstand, würde sie erneut mit ihrem Partner zusammenleben, würde sie als Haushaltsangehörige gesehen, erhielte dementsprechend einen niedrigeren Regelsatz. Auch die Berechnung weiterer Leistungen würde sich zu ihren Ungunsten verändern. Durch diese Praxis wird die doppelte Benachteiligung alleinerziehender Frauen sichtbar; zum einen durch den Eingriff in die Intimsphäre, zum anderen durch die Schaffung neuer Abhängigkeit, in diesem Fall vom neuen Partner. So schlimm von den Frauen ihre Abhängigkeit vom Sozialamt empfunden wird, habe ich doch festgestellt, daß einige Frauen auch einen gewissen Vorteil darin sehen. Die Sozialhilfe ermöglicht ihnen, unabhängig von einer Person zu sein. Die Abhängigkeit vom Amt scheint ihnen immer noch besser, als die Abhängigkeit vom neuen Partner und vor allem vom ehemaligen Partner, mit dem sie oft in keiner oder in sehr konfliktreicher Beziehung stehen.

„Ohne Mann wird frau nicht für voll genommen"

Kontrolle erfolgt nicht allein durch das Sozialamt, auch Jugendamt und soziales Umfeld schließen sich an. Vermittelt die vollständige Familie die Vorstellung von geordneten Verhältnissen, so scheint der Verlust des Ehemannes und Vaters automatisch zur An-

Fortsetzung nächste Seite

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Anzeige

Klartext

Stichwort Selbsthilfe

Die Defizite sozialer Reformen und aktuellen sozialpolitischen Handelns machen deutlich: Unsere Gesellschaft hätte allen Grund, sich als Selbsthilfegesellschaft zu verstehen. Aktive Menschen vertrauen nicht länger auf den Sozialstaat, viele setzen sich zusammen, unterhalten sich über ihre Lebenssituation und darüber, wie man sie verändern kann. Immer häufiger schließen sie sich zusammen: Eine Selbsthilfegruppe wird gegründet. Gleichermaßen Betroffene versuchen, ihre Lebens- und Arbeitswelt menschenwürdiger zu gestalten und gemeinsam kulturelle Bedürfnisse zu befriedigen; Behinderte und Kranke, Benachteiligte und Diskriminierte kämpfen um ihr Recht. Die Bücher dieser Reihe zum Thema „Selbsthilfe" liefern Diskussionen zur aktuellen Sozialpolitik und zu den Perspektiven des Sozialstaates. Gleichzeitig geben sie anhand von Dokumentationen, Analysen, Reportagen und Praxisberichten fundamentale Einblicke in die Theorie und Praxis von Selbsthilfegruppen und -projekten.

Achim Weller
Politik durch Arbeit
Leitfaden zur Gründung von Selbsthilfeprojekten
ca. 120 S., ca. 14,80 DM
ISBN 3-88474-416-X

Fritz Vilmar / Brigitte Runge
Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft?
Gesamtüberblick, politische Theorie und Handlungsvorschläge mit einem Vorwort von Horst Eberhard Richter
360 S., 22,– DM
ISBN 3-88474-415-1

ISSAB (Hg.)
Zwischen Sozialstaat und Selbsthilfe
Stadtteilbezogene Sozialarbeit als Prinzip
ca. 140 S., ca. 14,80 DM
ISBN 3-88474-430-5

Klartext-Verlag Viehofer Platz 1 4300 Essen 1 Tel.: 0201 / 23 45 38

Anzeige

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fortsetzung von Seite 17

zweiflung der Erziehungskompetenzen der jetzt alleinerziehenden Mutter, sogar zu Eingriffen zu berechtigen.[4] Auf der Frauentagung wurde diese Tatsache von den alleinerziehenden Frauen scharf kritisiert. Sie hatten häufig auch vor der Scheidung die alleinige Verantwortung der Kindererziehung. Diese These fand volle Unterstützung bei den anwesenden „Familienfrauen", von denen viele die Aufgabe der Kindererziehung alleine bewältigen müssen, da die Ehemänner sich vor dieser Verantwortung drücken. Sie erklärten sich in diesem Punkt solidarisch mit den alleinerziehenden Frauen, sie wissen um ihre Benachteiligung, oft leben sie in dem Gefühl, daß auch sie ihre Kinder „vaterlos" erziehen. Trotzdem erlebt die jetzt unvollständige Familie einen beachtlichen Statusverlust. „Man (frau) wird nicht so geachtet wie eine vollständige Familie, erfährt manchmal Ablehnung", beklagen sich die alleinerziehenden Frauen. Kleinste Abweichungen von der Norm erwecken Neugier und Mißtrauen, rufen Einmischungen und Bevormundungen hervor, die Entmündigungen gleichkommen. In der Gruppe begannen die Frauen unter „gleichen" über diese Erlebnisse zu erzählen, jede hatte in dieser Hinsicht mitunter einiges an Negativem einstecken müssen, das Gefühl erlebt, nicht für voll genommen zu werden. Es verwundert nicht, daß diese Schwierigkeiten die Frauen in ihrer Kompetenz verunsichert haben, daß sie auch unter Gefühlen der Unfähigkeit leiden. Die schwierige Lebenssituation wird dann oft auf persönliches Versagen zurückgeführt und nicht mehr im Kontext der gesellschaftlichen Bedingungen gesehen.[4] Einige der Frauen gehen die Situation an, indem sie persönliche Bedürfnisse reduzieren. Statt nach außen zu gehen und zu versuchen, die Situation aktiv mitzugestalten, bewirkt die persönliche Schuldzuweisung wiederum eine Schwächung des eigenen Selbstwertgefühls. Die Gefahr ist groß, daß die Frauen das negative Fremdbild übernehmen, indem sie mit Schuldgefühlen, Rückzug oder übertriebener Anpassung, um nicht aufzufallen, reagieren. Sie erhärten so die Vorurteile.

Rückzug auf das Kind als Lösung?

Im Extremfall kann das Zusammenleben mit dem Kind zur einzigen positiven Lebenserfahrung, sogar zum einzigen Lebensinhalt werden.[4] Ich hatte oft das Gefühl, daß viele der Frauen ihre Motivation und ihre Stärke, sich immer wieder den mannigfachen Problemen zu stellen, durch die Konzentration auf ihr Kind beziehen. Die innige Beziehung zu dem Kind kann helfen, über die schmerzlichen Erfahrungen der Trennung hinwegzutrösten. Das Problem entsteht dort, wo die Kompensationsfunktion der Mutter-Kind-Beziehung überlastet wird, nämlich dann, wenn das Kind einen Lebenspartner erziehen muß, wenn die gesamte Identität daraus bezogen wird, die Lebensplanung nur noch auf das Zusammenleben mit dem Kind fixiert ist. Die Frauen der Alleinerziehenden Gruppe sind sich ihrer Verantwortung bewußt, sie fühlen sich jedoch oft überfordert und äußern ihre Unsicherheit und Angst vor „falscher Erziehung": „Ich will, daß mein Kind nichts vermißt, deshalb bin ich oft so nachgiebig". „Ich habe mein Kind zu sehr an mich gebunden und umgekehrt."

Ich glaube, daß die Schwierigkeiten der Frauen nicht so sehr in dem Alleineerziehen liegen, sondern durch die fehlende gesellschaftliche Unterstützung verstärkt werden, denn Konflikte in der Kindererziehung gibt es in fast jeder Familie.[4]

Betrachte ich die unbefriedigenden Lebenszusammenhänge der Frauen, wird sichtbar, daß Tendezen zur Klammerbeziehung bei den Frauen besonders ausgeprägt waren, die sehr wenige andere Betätigungsfelder hatten. Fehlende Alternativen, sich zu bewähren, z.B. durch eine sinnvolle Berufstätigkeit, stehen in engem Zusammenhang mit dem Rückgriff auf das Kind. Es liegt nahe, daß die Frauen dann ihre Befriedigung aus dem Selbstverständnis in der Aufgabe als Mutter beziehen.[5]

Die alleinerziehenden Frauen haben sehr hohe Ansprüche an ihre Rolle als Mutter, sie fühlen sich daher auch oft überfordert, die Aufgaben der Erziehung so zu erfüllen, wie sie es sich wünschen. Das Gefühl, mit schuld zu sein, dem Kind den Vater genommen zu haben, verstärkt den Druck, eine ideale Mutter zu sein.

Mir scheint, daß sie sogar manchmal versuchen, den Vater zu ersetzen, was ihnen natürlich nicht gelingen kann. Der Leidensdruck vieler Frauen wird groß, wenn sie das Gefühl haben, ihre eigene Persönlichkeit dem Kind zuliebe opfern zu müssen. Der Wunsch, sich eigene, interessante Lebensbereiche aufzubauen oder eine neue Partnerschaft einzugehen, verursacht in ihnen das schlechte Gewissen, eine „Rabenmutter" zu sein. Für die alleinerziehende Frau, die sich das Recht auf eine eigene Identität als Frau zugesteht, bleibt die Umsetzung schwierig. Durch das Kind ist sie zuhause angebunden. Es verkörpert das Hindernis, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen oder einen Beruf ergreifen zu können.[4] Ich erinnere mich, daß die alleinerziehende U. einmal erklärte: „.... nicht das Kind alleine groß zu ziehen ist die eigentliche Schwierigkeit, sondern die mangelhafte gesellschaftliche Unterstützung". Sie sprach damit die unzureichenden Angebote der öffentlichen Kinderbetreuung an, ihre beschränkte finanzielle Unterstützung durch die Sozialhilfe, die Perspektivlosigkeit für sie auf dem Arbeitsmarkt, den Teufelskreislauf der Abhängigkeit. „Und dann soll man gute Miene machen, obwohl es einem schlecht geht."

Viele Frauen ziehen sich in den Privatbereich zurück. Es gibt viele Gründe: die finanziellen Ressourcen sind knapp, das Selbstwertgefühl oft angeknackst; Schamgefühle, sich nicht selbst versorgen zu können. Sie versuchen so auch Unterstellungen zu entgehen, die sie erlebt haben, vor allem der Beschuldigung zu schmarotzen.[4] Sie spüren auch, daß Hausarbeit und Kindererziehung gesellschaftlich eine geringe Bewertung erfahren, irgendwann glauben sie sogar selbst, daß sie nichts leisten.

„Durch einen Partner zurück in „geordnete" Verhältnisse?

Nach einer Trennung oder Scheidung müssen die Frauen auch erleben, daß frühere Freunde auf Distanz gehen, daß sie als Alleinerziehende von vollständigen Familien gemieden werden, da sie einer intakten Ehe gefährlich werden könnten. Als geschiedene Frauen werden sie diskriminiert.[4]

Auf der Frauentagung erzählte Frau N., wie sie mit Argwohn von den Nachbarn betrachtet wurde. Ging sie oft aus, bekam sie den Vorwurf, die Kinder zu vernachlässigen; ging sie nicht weg, gab es auch Gerede, ob vielleicht etwas nicht stimme.[4] Da mit einem Ehemann oft die Vorstellung von geordneten Verhältnissen verbunden wird,[4] geraten einige alleinerziehende Frauen unter den Druck, „Einen" finden zu müssen. In Diskussionen über Partnerschaft wurde mir deutlich, daß den Frauen teilweise das Wiederfinden eines Ehepartners als Lösung all ihrer Probleme erscheint. Mit der Vorstellung vom Idealpartner verbinden sie wirtschaftliche Verbesserung, Unterstützung bei der Kindererziehung, Erfüllung ihrer Anlehnungs- und Sicherheitsbedürfnisse, Aufwertung ihres sozialen Status. Der Wunsch dieser Frauen nach einer neuen Partnerschaft macht zum einen deutlich, daß es ihnen gelungen ist, die schmerzlichen Erfahrungen der Ehe und Trennung (fast alle der mir bekannten Frauen haben Selbstmordversuche hinter sich) zu verarbeiten. Sich zuzutrauen, eine neue Beziehung einzugehen, ist ein wichtiger Schritt für die Frauen. Gleichzeitig kommt jedoch zum Ausdruck, daß sie wenig Hoffnungen haben, aus eigener Kraft selbständig zu werden. Mit der Perspektive eines neuen Versorgers nehmen sie in Kauf, sich von der einen Abhängigkeit in die nächste zu begeben. Der andere Teil der Frauen scheut davor zurück, sich wieder (schnell) zu binden. Sie haben die guten Seiten der Trennung erkannt und genießen das Gefühl, es auch alleine geschafft zu haben. Sie sind stolz darauf, größere Selbständigkeit gewonnen zu haben, die ständigen, oft gewalttätigen Auseinandersetzungen sich und ihren Kindern zu ersparen.[4] Sie haben sich zum Ziel gesetzt, ihr Leben eigenverantwortlich zu planen. Sie wollen die Ohnmacht überwinden, nicht länger abhängig sein und die hinteren Plätze belegen. Sie haben begonnen, sich gegen die gesellschaftliche Unterdrückung und Benachteiligung zu wehren.

Entwicklung

Nach anfänglichen Schwierigkeiten, Frauen zum Besuch der Gruppe zu aktivieren (vielleicht; weil so ein Angebot annehmen heißt, sich einzugestehen, es „nötig" zu haben oder auch weil eine Sozialarbeiterin Mitarbeiterin des Jugendamtes war), war die Gruppe recht schnell geschlossen. Für neue Frauen war der Einstieg nur schwer oder gar nicht mehr möglich. Die Gruppe gab den Frauen Raum, sich mit anderen zu vergleichen, auch Schuld- und Minderwertigkeitsgefühle zu äußern. Durch gemeinsame Erfahrungen, Aktivitäten und gegenseitige Unterstützung haben die alleinerziehenden Frauen ihr Selbstbewußtsein und ihre Fähigkeiten erweitert. Ihre Aktivitäten blieben nicht nur innerhalb der Gruppe. Nach und nach nahmen sie an Stadtteilaktionen teil, schlossen Kontakte mit anderen Frauengruppen innerhalb der LAG, beteiligten sich an Frauentagungen und öffentlichkeitswirksamen politischen Aktionen, z.B. an der Aktion Muttertag in Bonn, an Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag. Es war ein bedeutsamer Schritt, nicht an der eigenen Betroffenheit und allein an der Verbesserung der persönlichen Situation stehen zu bleiben, sondern nach außen zu gehen, sich mit anderen Frauen zu verbünden und gemeinsam für die Aufhebung der gesellschaftlichen Benachteiligung der Frau einzutreten. Sie sind Teil der Frauenbewegung geworden.

Carmen Jochum

Carmen Jochum, 1959, Diplom-Sozialarbeiterin; Sozial-Pädagogin. Zur Zeit beschäftigt im Projekt: „Berufliche und politische Bildung für Frauen" bei der LAG Saar e.V., Mainzer Str. 131, 6600 Saarbrücken. Weiterhin eine 2 1/2-jährige Gruppenarbeit mit alleinerziehenden Frauen aus sozialen Brennpunkten.

Literatur:

1 „Wer sind wir – wir sind wer!" Frauen aus sozialen Brennpunkten stellen sich vor. LAG Saar e.V., Leitstelle zur Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau. Saarbrücken 1985.
2 Informationen für die Frau, „Für eine gerechte Teilhabe von Frauen an der Erwerbsarbeit" Deutscher Frauenrat, Bonn 7-8/86
3 Jakob, Gisela „Versorgung und Kontrolle – Lebenspraxen alleinerziehender Frauen in der Abhängigkeit vom Sozialamt". Diplomarbeit, Philipps-Universität. Marburg, Fachbereich Erziehungswissenschaften, Marburg 1984
4 Jaeckel, Monika „Wer wenn nicht wir" Zur Spaltung von Frauen in der Sozialarbeit – Eine Streitschrift für Mütter, Verlag Frauenoffensive, München 1980
5 Pietsch/Winkler „Kinder gehören dazu" Eine Untersuchung über das Kinderkriegen und den Kinderwunsch von Frauen in sozialen Brennpunkten. FH Frankfurt/Main, Fachbereich Sozialarbeit, Frankfurt 1985

KOFRA

DOKUMENTATION

Kongress zur autonomen -Politik,
selbstbestimmten Arbeit und Ausweitung von Frauenräumen

24. – 26. Okt. '86
Zeche Carl(a)
Homannstraße 10
Essen 12

mit Infobörse für Frauenprojekte und Kunsthandwerkerinnenmarkt

Liebe Frauen,
nun endlich ist die Dokumentation zum Kongreß des „Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V." vom 24.-26. Oktober 1986 in Essen: **„Zur autonomen Frauenpolitik, selbstbestimmte Arbeit und Ausweitung von Frauenräumen"** fertiggestellt.
Bei Übersendung von 3,- DM in Form von Fünfzigpfennigbriefmarken oder bei Überweisung auf das Konto: Stadtsparkasse, Ktnr. 98 14 63, BLZ 701 500 00 – Kofra, mit genauer Adressenangabe, erhaltet Ihr die Dokumentation prompt.
Bestellung über Kofra, Baldestr. 8, 8000 München 5

AG SPAK

GEMEIN WESEN ARBEIT

Neu

Hg.: Rösgen / Neumeier / Hillenbrand / Luner
FRAUEN
Gemeinwesenarbeit Jahrbuch 4
ISBN 3-923 126-45-X
ca. 250 Seiten
ca. DM 24,–

Erstmals erscheint ein zusammenhängendes Buch über Frauen und Gemeinwesenarbeit! Angefangen bei der Ausbildung von Sozialarbeiterinnen (die überwiegend immer noch von Männern nach ihrer Norm praktiziert wird), über die konkreten Probleme im Gemeinwesen (wie leben und wohnen Brennpunktfrauen? Wie arbeiten Sozialarbeiterinnen? etc.), bis zur theoretischen Aufarbeitung von Methoden und Zielen der Bildungsarbeit. Frauen schreiben konkret und persönlich über ihre Arbeitserfahrungen, ihre Einschätzung erprobter Methoden, ihre Sicht politischer Hintergründe etc. und befassen sich mit den Fragen:
– Wie weiter mit der Frauenarbeit?
– Was hat GWA mit der Frauenbewegung zu tun?
– Liegt die Zukunft der GWA in Arbeitsprojekten?
Das Buch will Mut machen, Anregungen geben, Erkenntnisse vermitteln, zum Nachdenken bewegen, zum Handeln auffordern

Hrsg.: Hillenbrand, Luner, Oelschlägel
JAHRBUCH GEMEINWESENARBEIT 3
Stadt- und Regionalplanung
338 Seiten
M 71 – DM 24,–

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise stellt die Zukunft ganzer Regionen in Frage und damit die Existenzgrundlage ihrer Bewohner. Die Notwendigkeit einer an den Bedürfnissen orientierten Stadt- und Regionalplanung lassen Konzepte der Selbsthilfe, genossenschaftliche Organisation u.a. bereits heute überlebensnotwendig werden und geben der Gemeinwesenarbeit einen neuen Stellenwert. Der Band beleuchtet die praktischen Voraussetzungen für Gemeinwesenarbeiter, die sich heute mit Planungsvorhaben auseinandersetzen von den verschiedensten Seiten her.

Hrsg.: Hillenbrand, Luner, Oelschlägel
JAHRBUCH GEMEINWESENARBEIT 2
Neue soziale Bewegungen
265 Seiten
M 65 – DM 22,–

Die neuen sozialen Bewegungen haben neue Qualitäten in ihren Selbsthilfeansätzen entwickelt. Das Buch setzt sich mit diesen Ansätzen auseinander und verdeutlicht ihre Wichtigkeit für die Gemeinwesenarbeit

AG SPAK
Kistlerstr. 1, 8000 München 90

Stellenmarkt

Jobs

Weiß von ZDL-Stelle im Raum HD. Handwerker/Installateur 0761/381550 Ute/Gerhard Mo-Fr/ Beginn 1.7.

Zum Aufbau eines Selbstverwalteten Betriebes suchen wir für den Elektronikbereich eine/n arrangierte/n MitarbeiterIn mit qualifiz. Ausbildung und Praxiserfahrung(FH). ABM-Berechtigung wäre von Vorteil.
Wir sind ein gemeinnütziger Verein in Berlin, der Dauerarbeitsplätze für psych. Betroffene schafft; Bitte melden bei Frau Clemens, Tel.: 030/2511067 oder schriftl. Lebenswelten e.V. Hedemannstr. 14, 1 Berlin 61

Stuttgarter Cafe Kollektiv sucht ab September eine Frau für die Küche. Du solltest unser Konzept Kaffee und Kultur für gut halten und Lust auf Arbeit im Teamkollektiv haben. Selbstbestimmte Arbeit müßte Dir wichtiger sein, als ein Supergehalt. Erfahrung mit Vollwertküche wäre nicht schlecht. Interesse? Schriftlich an Cafe Merlin, Furtbachstr. 14, 7000 Stuttgart

Praktikantenstelle frei!
Ab sofort ist beim Provinz- und Kulturverein Projekt Zukunft e.V. eine Praktikantenstelle frei.
Provinz- und Kulturarbeit, regionaler Ansatz (Dorfkneipe, Kulturprogramm, Initiativarbeit, Regionalanalyse). Praktikantenentgelt wird gezahlt. Wohnmöglichkeit (Leben und Arbeiten) ist möglich. Für diesen Bereich besteht auch noch die Möglichkeit einer „Trainingsmaßnahme" durch das Arbeitsamt für arbeitslose SozialpädagogenInnen.
c/o Gaststätte Maier, Hauptstr. 21
7240 Horb-Nordstetten,
Tel.: 07451/8667

Wir suchen ABM-Berechtigte/n für selbstverwaltetes Projekt. Tagungshaus... mögl./ Haus, Holzwerkstatt, Garten und viel Arbeit vorhanden.
Tagwerk Bauersbach e.V.
Haus 1,
7115 Kupferzell-Bauersbach
Tel.: 07944/2162

Wir suchen Drucking. oder Siebdruckmeister als Mitgesellsch. im Kollektivbetr. Arbeitsschwerp.: Akquisit. u. Kundenber.
Bewerb. an: Graphik u. Siebdruckwerkstatt, Habsburgerst. 9
7800 Freiburg

KFZ-Mechanikerin für Ausbildung mit sozial benachteiligten Jugendlichen mit ABM-Berechtigung (1/2 Jahr erwerbslos u. AlGel/ AlHi) gesucht. Übergang auf unbefristete Stelle.
Autonome Jugendwerkstätten,
Tel.: 040/431257/58, nach Frank fragen.

Du suchst eine Stelle in einem größeren Selbstverwalteten Betrieb? Du arbeitest gerne mit Maschinen, willst aber auch von all dem anderen etwas mitbekommen?
Okay, dann solltest Du Dich einfach mal bei uns melden und entweder ein kurzes Bewerbungsschreiben schicken oder anrufen. Vielleicht bist Du ja die richtige Frau/der richtige Mann für unseren Arbeitsbereich (Umweltschutz-) Papierverarbeitung.
blätterwald Genossenschaft
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel.: (06171) 7 80 11

Geschäftsführer mit Organisations- und Verhandlungstalent, wenn möglich mit Ahnung von Betriebswirtschaft für eine Trägergesellschaft (GmbH) eines grösseren Selbstverwalteten Projektes in Erlangen gesucht! Die Sache ist dringend, die Tätigkeit wird bezahlt! Näheres: Fifi, Hofmann-Straße 64, 8520 Erlangen
Tel. 09131/27146

Das Bildungswerk Umwelt, Technologie & Gesellschaft ist ein Teilprojekt innerhalb der Technologie und Ökologie-Betriebe in der Pfalz. Wir suchen noch EinsteigerInnen und FördermitgliederInnen. Besuchsmöglichkeiten jeden 1. Samstag im Monat (14 h) Infos anfordern: Hauptstr. 21
6719 Ebertsheim,
Tel.: 06359/82577

Stellensuche

Bauzeichnerin sucht sinnvolle Tätigkeit im Raum Darmstadt.
Chiffre: Sinnvoll

Suche Einstieg in einem Projekt, gerne selbstverw. Tagungshaus!
Bin Ende 30, männl., handwerkl. interessiert, koche gerne und habe Tagungshauserfahrung!
Chiffre: eine Welt

Druckvorlagenhersteller (Tiefdruck) – ohne Berufspraxis wg. Soz-Päd-Studium – sucht zum 1.1.88 oder später Arbeit in einem grafischen Betrieb (auch Fotosatz) im süddeutschen Raum. 2,5 Jahre Mitarbeit in einem Cafe-Kollektiv – also schon etwas Erfahrung (nerv) vorhanden.
Walter Ruggaber, Lindenstr. 3
8600 Bamberg, Tel. 0951/32642

Diplom-Betriebswirt sucht interessante und sinnvolle Tätigkeit in größerem Projekt oder Verband aus dem kulturellen, sozialen oder ökologischen Bereich (auch als Geschäftsführer). Ich besitze neben konventionellen beruflichen Kenntnissen intensive Erfahrungen im Bereich der Beratung und Förderung von alternativ-ökonomischen Projekten.
Chiffre:Wechsel

Kleinanzeigen

VERSIKO – Kollektive Versicherungsagentur macht vom 10.-28.8. 1987 Betriebsferien,
Tel.: 0211/27 70 11
Vennhauser Allee 245
4000 Düsseldorf 12

Suche Buch: Unionsverlag „Vom Lande" – Berichte, Werner Wüthrich
H.D. Lechtape-Grüter
Zonserstr.17, 4 Düsseldorf
Tel.: 0211/154979

Der freie Ausländer e.V. sucht Anwälte für Asylsachen in allen Air-Port-Städten.
Reichenaustraße 208
7750 Konstanz
Tel.: 07531/54034
Telex. 0733222

Selbstgestaltung, Selbstverwaltung und Selbsterhaltung sind die Grundlagen eines Konzeptes, das für die arbeitsfähige Generation eine Existenz und für die ältere Generation ein Zuhause erarbeiten will. Friedensarbeit, Arbeitsbeschaffung, Überwindung der ökonomischen Gegensätze und der Generationsprobleme sind Ziel eines Programmes,für das umfangreiche Vorarbeiten zur Verfügung stehen. Im Geist der Dreigliederung und des verratenen Ahlener Programmes wird eine Arbeit in Angriff genommen, die sich der Kritik stellen will. Wo sind Kritiker, die mit Vernunft, Wahrheit und Gerechtigkeit für eine Neuordnung eintreten?
R. Schmidberger
Wormserstr. 20, 7 Stuttgart 31

Suche Schleifstein aus Sandstein 40 cm Ø, 10 cm breit
H.D. Lechtape-Grüter
Zonserstr. 17, 4 Düsseldorf
Tel.: 0211/154979

4 Leute mit Fahrrädern suchen MFG-Transport in Richtung Greek-Türkei ab 15.8.
H.D. Lechtape-Grüter
Zonserstr. 17, 4 Düsseldorf
Tel.: 0211/154979

Wir suchen immer wieder neue verborgene Talente:
Zeichner - Fotografen - Maler für Postkarten und Poster
Fotoserien
Gemälde
Kalender
Leute,die schreiben:
Bücher, Gedichtbände, und Comics
Junge ausgeflippte Mode selbst entwerfen, wir verkaufen sie in unseren eigenen Läden.
Ihr könnt haupt- und freiberuflich bei uns arbeiten. Jetzt seid ihr dran, was zu zeigen, wir haben die Anzeige ausgearbeitet.
Für eingesandte Arbeiten Rückporto beilegen – bitte keine Originale –
Verlag Kronbach-Mazzarella
Gailsbach 36, Postfach
7173 Mainhardt
Tel.: 07903/3497

Alle Contraste-Ausgaben ab Oktober 84 bis heute kompl. für 30 DM oder Einzelausgaben (auch Wandelsblatt)
Tel.: 06062/5776

Bekannter Südbadischer Motorradbetrieb zu verkaufen. In erfolgreicher Einzugslage und überregional bekannt. Stammkundschaft, Inventar, komplettes Sortiment, Motorrad-Technik – Verschleißteile – Zubehör und Bekleidung vorhanden. Hohe Zuwachsrate.
Chiffre: Schwarzwaldklinik

Kleinanzeigencoupon

Private Kleinanzeigen kosten 5 DM für angefangene 5 Zeilen, jede weitere Zeile 1 DM (1 Zeile hat 32 Anschläge!). **Private Stellengesuche** sind kostenlos! **Gewerbliche Kleinanzeigen kosten 30 DM für angefangene 5 Zeilen,** jede weitere 5 DM. **Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht** mit Briefmarken und nicht per Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Auf Wunsch gibt's auch ne Quittung. **Aber nur, wenn frankierter Briefumschlag und bereits ausgefülltes Quittungsformular vorliegen. Briefe ohne Geld landen im Papierkorb.** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung. Termin. jeweils zum 15. des Monates. **Chiffreanzeigen** kosten 9 DM zusätzlich.
Jeder Buchstabe, Satzzeichen und Wortzwischenraum ist ein Kästchen. Eine Zeile hat 32 Kästchen. Was fett gedruckt werden soll, bitte unterstreichen (zählt doppelt).

Betrieb/Projekt/Name .....

Straße/PLZ/Ort .....

Telefon. ..... Unterschrift .....

Bitte einsenden an: CONTRASTE, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Frauen in der Selbstverwaltungswirtschaft

Buch „Frauen in der Selbstverwaltungswirtschaft" in der Endphase.

Parallel zum Seminar „Konflikte in selbstverwalteten Betrieben" des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie vom 30. 4. bis 3. 5. 1987 fand eine 1. Redaktionssitzung zum Buch „Frauen in der Selbstverwaltungswirtschaft" statt. Hauptschwerpunkt der AG lag auf der Überarbeitung der Buch-Konzeption. Die 25 vorliegenden Aufsätze wurden diskutiert und Themenblöcken zugeordnet. Als Gliederungssystem einigten wir uns auf die unterschiedlichen Perspektiven der Verfasserinnen: der eher distanziert theoretischen, der empirischen und der darstellenden, von der Praxis herkommend. Ein Blick ins Ausland und in die Zukunft soll das Buch abrunden.

Gesucht werden noch einige Praxisberichte aus Selbstverwaltungsbetrieben, sowie Berichte über die alternativ-ökonomische Situation von Frauen im Ausland. Auch über Anregungen, Tips und Beiträge zu den anderen Themenblöcken freuen wir uns weiterhin.

Interessierte können sich wenden an:
Martina Racki, Lorettostr.56, 7800 Freiburg, Tel.: 0761 / 405707. Der Kontakt sollte jedoch möglichst bald aufgenommen werden, da bereits für Ende Juli die Endredaktion angesetzt ist.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Leserbrief

Die Ökobank hat Probleme. Sie sind bestimmt nicht überwindbar, wenn kein Modus gefunden wird, der die Probleme von der ökonomischen Seite angeht. Idealismus allein ist keine ausreichende Kraft, die mit der Habgier in Wettbewerb treten kann. Solange die Habgier als Hochleistungsmotor den technologischen Fortschritt antreibt, kann nicht verhindert werden, daß das entstehende Leistungsgefälle in einen Verdrängungswettbewerb führt, der Existenzen und Kaufkraft zerstört. Wo ist die tragende Idee, die sich zum Inhalt einer Ordnung eignet, in der Vernunft, Wahrheit und Gerechtigkeit die Richtung bestimmt. Die Dreigliederung des sozialen Organismus hat es schwer, sich in der Hochleistungswirtschaft zu behaupten.
Rudolf Schmidberger, Stuttgart

Lebenslaute

Am 31. August 1987 werden in Mutlangen und Heilbronn Konzertblockaden als direkte gewaltfreie Aktionen gegen die dortigen Militäreinrichtungen stattfinden. Veranstalter sind die Lebenslaute, eine Vereinigung junger Musiker/innen, die „schöpferisches Leben und Widerstand miteinander verknüpfen" wollen. Informationen über die Aktivitäten der Lebenslaute sind in einer 75-seitigen Dokumentation zusammengefaßt, die für DM 5,– bestellt werden kann bei:
Friedensladen
Bergheimerstr. 125
6900 Heidelberg
oder
Friedensbüro
Neckarhalde
7400 Tübingen

SCHWARZER FADEN
Vierteljahresschrift
für libertäre Kultur und Politik

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Foren, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht das reaktionäre Schlagwort vom »anderen Staat« mit Leben zu füllen, also Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.

Inhalt von Nr.24
★ **Anarchoseminar in Arnoldshain**
★ **VOBO – ja bitte! // Exil – Berliner »Asyl«-Politik**
★ **Prozesse gegen linke Zeitschriften**
★ **Hausbesetzerprozeß Wuppertal** – Prozeßerklärung von Dieter Nelles
★ **Das Tabuthema: Knast in Deutschland** – ein Diskussionsbeginn anhand der Knastthesen der GAL Hamburg ★ **Wahlnachschlag** – UngüLtiG, Trude Unruh und die Geisterfahrer
★ **Über die patriarchalische Struktur unserer Gesellschaft** – von Stefan Schütz
★ **Karl Otten** – oder die expressionistischen Wurzeln unserer Tradition von Herby Sachs
★ **Hans Litten** – eine (seltsam-überarbeitete) Neuausgabe in der DDR von Bernd Siegel
★ **Freilassung von SMOT-Angehörigen in der UdSSR/Libertäre in Ungarn heute** – der Versuch einer Kontaktaufnahme

Einzelnummer: 5.-DM
SF-Abonnement: 15.-DM
Sondernummer ARBEIT: 5.-DM
Sonderdruck: SF 0–12: 10.-DM

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach
7031 Grafenau-1

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - ... und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald

Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Tagungen ... Seminare ... Treffen

IFANOS

Institut für angewandte ökologische Studien

Biotop- und Artenschutz am Beispiel einer reich gegliederten Kulturlandschaft am Albtrauf
Vorstellung verschiedener Vegetationstypen, Sukzession, Erarbeitung von Bewertungskriterien, Problematik des Naturschutzes, Pflegemaßnahmen.
Vormittag und Nachmittag: Exkursion in die Fränkische Alb nordöstlich von Forchheim
Termin: 19. September 1987
Anmeldung bis 7. August 1987

Wochenendseminare:

Bodenökologie
Kennenlernen von Bodenbildungsprozessen und ihren Ursachen, Bodentypen unserer Heimat, Bodenleben und seine Funktion im Stoffkreislauf. Das Seminar hat einen praktischen Teil im Gelände und einen theoretischen im Labor.
Termin: 11. bis 13. Sept. 1987
Ort: Kipfenberg/Altmühltal
Anmeldung bis 1. August 1987

Landwirtschaft
Einführung in verschiedene Agroökosysteme, Besuch konventioneller und alternativer Betriebe in der näheren Umgebung von Ansbach, Problematik Landwirtschaft und Naturschutz, EG-Agrarpolitik und ihre Auswirkungen auf den ländlichen Betrieb.
Termin: 9. bis 11. Okt. 1987
Anmeldung bis 29. August 1987

Ökologie im Haushalt
Energieverbrauch und Einsparmöglichkeiten im Haushalt, Besuch eines Energiesparhauses, Waschmittel, Reinigungsmittel und Kosmetika im Haushalt – Problematik und Alternativen.
Ort: Gröbenzell bei München
Termin: 28. bis 29. Nov. 1987
Anmeldung bis 17. Oktober 1987

Mehrtägiges Fortbildungsseminar

Die Alpen – natürliche Grundlagen, traditionelle Bewirtschaftung und Bedrohung durch den Massentourismus am Beispiel des Nationalparks Berchtesgarden.
Termin: 27.9. bis

Termin: 27.9. bis 3.10.1987
Anmeldung bis 31. Juli 1987

Anmeldung und nähere Informationen schriftlich oder telefonisch bei IFANOS, Austr. 14
8500 Nürnberg 80
Tel. (0911) 28 44 08

Lern-werkstatt

Selbstverwalt. **Tagungshaus** für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei. Unsere „Lernwerkstatt" hat 27 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zi.), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Voll- und Selbstverpfl., Haus in kl. Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütl., herrl. Landschaft. Nur knapp 2 Std. von Köln, Aachen, Wiesbaden, Ffm. Entstanden durch die Idee ehem. Entwicklungshelfer/innen. Info und Anmeldung: Lernwerkstatt e.V., Brunnenstr. 1, 5531 Niederstadtfeld, Tel. (06596) 5 51 und 10 31.

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

Bildungsurlaub

Anders Leben - Anders arbeiten
7. bis 11. September 1987

Wochenendseminare

Ökologie/Politik Meditation
7. bis 9. August 1987
Lehmbau
28. bis 30. August 1987
Yoga als Selbsterfahrung
4. bis 6. September 1987
Windenergie
11. bis 13. September 1987

Jugendhof Bessunger Forst

Frauen-Bildungsurlaub

Frau & Technik
Dein Auto – das unbekannte Wesen
Im praktischen Teil des Bildungsurlaubes geht es um Wartungsarbeiten am Auto, kleine Reparaturen und genaue Erklärung der Funktionsweise des Motors, Getriebe, Bremsen.
Im theoretischen Teil setzen wir uns mit Fragen auseinander, wie Frauen mit Technik umgehen, und wie Rollenteilung in der Arbeitswelt und im Privatleben erlebt wird und verändert werden kann.
In dieser Woche wollen wir einen selbstbewußten Umgang mit Technik erproben.
Der Bildungsurlaub findet im Jugendhof Bessunger Forst statt und beginnt am 24. August um 10 Uhr und endet am 28. August 1987. Er wird von zwei KFZ-Mechanikerinnen und einer Frau des Jugendhofes geleitet.
Wir werden uns in dieser Woche selbst verpflegen und unseren Tagesablauf zusammen einteilen.
Wenn ihr Autos habt, könnt ihr diese mitbringen, um die Wartungsarbeiten und kleine Reparaturen am eigenen Auto durchzuführen. Mitzubringen sind noch Arbeitskleidung, Werkzeug (wer welches besitzt), Schlafsack und Bettlaken.
Das Seminar ist für Frauen über 25 Jahre und kostet 150 DM incl. Übernachtung und Verpflegung. Weitere Informationen geben euch Margit Maul und Brigitte Hartwig vom Jugendhof.

PC-Kurse für Einsteiger

Textverarbeitung I
17. bis 18. November 1987
Textverarbeitung II
18. bis 20. Dezember 1987

Intensivtraining:
Einführung und Vorbereitung
25. bis 27. September
Intensiv Kurs mit integrierter Software in Österreich
3. bis 10. Oktober 1987

Information und Anmeldung:
Jugendhof Bessunger Forst e.V.
Aschaffenburger Str. 183
6101 Roßdorf 1
Tel. (06151) 14 51 71

Bayerischer Frauenbildungskongreß

Allüberall wird gestiftet! Nun auch die bayerischen Frauen? Nachdem vor kurzem in Bayern die grün-nahe Regenbogenstiftung gegründet wurde, mischen sich auch die Frauenprojekte in die Diskussion um die Stiftung zur politischen Bildung ein.
Auf dem Kongreß soll zuallererst versucht werden, eine gemeinsame Definition der Begriffe Frauenbildung/Frauenkultur zu finden und die Möglichkeiten einer bayerischen Vernetzung der Frauenprojekte diskutiert werden.
Desweiteren soll geklärt werden, wie eine Teilhabe der (autonomen) Frauenbildungsprojekte/-Frauenkulturprojekte an der Stiftung aussehen soll (Trägerverein, Kriterien der Geldvergabe, autonomer Status der Frauenprojekte usw.)
Samstag, 11. Juli 1987
Frauenprojektehaus
Güllstr. 3
8000 München 2
Anmeldung bei:
Verena Reindl
Humboldtstr. 34
8000 München 90
Tel. (089) 651 79 26

Frauenbildungs- und ferienhaus e.V.

Afrikanische Rythmen
2. bis 7. August 1987
Über die Antiquiertheit männlicher Selbst-herrlichkeit und die Aufkündigung der Mittäterschaft von Frauen
7. bis 9. August 1987
Theorie und Praxis von Solaranlagen
9. bis 14. August 1987
Malen, Bildnerisches Gestalten – Frauen zwischen Gestern und Morgen
14. bis 16. August 1987
Singen und Gitarre spielen
16. bis 21. August 1987
Ausdruckstanz
21. bis 23. August 1987
Rythmus – Bewegung – Musik
23. bis 28. August 1987
Kreise ziehen – Meditations- und Kreistänze
28. bis 30. August 1987

Das ausführliche Programm bitte mit frankiertem Rückumschlag anfordern. Anschrift siehe oben.

Jugendzentren, Selbsthilfe, eigenständige Regionalentwicklung

vom 18. bis 20. September 1987
Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde, 2121 Nahrendorf
In Fortführung der Fachtagungsreihe, die sich mit Möglichkeiten der Provinzarbeit insbesondere im politischen, sozialen und kulturellen Bereich befaßt hat, soll diese Fachtagung sich mit komplexeren Ansätzen regionaler Entwicklungsmöglichkeiten beschäftigen.
Insbesondere Beispiele in Österreich zeigen, daß eine enge Verknüpfung mit wirtschaftlichen Zielen zur Stärkung einer Region möglich ist. Dabei steht im Vordergrund die Bemühung, die Selbsthilfekräfte auszuschöpfen und die verschiedenen Initiativen im wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Bereich bis hin zur Jugendarbeit miteinander zu verbinden, um so die Lebensmöglichkeit in der Provinz zu verbessern.
Insbesondere für die Jugendzentrumsarbeit stellt sich die Frage, ob sie als Ausgangspunkt solcher Initiativen in Frage kommt, wie eine Zusammenarbeit und Koordination mit anderen Aktivitäten im ländlichen Bereich hergestellt werden kann und wie über eine Zusammenarbeit mit lokalen Beschäftigungsinitiativen eine Verbindung von Kultur und Ökonomie erreicht werden kann, die sich nicht auf die Entwicklung einer Gegenkultur beschränkt, sondern die Interessen der Bevölkerung insgesamt einbezieht.
Diese Fachtagung soll dazu dienen,
- über Konzepte einer eigenständigen Regionalentwicklung zu informieren,
- entsprechende Praxismodelle vorzustellen,
- die Möglichkeiten der Jugendzentren im Rahmen solcher Überlegungen zu klären,
- Perspektiven für eine regionale Zusammenarbeit von Jugendzentren mit anderen Initiativen zu entwickeln, ohne sie zu überfrachten.

Anmeldeschluß: 18. August 1987
Anmeldung an.
Paritätisches Bildungswerk
Heinrich-Hoffmann-Str. 3
6000 Frankfurt 71

AG SPAK

Stadtteilarbeit

Gemeinwesensarbeit
Regionalseminar NRW
September 1987
Ort noch unklar
Anmeldung & Information:
Burkhard Luner
Fürstenwall 72
4000 Düsseldorf 1

Forum der Behinderten- und Krüppelinitiativen

Die Arbeitsmarktlage für Behinderte in der BRD
25. bis 27. September 1987
Schloß Gnadental bei Kleve
Anmeldung & Information:
AG SPAK
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Informationsfahrt vom 23.-26.9. 1987 zu **Ausbildungsprojekten** in **Bremen** für Leute aus dem süddeutschen Raum.
Kosten: 120,- DM für alles.
Anmeldung bei Kontaktstelle für verb. Arbeitslosenprojekt
Thalkirchener Str. 106,
8 München 2, Tel.: 089/7254290

Projektbereich Behinderte

Selbstbestimmung und Selbstverantwortung, Sprache und Denken
Treffen des AK Leben und Arbeit mit geistig behinderten Menschen
19. bis 25. August 1987
Dörrwiese/Drohntal
Anmeldung & Information:
Kirsten Ahlers
Südstr. 46
5650 Solingen-Ohligs

Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie

Sommerseminar
Theorie der Alternativen Ökonomie, Konfliktlösungsstrategien in Selbstverwalteten Betrieben u.a.)
Anmeldung & Information:
Andrea Gerth
Kronenstr. 16
6800 Mannheim 51

Koordinierungsstelle für Jugendwohngemeinschaften

Bundestreffen
28. bis 30. Juli 1987
Würzburg
Anmeldung & Information:
KOST
Postfach 15 05 48
2800 Bremen 15

Pädagogik und Ökologie
Freizeit mit Kindern auf dem „Hof auf der Auche"
1. bis 7. August 1987
Zeven
Anmeldung & Information:
KOST
Postfach 15 05 48
2800 Bremen 15

Lebensgarten Steyerberg e.V.

Sommerakademie:
Biologisches Bauen
10. bis 23. Juli 1987
Jahresversammlung des Permakultur-Instituts e.V.
24. bis 26. Juli 1987

Information & Anmeldung:
Lebensgarten Steyerberg e.V.
Akazienhain 4
3074 Steyerberg

Permakultur Einführungsseminar

Permakultur (von **permanent acriculture**, zu deutsch: dauerhafte Landwirtschaft) ist ein umfassendes Konzept, das hilft, den Menschen nicht nur mit Nahrung zu versorgen, sondern mit Energie und Wasser sparsamer umzugehen, eine sinnvolle Betätigung und einen neuen sinnlichen Bezug zu elementaren Lebensgrundlagen zu schaffen. Anhand von Beispielen, die Landwirtschaft und Gartenbau, Forst-, Wasser- und Energiewirtschaft oder Architektur und Landschaftsplanung in unterschiedlichem Maß überlagern, werden neue Möglichkeiten des Denkens und Handelns erprobt.
7. bis 16. August 1987
Zentrum für ökologische Fragen und ganzheitliches Lernen
Simmerhauser Str. 1
2833 Prinzhöfte
Tel. (04244) 6 44

Fördermitgliedschaft

O Ich möchte unbedingt Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.– DM) ..... DM pro Jahr. Es macht mir nichts aus, jeden Monat CONTRASTE umsonst zugeschickt zu bekommen.

O Schickt mir erstmal Eure Satzung

O Ich bin schon Abonnent, will aber trotzdem jeden Monat kostenlos CONTRASTE zugeschickt bekommen. Darum möchte ich **erst** mein Abonnement kündigen und **dann** Fördermitglied werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72. - DM) ..... DM pro Jahr.

Unterschrift . . . . . **Datum** . . . . .

Vorname, Name . . . . . .

Straße und Wohnort. . . . . . .

Bitte ausfüllen und einsenden an:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: . . . . . .

Adresse: . . . . . .

Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .
Abo für 12 Monate DM 36,– (incl. Versand)
sonst DM 24,– für Kollektive oder Arbeitslose und Schüler
Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: . . . . . .Geldinst.: . . . . . .

Konto-Nr.: . . . . . .BLZ.: . . . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Unterschrift: . . . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einse

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Probeabonnement

Ich finde CONTRASTE verbreitenswert, und möchte an folgende Person ein auf 6 Monate begrenztes Probeabonnement für den Preis von 18 Mark verschenken.

Empfänger/in:

Name, Vorname . . . . . .

Straße, Hausnummer . . . . . .

Ort . . . . . .

Spender/in:

Name, Vorname . . . . . .

Straße, Hausnummer . . . . . .

Ort . . . . . .

Datum, Unterschrift . . . . . .
0 Verrechnungsscheck liegt bei 0 Bargeld liegt bei

Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen widerrufen kann.
Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung.

Unterschrift . . . . . .

Ausschneiden und absenden an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1